

ANTRAGSBUCH

TEIL 4

MIT DEN EMPFEHLUNGEN DER ANTRAGSKOMMISSION

Die im Antragsbuch mit (K) gekennzeichneten Empfehlungen der Antragskommission wurden im Konsens ausgesprochen.

Alle Anträge findet Ihr auch online unter
<http://parteitag.spd.berlin>

Internationales

1 **Antrag 115/II/2014**
 2 **Jusos Berlin**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 4
 5 **Neue Perspektiven nach dem Gaza-Krieg**
 6 Der jüngste Krieg zwischen Israel und der Hamas und
 7 anderer reaktionärer und terroristischer Gruppen im
 8 Gazastreifen ist der dritte Gaza-Krieg binnen sechs Jah-
 9 ren und der folgenschwerste für beide Konfliktparteien.
 10 Seit dem zweiten Libanonkrieg hat Israel nicht mehr so
 11 viele SoldatInnen verloren, die Zahl der zivilen Opfer auf
 12 isralischer und palästinensischer Seite liegt weiter über
 13 der von 2008/09.
 14
 15 Nach den gescheiterten Friedensverhandlungen unter
 16 Moderation von US-Außenminister John Kerry fehlt ei-
 17 ne Perspektive, wie Gespräche und Verhandlungen zwi-
 18 schen Israel und der PLO/PA (Palestinian Liberation Or-
 19 ganisation / Palästinensische Autonomiebehörde) wei-
 20 tergehen sollen. Zwanzig Jahre nach Unterzeichnung
 21 des Oslo-Abkommens schwindet auf beiden Seiten der
 22 Glauben an eine baldige Verhandlungslösung oder auch
 23 nur eine grundlegende Verbesserung der Situation. Den
 24 friedenswilligen und moderaten AkteurInnen Palästi-
 25 nas, z.B. Shabibeh Fatah und IYU (Palestinian Indepen-
 26 dent Youth Union), gelingt es zunehmend weniger, den
 27 Weg der Diplomatie und Verhandlungen als Erfolg brin-
 28 gend und vielversprechend darzustellen, nachdem sich
 29 am Status Quo seit Oslo nichts grundlegend verbessert
 30 hat.
 31
 32 Die Hamas sowie andere reaktionäre und terroristische
 33 Gruppen dürfen nicht profitieren, sondern die Auto-
 34 nomiebehörde muss gestärkt werden. Doch aktuelle
 35 Studien und die Wahrnehmung unserer Partner*innen-
 36 Oranisationen deuten darauf hin, dass sich die Situation
 37 der Hamas und ihr Zuspruch durch den Krieg erhöht hat.
 38 Während die Hamas Anfang des Jahres mit dem Rücken
 39 zur Wand stand, Unterstützung aus Syrien wegen des
 40 dortigen Bürgerkrieges ausblieb und der Machtwech-
 41 sel von Präsident Mohammed Mursi zu Präsident Abd
 42 al-Fattah as-Sisi auch die ägyptische Allianz zunichte-
 43 machte, geriet die Organisation in existenzielle Finanz-
 44 not. Auf palästinensischer Seite gilt eine Terrororgani-
 45 sation als Gewinnerin des Krieges, da es ihr gelungen ist
 46 mit Israel über eine Veränderung der Situation diskutie-
 47 ren zu können während die Friedenswilligen um Präsi-
 48 dent Mahmoud Abbas keinerlei Erfolge vorweisen kön-
 49 nen und an Zuspruch und Glaubwürdigkeit verlieren.
 50
 51 Auch auf israelischer Seite fällt es progressiven und lin-
 52 ken Bewegungen zunehmend schwer für Frieden und
 53 Verständigung mit PalästinenserInnen zu werben. De-
 54 monstrationen der Friedensbewegung und linker Par-
 55 teien werden von NationalistInnen und RassistInnen

Annahme (K)

1 angegriffen, deren Rhetorik und deren Aggressionen zu-
2 nehmend extremer werden.

3
4 Die Entwicklungen innerhalb beider Gesellschaften be-
5 einflussen auch direkt die Situation unserer IUSY-
6 PartnerInnen in Israel und Palästina. Die israelische
7 Meretz-Jugend und Arbeitspartei-Jugend werden für ih-
8 re Positionen und ihre Kooperation von der israelischen
9 Rechten massiv kritisiert und teilweise auch physisch
10 angegriffen, während von palästinensischer Seite kriti-
11 siert wird, nicht genug gegen Krieg und Besatzung zu
12 unternehmen. Die palästinensische Fatah-Jugend steht
13 unter Druck, da ihr und der Mutterpartei Perspektiven
14 und Strategien fehlen, während die Hamas leider mas-
15 sive an Zuspruch gewinnt. Gleichzeitig wird die Kritik an
16 Kooperationen mit Israelis lauter, solange die Militär-
17 kontrolle in Teilen des palästinensischen Gebietes fort-
18 geführt wird und sich keine Verbesserungen durch Zu-
19 sammenarbeit ergeben.

20
21 Für die Menschen in Israel und Palästina, insbesonde-
22 re in Gaza und Süden Israels für unsere PartnerInnen
23 sind deshalb dringend Verbesserungen der Lebensbe-
24 dingungen und der politischen Rahmenbedingungen
25 notwendig.

26
27 **Neue Perspektiven schaffen**

28 Klar ist: ein „Weiter so“ kann es nach drei Kriegen inner-
29 halb von sechs Jahren, nach über 2000 Todesopfern des
30 aktuellen Krieges, tausenden Traumatisierten und nach
31 Jahrzehnten der Besatzung und über einem Jahrzehnt
32 Raketenbeschuss aus Gaza nicht geben. Es braucht neue
33 Perspektiven für die Lebensgrundlage der Menschen in
34 Palästina und Israel, für die Wirtschaft in Gaza und für
35 die politischen Beziehungen zwischen Israel und Paläs-
36 tina. Ohne glaubhafte und konkrete Perspektiven für
37 eine bessere Zukunft wird es moderaten Kräften nicht
38 gelingen können, für den Weg der Diplomatie werben
39 zu können, während reaktionäre Gruppierungen Zulauf
40 bekommen und gestärkt werden.

41 Dafür müssen sowohl wirtschaftlich, als auch politisch
42 und sozial neue Perspektiven geschaffen werden. In Ga-
43 za muss es zunächst um die Stabilisierung der noch vor-
44 handenen Wirtschaft gehen. Außerdem müssen durch
45 Investitionen in Infrastruktur und Unternehmen kon-
46 krete Voraussetzungen für einen Aufschwung geschaf-
47 fen werden.

48 Für die Menschen in Israel, insbesondere im Süden
49 muss sichergestellt werden, dass sie in Frieden und oh-
50 ne Angst vor jeglichem Terror leben können. Eine Ent-
51 waffnung terroristischer und bewaffneter reaktinonä-
52 rer Gruppen im Gazastreifen ist dafür zwingend erfor-
53 derlich. Außerdem braucht der Gaza-Streifen eine de-
54 mokratische Perspektive. Dauerhafte und echte Sicher-
55 heit kann es jedoch auf lange Sicht auch nur mit einem
56 politischen Friedensabkommen geben, was nach wie
57 vor Ziel aller Verhandlungen sein muss. Für eine dauer-
58 hafte Befriedung der Situation im Gazastreifen sind ei-
59 ne Vielzahl von Maßnahmen nötig.

- 1
- 2 • Gewalt erzeugt Gegengewalt und keiner der Mili-
- 3 täraktionen ist es gelungen den Konflikt zwischen
- 4 Israel und der Hamas zu lösen. Wir fordern ein Ende
- 5 aller Gewalt und Eskalationsversuche.
- 6 • Der beschlossene Waffenstillstand zwischen Isra-
- 7 el und der Hamas ist ein erster Schritt in die rich-
- 8 tige Richtung. Insbesondere müssen beide Seiten
- 9 die bisherigen Abkommen, Prinzipien des Quartet-
- 10 tes und das Völkerrecht einhalten. Wir fordern die
- 11 Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung und ein Ende
- 12 des Siedlungs- sowie Mauerbaus außerhalb der is-
- 13 raelischen Grenzen in der West Bank und in Ostje-
- 14 rusalem. Jetzt müssen die Verhandlungen über po-
- 15 litische Lösungen zur Beendigung des Konflikts in-
- 16 tensiviert werden.
- 17 • Der Raketenbeschuss der Hamas und anderer reak-
- 18 tionärer und terroristischer Gruppen auf Israel (und
- 19 auf das Gebiet des Gaza-Streifens) muss aufhören.
- 20 Um dies sicherzustellen müssen alle Waffen aus
- 21 dem Gazastreifen entfernt werden, mit denen ein
- 22 Angriff auf Israel verübt werden könnte.
- 23 • Die wirtschaftliche und politische Blockade des Ga-
- 24 zastreifens hat sich als nicht zielführend erwie-
- 25 sen. Die damit verbundenen Ziele einer stabilen
- 26 Sicherheitslage Israels konnten nicht erreicht wer-
- 27 den. Gleichzeitig nimmt die Blockade jeder Entwick-
- 28 lungsmöglichkeit die Chance auf Erfolg und macht
- 29 einen Wiederaufbau nach dem Krieg unmöglich.
- 30 Wir fordern im Einklang mit der Demilitarisierung
- 31 die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens.
- 32 • Um die Sicherheit Israels zu gewährleisten und si-
- 33 cherzustellen, dass keine Waffen in den Gazastrei-
- 34 fen gelangen, mit denen Israel angegriffen werden
- 35 könnte, bedarf es einer internationalen Kontroll-
- 36 und BeobachterInnen-Mission, die israelische Si-
- 37 cherungsmaßnahmen außerhalb des israelischen
- 38 Staatsgebietes nicht mehr nötig machen. Dazu
- 39 kann die EUBAM-Mission, die 2005 initiiert wurde
- 40 und den Grenzverkehr zwischen Gaza und Ägyp-
- 41 ten kontrollierte, wieder ins Leben gerufen werden
- 42 oder als Vorbild dienen, auch um die Sicherheits-
- 43 und ZollbeamtInnen der PA weiter auszubilden. Ei-
- 44 ne europäische und deutsche Beteiligung, wie sie
- 45 u.a. der israelische Außenminister Liebermann ge-
- 46 fordert hat, ist dabei wünschenswert. Das für ter-
- 47 roristische Zwecke errichtete Tunnelsystem muss
- 48 gänzlich zerstört werden. Ein Wiederaufbau muss
- 49 verhindert werden.
- 50 • Die Europäische Union und Deutschland sollen sich
- 51 am Aufbau im Gazastreifen durch Entwicklungszu-
- 52 sammenarbeit beteiligen. Auch Israel muss Verant-
- 53 wortung für den Wiederaufbau übernehmen. Eine
- 54 europäische und/oder deutsche Beteiligung sollte
- 55 an Konditionen für beide Konfliktparteien geknüpft
- 56 sein. Alle palästinensischen Akteur*innen müssen
- 57 sich unmissverständlich zum Existenzrecht Israels
- 58 bekennen. Die Verhandlungen müssen ein eindeu-
- 59 tiges Signal gegen jeden Antisemitismus setzen

- 1 und die Anerkennung Israels im Ergebnis beinhalten.
 2
 3 • der Wiederaufbau soll insbesondere auch die Infrastruktur für die Wirtschaft beinhalten, vor allem Kraftwerke zur Energiegewinnung und einen Hafen mit international kontrollierter Ein- und Ausfuhr um Wirtschaftsgüter exportieren zu können.
 4
 5
 6
 7
 8 • wir fordern die deutsche und israelische Regierung, sowie die EU auf, die parteilose Übergangsregierung in Gaza und der West Bank anzuerkennen und gleichzeitig für demokratische Wahlen zum palästinensischen Parlament zu werben.
 9
 10
 11
 12
 13 • Die UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) muss stärker darauf ausgerichtet werden, dauerhafte Lebensgrundlagen für die von ihnen Unterstützten zu schaffen. Außerdem muss sie sicherstellen, dass in ihren Einrichtungen keine Waffen deponiert werden.
 14
 15
 16
 17
 18
 19
 20 • die Zahl traumatisierter Kinder und Jugendlichen, die unter Raketenbeschuss, Bombardements, Krieg und Terror leiden nimmt von Jahr zu Jahr zu. Damit Traumata nicht zu Aggressionen führen und um den Menschen wieder ein lebenswertes Leben zu ermöglichen, fordern wir die Entsendung von professionellen TraumatherapeutInnen und die Unterstützung lokaler Angebote und TherapeutInnen.
 21
 22
 23
 24
 25
 26
 27
 28 • Im Interesse unserer BündnispartnerInnen fordern wir, dass die israelische Regierung alles notwendige unternimmt, um die freie Meinungsäußerung pazifistischer und progressiver Bewegungen zu ermöglichen und beispielsweise deren Demonstrationen besser schützt.
 29
 30
 31
 32
 33
 34
 35

- 36 **Antrag 237/I/2015**
 37 **Abt. 3 | Spandau**
 38 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 39
 40 **Städtepartnerschaft mit Kiew**
 41 Die sozialdemokratischen Abgeordneten und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, mit der ukrainischen Hauptstadt Kiew schnellstmöglich eine Städtepartnerschaft abzuschließen.
 42
 43
 44
 45
 46
 47 **Begründung**
 48 Berlin hat mit vielen Hauptstädten Partnerschaftsabkommen, darunter z. B. Taschkent, Kuala Lumpur, Moskau, Peking etc.
 49
 50
 51 Es ist daher an der Zeit und zeigt in der jetzigen Situation solidarisches Verhalten, mit der Hauptstadt der Ukraine, Kiew, offiziell als Partner zu kooperieren.
 52
 53

Überweisung an AH-Fraktion (K)

Antragsbereich Internationales

Dieser Antrag wurde fristgerecht eingereicht, fehlte aus technischen Gründen im versendeten Antragsbuch

1 **Antrag 241/I/2015**

2 **Abt. 3 | Spandau**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Jugendwerk Ukraine**

7 Die sozialdemokratische Fraktion im Bundestag und die
8 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
9 werden aufgefordert,

- 10 • entweder ein deutsch-ukrainisches Jugendwerk zu
11 gründen – oder
- 12 • in Absprache mit dem deutsch-polnischen Jugend-
13 werk dieses um die Ukraine zu erweitern und die
14 Mittel massiv aufzustocken.

15

16

17

18 **Begründung**

19 Die Vergangenheit hat die Bedeutung und Wirksam-
20 keit solcher Jugendwerke gezeigt. Angesichts der
21 desolaten Lage in der Ukraine und angesichts der
22 intensiven polnisch-ukrainischen Kontakte sowie der
23 antieuropäischen Propaganda aus Russland, ist es drin-
24 gend notwendig, junge Ukrainer mit den europäischen
25 Gegebenheiten und Wertvorstellungen bekannter zu
26 machen. Die Mittel für das deutsch-polnische Jugend-
27 werk reichen dafür bei weitem nicht aus, sie sind im
28 Vergleich zum deutsch-französischen Jugendwerk von
29 Beginn an bescheiden gewesen, so dass diese neue
30 Aufgabe erhebliche zusätzliche Mittel verlangt.

Überweisung an BT-Fraktion (K)

31 **Antrag 242/I/2015**

32 **Abt. 03 | Spandau**

33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

34

35 **Jugendwerk mit der Ukraine**

36 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus
37 von Berlin und die sozialdemokratischen Mitglieder der
38 Landesregierung von Berlin werden aufgefordert, im
39 Bundesrat gegenüber der Bundesregierung darauf zu
40 drängen

- 41 • entweder ein deutsch-ukrainisches Jugendwerk zu
42 gründen – oder
- 43 • in Absprache mit dem deutsch-polnischen Jugend-
44 werk dieses um die Ukraine zu erweitern und die
45 Mittel massiv aufzustocken.

46

47

48 **Begründung**

49 Die Vergangenheit hat die Bedeutung und Wirksam-
50 keit solcher Jugendwerke gezeigt. Angesichts der
51 desolaten Lage in der Ukraine und angesichts der
52 intensiven polnisch-ukrainischen Kontakte sowie der
53 antieuropäischen Propaganda aus Russland, ist es drin-
54 gend notwendig, junge Ukrainer mit den europäischen

Überweisung an BT-Fraktion (K)

1 Gegebenheiten und Wertvorstellungen bekannter zu
2 machen. Die Mittel für das deutsch-polnische Jugend-
3 werk reichen dafür bei weitem nicht aus, sie sind im
4 Vergleich zum deutsch-französischen Jugendwerk von
5 Beginn an bescheiden gewesen, so dass diese neue
6 Aufgabe erhebliche zusätzliche Mittel verlangt.

7 **Antrag 243/I/2015**
8 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**
9 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10

11 **Minsk durchsetzen, Sanktionen beenden**

12 Die SPD – Fraktion im Deutschen Bundestag und die
13 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
14 werden aufgefordert, sich für die folgende Ziele einzu-
15 setzen:

16

17 1. Zwecks Kontrolle der Einhaltung des am 12. Febru-
18 ar 2015 abgeschlossenen Waffenstillstandes in der
19 Ostukraine (Minsk II) ist der OSZE der Zugang zu al-
20 len Frontabschnitten zu gewähren.

21 2. Zwischen der Nato und der Russischen Föderation
22 nicht abgestimmte Manöver sind auf beiden Seiten
23 unverzüglich einzustellen. Zwischen beiden Seiten
24 ist ein „Roter Draht“ einzurichten.

25 3. Es dürfen keine Waffen und sonstiges Kriegsgerät
26 an die Konfliktparteien geliefert werden, die Unter-
27 stützung Kiews durch die Nato ist auszuschließen.

28 4. Die beiderseitigen Sanktionen sind aufzuheben, so-
29 weit sie die Bevölkerung auf beiden Seiten treffen,
30 den Konflikt verschärfen und Verhandlungen be-
31 hindern.

32 5. Russland ist wieder in den Kreis der wichtigsten In-
33 dustrienationen aufzunehmen. Fortan handelt es
34 sich wieder um die G-8.

35

36

37 **Begründung**

38 **Zu 1:**

39 Der Waffenstillstand ist nach wie vor fragil. Auch nach
40 Inkrafttreten von Minsk II am 15.2.2015 wurde noch er-
41 bittert um die von den Separatisten eingeschlossene
42 Stadt Debalzewe gekämpft bis die geschlagenen Trup-
43 pen der Kiewer Regierung aus dem Kessel abziehen
44 konnten. Schon in den Wochen und Monaten davor war
45 die Vereinbarung Minsk I von beiden Seiten permanent
46 gebrochen und u. a. der Flughafen von Donezk in ein
47 Trümmerfeld verwandelt worden. Zahllose Telefonate
48 der Kanzlerin mit Wladimir Putin hatten daran nichts
49 geändert. Auch gegenwärtig scheint der Marsch der Se-
50 paratisten auf Mariupol zwecks Herstellung einer Land-
51 verbindung zur annektierten Krim nicht vom Tisch zu
52 sein.

53

54 Der permanente Bruch des Waffenstillstandes hat auch
55 die Aufklärung von Kriegsverbrechen unmöglich ge-
56 macht. So ist bis auf den heutigen Tag unklar, wer für

Überweisung an FA I – Internationale Politik, Frieden
und Entwicklung (K)

1 den Abschuss des MH17 verantwortlich ist. Anscheinend
 2 ist nicht nur auf östlicher Seite gemauert worden. Die
 3 Regierung Malaysias hat massive Vorwürfe gegen Kiew
 4 erhoben und die Entsendung von Blauhelmen gefor-
 5 dert. Andererseits hat ein russischer (!) Ingenieur die
 6 Auffassung vertreten, dass der Passagierjet nur von ei-
 7 ner Boden – Luft – Rakete vom Typ Buk, wie sie Russland
 8 an die Separatisten geliefert hat, abgeschossen wor-
 9 den sein kann. Der Abschlussbericht des Dutch Safety
 10 Boards soll erst im Sommer dieses Jahres veröffentlicht
 11 werden. Bis dahin herrschen Dementi und die Korrektur
 12 von Falschmeldungen auch westlicher Medien über den
 13 Tod von Zivilisten und die Verantwortlichkeit für die Lei-
 14 den der Bevölkerung u. a. in der Ostukraine vor.

15
 16 In der Charta der UN heißt es, es gehöre zu ihren vor-
 17 nehmsten Aufgaben, **„künftige Generationen vor der
 18 Geißel des Krieges zu bewahren“**. Danach wäre es Sa-
 19 che des Sicherheitsrats, die Einhaltung von Waffenstill-
 20 ständen zu überwachen und Truppen mit einem ent-
 21 sprechenden Mandat auszustatten. Hier läge die Nagel-
 22 probe für die Vetomacht Russland.

23
 24 Statt nun einen „Roten Draht“ einzurichten, über ei-
 25 nen bestandsfähigen Waffenstillstand zu verhandeln
 26 und dabei auch die Ursachen des Konfliktes zu erörtern,
 27 führen beide Seiten Großmanöver durch, die vom Balti-
 28 kum bis zu Krim reichen, reden über eine „schnelle Ein-
 29 greiftruppe“ und über eine „Europäische Armee“. Kalter
 30 Krieg pur, der schnell in einen heißen umschlagen kann,
 31 in dem sich dann zwei Atommächte gegenüberstünden
 32 und der das Potenzial eines dritten Weltkrieges in sich
 33 trüge.

34
 35 **Zu 2:**

36 Deutschland liefert keine Truppenübungsanlage an
 37 Russland und Frankreich nicht die zwei Hubschrauber-
 38 träger, von denen einer fast fertig gestellt ist. Wie weit
 39 und wie lange diese Entscheidungen allerdings tragen,
 40 ist ungewiss. Selbst ein neutrales Land wie die Schweiz
 41 ist insoweit ins Zwielficht geraten, es hat 2014 „bedruck-
 42 tes Spezialgewebe“ an ein „ziviles Textilunternehmen“
 43 in Russland verkauft, das Schutz vor Infrarot-Spähern
 44 und Radar bietet. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt:

45
 46 Die Ukraine hat wiederholt um Unterstützung durch die
 47 Nato gebeten. Die USA haben das zurückgewiesen mit
 48 dem Hinweis darauf, die Ukraine sei kein Nato – Mit-
 49 glied. Ob allerdings auch das gilt, darf bezweifelt wer-
 50 den; denn inzwischen diskutieren die Verantwortlichen
 51 in den USA nicht nur Waffenlieferungen an die Ukraine
 52 und die Baltischen Staaten, sie setzen sie auch um.

53
 54 Deshalb darf es hier keine Zweideutigkeit geben: Hil-
 55 fe zum Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Gesun-
 56 dung ja, aber Nato – Mitgliedschaft nein; denn die hät-
 57 te eine geopolitische Bedeutung, deren Auswirkungen
 58 weder im Interesse „des Westens“ läge noch in dem
 59 der Ukraine selbst, deren Menschen in ihrer übergroßen

1 Mehrheit nichts weiter wollen als in Frieden zu leben.

2

3 **Zu 3:**

4 Sanktionen sind Scheinhandlungen. Sie lösen keine Pro-
5 bleme, schaffen dafür neue – wie Kriege.

6

7 Die nun schon Jahrzehnte andauernden Sanktionen ge-
8 gen Kuba und den Iran beispielsweise haben nichts ge-
9 bracht als immer größere Leiden der Bevölkerung.

10

11 Widersprüchlich ist die Haltung der Bundesregierung,
12 wenn sie an anderer Stelle in das andere Extrem von
13 Sanktionen verfällt und damit die Rohstoffversorgung
14 ihres eigenen Landes schwächt: Die Rede ist vom Ver-
15 kauf des Erdöl- und Erdgaskonzerns RWE – DEA an den
16 russischen Oligarchen Michail Fridman, schon im März
17 vergangenen Jahres wurde dieser Deal publik.

18 Entsprechende Pläne habe die Bundesregierung jetzt
19 abgesegnet, hieß es 5 Monate später. Doch dann ver-
20 wies der britische Premierminister David Cameron auf
21 die Tatsache, dass Großbritannien Lizenzen für einige
22 DEA – Quellen in der Nordsee vergeben habe; wechsele
23 der Eigentümer, so könne das zuständige Ministerium
24 diese aufheben. Anscheinend steht diese Maßnahme
25 unmittelbar bevor; Camerons Energieminister Ed Davey
26 hat erklärt, angesichts der verschärften Sanktionen ge-
27 gen Russland „nicht geneigt“ zu sein, dem Verkauf zu-
28 zustimmen. Neuester Stand: Nur wenn innerhalb eines
29 Jahres gegen die Firma Fridmans „Letter One“ Sanktio-
30 nen verhängt werden sollten, sei RWE zum Rückerwerb
31 des UK – Geschäfts verpflichtet. Lächerlicher kann sich
32 der Westen nicht machen.

33

34 Es ist zu hoffen, dass die Realität mit dieser Wider-
35 sprüchlichkeit aufräumt und „der Westen“ zu einer kon-
36 sistenten Haltung findet. Denn Unheil kündigt sich an,
37 Gazprom hat mit der Drosselung von Gaslieferungen
38 gedroht und in Österreich ist schon weniger Gas ange-
39 kommen.

40

41 **Fazit:**

42 Am 07.10.2014 hat unsere Abteilung über den Konflikt
43 mit Vertretern der Botschaften Russlands und der Ukrai-
44 ne über die Ursachen des Konfliktes diskutiert. Dabei
45 stach eine Bemerkung unseres russischen Gastes her-
46 vor: Er verglich die psychologische Lage Deutschlands
47 nach dem ersten Weltkrieg mit der Russlands nach dem
48 Ende des Kalten Krieges: die tiefe Demütigung.

49

50 Angesichts des nicht mehr nur „kalten“, sondern“
51 heißen“ Äußersten muss über das Gefühl der Demüti-
52 gung endlich geredet werden, und die historische Ent-
53 wicklung, die zu alledem geführt hat, muss auf den
54 Tisch. Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, hat
55 einen solchen Neuanfang mehrfach angedeutet. War-
56 um nimmt der Westen ihn nicht beim Wort und un-
57 terlässt die Bildung aller dummen Kampfbegriffe wie
58 „Russlandverstehere“? Warum wird nicht wenigstens
59 versucht, mit Russland eine gemeinsame Basis zu fin-

1 den im Kampf gegen einen derzeit noch auf den Irak
2 und Syrien beschränkten Verbrecherstaat, der sich „is-
3 lamisch“ nennt, dessen menschenverachtende Ideolo-
4 gie lange vor seinem Entstehen Russland in Beslan zu
5 spüren bekommen hat und der mittlerweile die ganze
6 zivilisierte Welt bedroht? Auf diese Perspektive hat DER
7 SPIEGEL in seiner Ausgabe vom 20.10. hingewiesen.

Digital / Medien

1 **Antrag 244/I/2015**

2 **KDV Mitte**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Sprachliche Vielfalt auf dem Online-Portal „Anerken-**
 7 **nung in Deutschland“**

8 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen
 9 Bundestages und der Bundesregierung werden aufge-
 10 fordert, sich dafür einzusetzen, dass das Portal „Aner-
 11 kennung in Deutschland“ (<http://www.anererkennung->
 12 [in-deutschland.de/](http://www.anererkennung-)) zusätzlich in folgenden Sprachen
 13 übersetzt angeboten wird: Russisch, Arabisch, Bulga-
 14 risch, Serbisch, Kroatisch, Französisch und Griechisch.

15

16 Des Weiteren sollen sie darauf hinwirken, dass der Me-
 17 nüpunkt „Anerkennungsfinder“, durch die zuständigen
 18 Stellen bundesweit gesucht werden kann und ebenfalls
 19 in den Sprachen zur Verfügung steht, in denen auch das
 20 restliche Portal dargestellt wird.

21

22

23

24 **Begründung**

25 Das Online-Portal „Anerkennung in Deutschland“ mit
 26 dem Online-Tool „Anerkennungs-Finder“ zeigt den Weg
 27 zur richtigen Anerkennungsstelle und bietet bisher
 28 auf Deutsch, Englisch, Spanisch, Polnisch, Italienisch,
 29 Rumänisch und Türkisch alle wichtigen Informationen
 30 rund um die Anerkennungsverfahren. Laut BAMF
 31 stellten Personen aus Polen, Ungarn, Bulgarien, Ita-
 32 lien, der Russischen Föderation und Griechenland
 33 die größten Gruppen, der im Jahr 2013 zugewander-
 34 ten Ausländer, dar. Im Vergleich zu 2012 konnte bei
 35 fast allen Hauptherkunftsländern ein Anstieg des
 36 Wanderungssaldos festgestellt werden. Dabei wurde
 37 insbesondere bei Staatsangehörigen aus den neuen
 38 EU-Staaten Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien,
 39 aber auch bei italienischen, griechischen, syrischen,
 40 russischen und spanischen Staatsangehörigen ein
 41 deutlich positiver Wanderungssaldo verzeichnet. Ein
 42 starker Wanderungsgewinn konnte auch bei Staats-
 43 angehörigen aus Kroatien, das seit 1. Juli 2013 Mitglied
 44 der EU ist, festgestellt werden. Das Online-Portal
 45 muss auf diese Zuwanderungsentwicklungen einge-
 46 hen. Die EU-Staaten und ehemals Anwerbestaaten
 47 wie Bulgarien, Griechenland und Kroatien, sowie die
 48 Russische Föderation, und die neuere Entwicklung
 49 der Einwanderung aus arabisch-sprechenden Ländern
 50 müssen bei der Ausgestaltung der Informationsplatt-
 51 form berücksichtigt werden, damit diese den aktuellen
 52 Migrationsbewegungen bei der Nutzung gerecht wird.

Annahme (K)

1 **Antrag 245/I/2015**
 2 **KDV Tempelhof-Schöneberg**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 4
 5 **Stadtplan-Angebot unter berlin.de auf Open Data um-**
 6 **stellen**
 7 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozial-
 8 demokratischen Mitglieder des Senats werden aufge-
 9 fordert, darauf hinzuwirken, dass der im Hauptstadt-
 10 portal www.berlin.de angebotene Stadtplan anstelle
 11 des urheberrechtlich geschützten Kartenmaterials der
 12 Euro Cities AG zukünftig auf Grundlage von Open-
 13 StreetMap (<http://www.openstreetmap.org>) bereitge-
 14 stellt wird. In das Angebot sollen auch die Daten der
 15 Open-Data-Initiative des Landes Berlins integriert wer-
 16 den.
 17
 18 Die entfallenden Lizenzgebühren sollen nötigenfalls für
 19 die Implementierung und Pflege des neuen Angebots
 20 zur Verfügung gestellt werden.
 21
 22 **Begründung**
 23 Das Stadtplan-Angebot unter berlin.de greift bisher
 24 auf das kommerzielle – urheberrechtlich geschützte
 25 und nur unter Zahlung von Lizenzgebühren weiter
 26 zu veröffentlichende – Kartenmaterial der Euro Cities
 27 AG zurück. Dies schränkt die Verwendbarkeit des
 28 Stadtplans für die Nutzerinnen und Nutzer unnötig
 29 ein. Zudem laufen die Nutzerinnen und Nutzer Gefahr,
 30 bei versehentlicher Weiter-Verwendung der Karten
 31 erheblichen Schadensersatzansprüchen ausgesetzt zu
 32 werden.
 33
 34 Die im Rahmen von OpenStreetMap zur Verfügung
 35 gestellten Karten erreichen ein qualitativ vergleichba-
 36 res Niveau und bieten zahlreiche Erweiterungen und
 37 größere Detailtiefe. Durch Integration der Daten der
 38 Open-Data-Initiative des Landes Berlins können zahlrei-
 39 che zusätzliche Informationen (Standorte von Altglas-
 40 containern, Verlegeorte von Stolpersteinen, usw.) im
 41 Stadtplan bereitgestellt werden.
 42
 43 Das Land Berlin zahlt derzeit für das kommerzielle, ur-
 44 heberrechtlich befangene Kartenmaterial Lizenzgebüh-
 45 ren. Die zukünftig entfallenden Gebühren sollen für die
 46 Einrichtung und Pflege des neuen Angebots verwendet
 47 werden und leisten damit auch einen Beitrag zur Stär-
 48 kung der Ziele der Open-Data-Initiative des Landes.
 49
 50 Mit der Implementierung von offenem Kartenmaterial
 51 wird auch der Kritik Rechnung getragen, wonach die Eu-
 52 ro Cities AG als sog. „Massenabmahnerin“ bekannt sei
 53 und die Geltendmachung von Schadensersatzansprü-
 54 chen bei Weiterverbreitung ihrer lizenzierten Daten zu
 55 einem wesentlichen Teil ihres Geschäftsmodells ausge-
 56 baut habe. Das Hauptstadtportal berlin.de wird zukünf-
 57 tig nicht mehr dazu beitragen, Abmahnungen gegen
 58 seine Nutzerinnen und Nutzer zu ermöglichen.

Annahme (K)

1

Mobilität

1 **Antrag 115/I/2014**
 2 **Jusos Landesvorstand**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4
 5 **Wiedervorlage: Fahrscheinlosen ÖPNV prüfen**
 6 Der Senat wird aufgefordert, ein Gutachten über die finanziellen Auswirkungen eines fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehrs in Berlin in Auftrag zu geben.
 7
 8
 9 In ein solches Gutachten sind nicht nur entgangene Ticketeinnahmen und gesparte Ausgaben für Ticketautomaten und die Verfolgung von SchwarzfahrerInnen einzubeziehen, sondern auch die Veränderungen in den Verkehrsströmen insgesamt. So müssen etwa die Auswirkungen eines möglicherweise verringerten Individualverkehrs genauso berücksichtigt werden wie der Mehrbedarf an Linien und Kapazitäten im ÖPNV.
 10
 11
 12
 13
 14
 15
 16
 17
 18
 19
 20
 21
 22
 23

Annahme in der Fassung der AK (K)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Fahrscheinlosen ÖPNV prüfen
 Der Senat wird aufgefordert, ein Gutachten über die finanziellen Auswirkungen eines fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehrs in Berlin *vorzulegen*.
 In ein solches Gutachten sind nicht nur entgangene Ticketeinnahmen und gesparte Ausgaben für Ticketautomaten und die Verfolgung von SchwarzfahrerInnen einzubeziehen, sondern auch die Veränderungen in den Verkehrsströmen insgesamt. So müssen etwa die Auswirkungen eines möglicherweise verringerten Individualverkehrs genauso berücksichtigt werden wie der Mehrbedarf an Linien und Kapazitäten im ÖPNV.
 Einzukalkulieren ist zudem der enorme Zuzug nach Berlin mit dem dadurch steigenden Bedarf an Mobilität. Bei der Folgen-Abschätzung einer solchen Einführung eines fahrscheinlosen ÖPNV sollten praktische Beispiele aus Tallin und anderen Städten berücksichtigt werden, wo dies bereits Realität ist.

24 **Antrag 132/II/2014**
 25 **Abt. 04 | Neukölln**
 26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

27
 28 **Kieze verbinden und den BER gut erreichen- Bus 171 für Alt-Rudow erhalten**
 29
 30 Wir fordern von der BVG und dem Senat, dass die von der Arbeitsgemeinschaft Rudower Geschäftsleute gesammelten 7000 Unterschriften zum Erhalt der Buslinie 171 durch Alt-Rudow ernst genommen werden und der Bus 171 weiterhin durch die Straße Alt-Rudow fährt.

31
 32
 33
 34
 35
 36
 37 **Begründung**
 38 Um den Transport der Menschen zum Flughafen BER zu erleichtern, werden in Zukunft alle Flughafenzubringer (X7 und X11) gebündelt von der Neuköllner Straße starten und ankommen. Zusätzlich wird der U Bahnhof erstmals seit der Eröffnung 1972 umfangreich erweitert und bekommt zwei neue Ausgänge mit Rolltreppen.
 39
 40
 41
 42
 43
 44
 45
 46
 47
 48
 49
 50
 51
 52
 53
 54

Ablehnung (K)

1 Neuköllner Straße im Vergleich zu heute erhöhen. Wir
 2 als Rudower SPD sind deshalb weiterhin der Überzeu-
 3 gung, dass die Verlängerung der U Bahn zum Regio-
 4 nalbahnhof Schönefeld und der Weitertransport über
 5 Shuttlebusse zu den Terminals die nachhaltigste und
 6 komfortabelste Verbindung (neben der S-Bahn und
 7 dem Regionalexpress) zum Flughafen darstellt und
 8 nicht aus den Augen verloren werden darf.

9 Wir als Rudower SPD begrüßen es, dass der Bus 171 zu
 10 einer kiezverbindenden Linie wird, wenn er nicht mehr
 11 den Flughafen Schönefeld ansteuert. Das Herausneh-
 12 men aus dem Ortsteilzentrum Rudow wird damit aller-
 13 dings zu einer rein ökonomisch motivierten Entschei-
 14 dung ohne die nachhaltige Stadtentwicklung aus wirt-
 15 schaftlicher und sozialer Perspektive zu berücksichti-
 16 gen.

17 Wir finden, dass hier soziale Aspekte schwerer wiegen
 18 als ökonomische Überlegungen der Effizienz. Vor die-
 19 sem Hintergrund bleibt die Verlegung des Busses 171
 20 von Alt-Rudow auf die Neuköllner Straße vollkommen
 21 unverständlich, da er in Zukunft nur noch den Regio-
 22 nalbahnhof Schönefeld ansteuern und nicht als Zubrin-
 23 ger zum Flughafen fungieren wird. Der Bus 171 wird
 24 damit zu einer Kiezlinie, die am Hermannplatz star-
 25 tet, den Kiez rund um den Weichselplatz und die Har-
 26 zer Straße durchquert, um anschließend alle wichti-
 27 gen Querstraßen entlang der Buschkrugallee/Rudower
 28 Straße, das Ortsteilzentrum Alt-Rudow, das Frauenvier-
 29 tel und schließlich Schönefeld anzusteuern. Der Bus
 30 verbindet damit Kieze und Menschen miteinander und
 31 wird in Zukunft vermutlich hauptsächlich von Ortskun-
 32 digen genutzt. Es ist gut, dass der Bus im Norden einen
 33 Umweg macht, um die Nordneuköllner Kieze zu durch-
 34 fahren. Es ist aber unverständlich, weshalb das Ortsteil-
 35 zentrum Alt-Rudow aus dem Fahrplan genommen wer-
 36 den soll. Der Altersdurchschnitt der Menschen im Sü-
 37 den des Bezirks ist wesentlich höher, weshalb die Mo-
 38 bilität der Menschen eingeschränkter als in den Nord-
 39 kiezen ist. Viele Menschen müssen auch in Zukunft die
 40 Ärzte und Apotheken in Rudow ansteuern. Die inhaber-
 41 geführten Geschäfte in Alt-Rudow sind der Garant für
 42 das Leben im Ortsteilzentrum.

43 Die eingeschränkte Erreichbarkeit des Ortsteilzentrums
 44 wird auch an ihnen nicht spurlos vorbeigehen, da der
 45 Bus die Kunden nicht mehr in das Ortsteilzentrum
 46 transportieren, sondern nur noch an der Neuköllner
 47 Straße herauslassen wird. Einen Umweg von mindes-
 48 tens zweimal 150m macht sich – insbesondere für geh-
 49 behinderte Menschen – erheblich bemerkbar, weshalb
 50 die Menschen sich zweimal darüber Gedanken machen
 51 werden KundInnen und PatientInnen in Rudow zu blei-
 52 ben.

1 **Antrag 191/I/2015**
 2 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 5
 6 **Dem Fernbusverkehr mehr Regeln geben**
 7 Der Berliner Senat und die Bundesregierung sollen sich
 8 dafür einsetzen, weiterhin verstärkte und nachhaltige
 9 Kontrollen im Fernbusverkehr hinsichtlich der Lenk-
 10 und Ruhezeiten und der Bedienungs- und Aufzeich-
 11 nungsverpflichtungen durchzuführen, im Verfahren
 12 zur Erteilung der Liniengenehmigung zu prüfen, ob
 13 Anhaltspunkte für die Unzuverlässigkeit des Fernbus-
 14 unternehmens auf Grund von Verstößen gegen arbeits-
 15 und sozialrechtliche Pflichten vorliegen, im Falle eines
 16 notwendigen Ausbaus der Haltestelleninfrastruktur
 17 für Fernbusse die Fernbusunternehmen angemessen
 18 an den Kosten zu beteiligen, eine mögliche Aus-
 19 weitung der Bundesfernstraßenmaut auf Fernbusse
 20 (ausgenommen Kraftomnibusse, die im Öffentlichen
 21 Personennahverkehr eingesetzt sind) zu unterstützen,
 22 sich auf Bundesebene für eine Angleichung der Fahr-
 23 gastrechte für Bus- und Bahnfahrergäste einzusetzen
 24 und dafür Sorge zu tragen, dass nicht beliebig an
 25 allen Straßenecken Fernbushaltestellen eingerichtet
 26 werden können, insbesondere in Wohngebieten und
 27 an Wohnstraßen.
 28
 29 **Begründung**
 30 Die Einführung der Fernbusse haben das Ziel, mehr
 31 Verkehr auf die Schiene, empfindlich in weite Ferne
 32 rücken lassen: Die günstigen Preise der Fernbusse im
 33 Vergleich zur Bahn sind auch in der unfairen Wettbe-
 34 werbsituation zwischen Fernbussen und der Bahn
 35 begründet: Während die Eisenbahnverkehrsunterneh-
 36 men für die Nutzung der Gleise und der Stationen
 37 Entgelte an die Betreiber der Infrastruktur zahlen müs-
 38 sen, ist dies bei Fernbussen nicht der Fall: Fernbusse
 39 können Autobahnen ohne Maut und auch die meisten
 40 Haltestellen kostenlos nutzen. Dabei tragen gerade
 41 auch die schweren Busse zu den Schäden auf Stadt-
 42 und Bundesstraßen sowie Autobahnen bei.
 43
 44 Kritisch zu betrachten ist zudem, dass nicht immer
 45 die Arbeits- und Sozialstandards für die Busfahrerinnen
 46 und Busfahrer eingehalten werden. Um niedrige Prei-
 47 se anbieten zu können, muss an den Kosten gespart
 48 werden, insbesondere an den Personalkosten. In letzter
 49 Konsequenz gehen derartige Verstöße zu Lasten der Si-
 50 cherheit der Fahrgäste und sind daher keine Bagatelle.
 51
 52 Auch was die Fahrgastrechte angeht, stehen Fernbus-
 53 kunden deutlich schlechter da als Bahnkunden, was
 54 für Fernbusunternehmen zu Kostenvorteilen gegen-
 55 über der Bahn führt: Zum einen werden Fahrgäste,
 56 die weniger als 250 Kilometer mit dem Bus zurückle-
 57 gen, von den Rechten bei Ausfall und Verspätung einer
 58 Fahrt ganz ausgenommen, während bei der Bahn Fahr-

Annahme (K)

1 gastrechte uneingeschränkt auch auf Kurzstrecken gel-
2 ten. Zum anderen bestehen die wichtigsten Rechte nur,
3 wenn die Fahrt ganz gestrichen wird oder sich die Ab-
4 fahrt um mehr als zwei Stunden verzögert. Verspätun-
5 gen, die nach der Abfahrt oder durch Anschlussverluste
6 entstehen, sind ebenso ausgenommen.

7 **Antrag 192/I/2015**
8 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**
9 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10

11 **Stadtverträgliche Gestaltung des Fernbusverkehrs**

12 Die SPD Fraktion wird aufgefordert, sich gegenüber dem
13 Senat dafür einzusetzen, dass dieser eine Strategie zur
14 stadtverträglichen Gestaltung des Fernbusverkehrs er-
15 arbeitet.

16

17 Weiterhin werden die Berliner SPD Bundestagsabge-
18 ordneten gebeten, die Aktivitäten des Senats und des
19 Deutschen Städtetages zur Änderung des Personen-
20 beförderungsgesetzes zu unterstützen mit dem Ziel,
21 dass die kommunale Planungshoheit hinsichtlich der
22 Steuerung von Fernbushalten, der Verknüpfung mit
23 dem ÖPNV und der Nutzungspflicht von Busbahnhöfen
24 gestärkt werden.

25

Annahme (K)

26 **Antrag 193/I/2015**
27 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**
28 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

29

30 **Kein ZOB am Ostkreuz**

31 Der Berliner Senat wird aufgefordert, neben dem ZOB
32 an der Messe künftig bei entsprechendem Bedarf einen
33 weiteren ZOB nur in Autobahnnähe (BER, Südkreuz
34 etc.) zu planen. Einen ZOB am Ostkreuz zu Lasten des
35 Wohnungsneubaus an der Rummelsburger Bucht, wie
36 von der CDU vorgeschlagen, lehnen wir im Interesse
37 der AnwohnerInnen ab.

38

Annahme (K)

39 **Antrag 194/I/2015**
40 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**
41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

42

43 **Pilzkonzept einhalten: Zoologischer Garten und Ost-
44 bahnhof als Fernverkehrsbahnhöfe sichern**

45 Der Senat wird aufgefordert, sich umgehend gegenüber
46 der Deutschen Bahn dafür einzusetzen und den Ver-
47 kehrsverbund Berlin-Brandenburg zu beauftragen, dass
48 zum Fahrplanwechsel 2015 keine Fern- und Regional-
49 bahnlínien auf der Berliner Stadtbahn gestrichen oder

Annahme (K)

1 verlegt werden, und dass wieder Fernverkehrszüge am
 2 Bahnhof Zoologischer Garten halten. Der Ostbahnhof
 3 als der wichtige Fernbahnhof für die östlichen Bezirke,
 4 gerade auch für Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow und
 5 Neukölln, muss in vollem Umfang als ICE- und Regional-
 6 bahnhaltepunkt erhalten bleiben. Nur so lässt sich das
 7 Konzept einer Stadt der kurzen Wege umsetzen.

8
 9 Die Deutsche Bahn soll darüber hinaus vor dem Hinter-
 10 grund der wachsenden Stadt aufgefordert werden, al-
 11 le technischen und betrieblichen Möglichkeiten auf der
 12 Stadtbahn auszuschöpfen um künftig Trassenkonflikte
 13 zu vermeiden.

14
 15
 16 **Begründung**

17 Dem Berliner „Pilzkonzept“ für den Eisenbahnverkehr
 18 laufen derzeit Planungen der Deutschen Bahn zuwi-
 19 der, künftig nur noch eine der beiden derzeit auf der
 20 Stadtbahn verkehrenden Linien RB 14 und ICE 10 dort
 21 fahren zu lassen: Neben dem Hauptbahnhof dürfen die
 22 Fern- und Regionalbahnhöfe Zoologischer Garten und
 23 Ostbahnhof nicht weiter an Bedeutung verlieren. Wir
 24 bleiben bei unserer Forderung, dass am Zoologischen
 25 Garten wieder Fernverkehrszüge halten sollen. Wir
 26 erwarten von der Deutschen Bahn die Einhaltung des
 27 vereinbarten Berliner Fern- und Nahverkehrskonzepts.
 28 Dass nunmehr auch der Ostbahnhof als wichtiger
 29 Fernbahnhalt für die zentralen und östlichen Stadtteile
 30 infrage gestellt wird, ist nicht akzeptabel. Die Größe
 31 Berlins und die polyzentrische Stadtstruktur erfordern
 32 auch einen Fernbahnhof, der von den östlichen Teilen
 33 der Stadt gut erreichbar ist. Der Ostbahnhof ist nicht
 34 nur der einzige Fernbahnhof im Ostteil der Stadt, er ist
 35 auch von Kreuzberg und Teilen von Neukölln schnell zu
 36 erreichen. Der Senat muss dies in den Abstimmungen
 37 und Gesprächen mit der Deutschen Bahn AG deutlich
 38 machen.

39
 40 Eine Verlagerung weiterer Fern- und Nahverkehrszüge
 41 von der Stadtbahn widerspricht dem verabschiedeten
 42 „Pilzkonzept“, das Berliner Senat, Bundesverkehrsminis-
 43 terium und Deutschen Bahn gemeinsam entwickelt ha-
 44 ben. Die Regelungen, auf welchen Gleisen Fern- und
 45 Regionalzüge die Berlin durchqueren und an welchen
 46 Bahnhöfen sie halten, müssen eingehalten werden: Da-
 47 nach ist ein dezentrales Haltekonzept mit einer Füh-
 48 rung des Ost-West-Verkehrs über die Stadtbahn und die
 49 Beibehaltung der Funktion der Bahnhöfe Zoologischer
 50 Garten und Ostbahnhof als Fernverkehrshalte vorgese-
 51 hen. Reisende nach Berlin sollen so auch künftig alle
 52 Bereiche der Stadt leicht erreichen. Dazu liegen einer-
 53 seits die Fernbahnhöfe Spandau, Zoologischer Garten,
 54 Hauptbahnhof, Ostbahnhof, Gesundbrunnen und Süd-
 55 kreuz an zentralen Punkten der Stadt, andererseits sind
 56 sie gut an das Netz des Stadtverkehrs (Nahverkehr) an-
 57 gebunden. Reisende durch Berlin sollen auch künftig
 58 leicht umsteigen können.

1 **Antrag 195/I/2015**
 2 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4
 5 **Falschparken besser ahnden**
 6 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner
 7 Senats sowie der Abgeordnetenhausfraktion werden
 8 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Über-
 9 wachung des „ruhenden“ Verkehrs (Falschparker)
 10 durch Ordnungsämter und Polizei insbesondere auf
 11 Radwegen, Radspuren, Gehwegen und an Kreuzungen
 12 intensiviert wird. Dazu ist ausreichend Personal zur
 13 Verfügung zu stellen. Bei offensichtlichen Behinde-
 14 rungen sind Fahrzeuge konsequent umzusetzen. Die
 15 ständige Behinderung des Rad- und Fußverkehrs durch
 16 ordnungswidrig abgestellte Fahrzeuge gefährdet die
 17 schwächeren Verkehrsteilnehmer und behindert eine
 18 Verkehrswende in Berlin.

19
 20 **Begründung**
 21 Nach Auskunft des Berliner Stadtentwicklungssenators
 22 sind in den letzten 4 Jahren in Berlin 28 km neue
 23 Radfahrspuren eingerichtet worden. Leider sind diverse
 24 Radspuren in Berlin nur mit erheblicher Gefährdung
 25 benutzbar. Z.B. stehen auf den Radspuren in der
 26 Joachim-Friedrich-Str. in Charlottenburg-Wilmersdorf
 27 auf ca. 400m Strecke zwischen Kracauer Platz und Kur-
 28 fürstendamm zu jeder beliebigen Tageszeit zwischen
 29 10 und 25 falsch geparkte PKW und LKW unbehelligt
 30 auf den beidseitig markierten Radfahrstreifen. Auch die
 31 Kreuzungen in allen Haupt- und Nebenstraßen nicht
 32 nur in der City West sind regelmäßig zugeparkt und
 33 damit für Fußgänger Radfahrer aber auch abbiegende
 34 Fahrzeuge nicht einsehbar.
 35 Die damit verbundene Gefährdung von Radfahrern und
 36 Fußgängern erschwert die erwünschte Verkehrsverla-
 37 gerung vom motorisierten Individualverkehr (MIV) zu
 38 umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln incl. ÖPNV.

Überweisung an Senat + Überweisung an AH-Fraktion
(K)

39 **Antrag 196/I/2015**
 40 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**
 41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 42 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

43
 44 **Drohende Kürzungen im Schienenpersonennahverkehr**
 45 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich
 46 gegenüber der Bundesregierung, dafür einzusetzen,
 47 dass den Ländern weiterhin ausreichend Regiona-
 48 lisierungsmittel zur Verfügung gestellt werden, so
 49 dass es zu keinen Abbestellungen im S-Bahn- und im
 50 Regionalverkehr kommt. Die Regionalisierungsmittel
 51 sind so zu dynamisieren, dass es nicht durch steigende
 52 Kosten zu Abbestellungen durch die Länder kommt

53
 54 **Begründung**

Annahme (K)

1 Die Verantwortung für den regionalen Schienenper-
 2 sonennahverkehr (S- und Regionalbahnen) wurde
 3 mit der Bahnreform 1996 vom Bund auf die Länder
 4 übertragen, der ihnen dafür einen Anteil aus dem
 5 Mineralölsteueraufkommen zahlt. Seit 2002 sind die
 6 beispielsweise die Trassenkosten pro Kilometer um
 7 28,8 % gestiegen, die Mittel des Bundes nur um 8 %.
 8 In der Anfangsphase konnten die Steigerungen aus
 9 Wettbewerb und Ausschreibungen erbracht werden.
 10 Diese Möglichkeiten sind nun völlig ausgeschöpft.

11
 12 Die Länder lehnen auch ein Lohn-Dumping bei Aus-
 13 schreibungen ab. Eine jährliche Anhebung von über 2%
 14 ist notwendig, damit es nicht zu Kürzungen kommt. Da
 15 die Bundesregierung eine entsprechende Dynamisie-
 16 rung ablehnt, drohen spätestens ab 2017 weitreichende
 17 Einschränkungen und Kürzungen in Deutschland und in
 18 Berlin.

19 **Antrag 197/I/2015**
 20 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**
 21 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

22
 23 **Umstellung des öffentlichen Fuhrparks auf E-Betrieb**
 24 Der Senat wird gebeten zu prüfen, wie der öffentliche
 25 Fuhrpark für Kraftfahrzeuge mittelfristig auf Elektrobe-
 26 trieb umzustellen ist.
 27 Dem Abgeordnetenhaus ist Ende 2016 ein Zwischenbe-
 28 richt vorzulegen

29
 30 **Begründung**
 31 Es ist zu begrüßen, dass der Senat sich zurzeit verstärkt
 32 darum bemüht, Ladestationen für E-KFZ im Straßen-
 33 raum installieren zu lassen, um den Bewegungsraum
 34 für derartige KFZ zu verbessern. Damit kann die At-
 35 traktivität für die Beschaffung solcher Fahrzeuge
 36 durch Private gesteigert werden. Der Senat sollte aber
 37 mit gutem Beispiel vorangehen und die Umstellung
 38 des gesamten KFZ-Fuhrparks auf E-Betrieb in Angriff
 39 nehmen.
 40

Annahme in der Fassung der AK (K)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Umstellung des öffentlichen Fuhrparks auf E-Betrieb
 Der Senat wird gebeten zu prüfen, wie der öffentliche
 Fuhrpark für Kraftfahrzeuge mittelfristig auf Elektrobe-
 trieb umzustellen ist.

41 **Antrag 198/I/2015**
 42 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**
 43
 44 **Verkehrsüberwachung intensivieren und Verkehrsschu-
 45 lung rigoros ausbauen**
 46 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-
 47 tenhauses und des Senats von Berlin werden aufgefor-
 48 dert sich für folgendes Konzept einzusetzen:
 49

50 1. Aus dem Landeshaushalt werden zusätzlich zu den
 51 bereits eingestellten Mitteln pro Bezirk die Mittel für ei-
 52 nen Kreuzungsbereich zur Ausstattung mit kombinier-

Überweisung an AH-Fraktion (K)

1 ten Blitz- und Geschwindigkeitsüberprüfungsanlagen
2 einmalig zur Verfügung gestellt. Der Einbau soll noch
3 2015 entsprechend der Verkehrsunfallstatistik erfolgen.

4
5 2. Die Mehreinnahmen fließen in ein Sonderprogramm
6 Verkehrserziehung. Maßnahmen sollen sein:

- 7 • Unterstützung der vorhandenen Jugendverkehrs-
- 8 schulen und Aufbau neuer Verkehrsschulen.
- 9 • Ausbildung und Einsatz von Verkehrstrainern die in
- 10 den Schulen Kindgerecht die Regeln vermitteln.
- 11 • Aufbau eines virtuellen Verkehrskindergartens
- 12 (sinnvoller Weise von SenstadtUm und nicht von
- 13 jedem Bezirk)
- 14 • Einstellung von Ordnungsamtsmitarbeitern, wel-
- 15 che gezielt Verkehrsüberwachung und – Aufklä-
- 16 rung betreiben.
- 17 • Aufstellung von Geschwindigkeitsanzeigern
- 18 • Einbau von Blitzern außerhalb von Kreuzungsberei-
- 19 chen
- 20 • Die Liste lässt sich fortsetzen und ist daher nicht ab-
- 21 schließend.

22
23
24 **Begründung**

25 Wir müssen unseren Verkehr sicherer machen. Das
26 geht durch Kontrolle und Ahndung auf der einen Seite
27 und durch Erziehung auf der anderen Seite. Ersteres
28 passiert zur Zeit ungenügend, letzteres wurde in den
29 letzten 30 Jahren abgebaut. Jetzt nun ersteres massiv
30 auszubauen ist längst überfällig. Daraus zweiteres zu
31 finanzieren garantiert, das eben nicht der Vorwurf der
32 Abzocke erhoben werden kann, denn die Mittel fließen
33 ja in die Verkehrserziehung.

34
35 Weitere Informationen unter:

36 [www.tagesspiegel.de/meinung/mehr-blitzer-in-berlin-](http://www.tagesspiegel.de/meinung/mehr-blitzer-in-berlin-keine-schonung-fuer-rotlichtsuender/11407774.html)
37 [keine-schonung-fuer-rotlichtsuender/11407774.html](http://www.tagesspiegel.de/meinung/mehr-blitzer-in-berlin-keine-schonung-fuer-rotlichtsuender/11407774.html)
38 [www.tagesspiegel.de/berlin/zahl-der-rotlichtsuender-](http://www.tagesspiegel.de/berlin/zahl-der-rotlichtsuender-steigt-stark-ampeln-in-berlin-werden-millionenfach-ignoriert/11407904.html)
39 [steigt-stark-ampeln-in-berlin-werden-millionenfach-](http://www.tagesspiegel.de/berlin/zahl-der-rotlichtsuender-steigt-stark-ampeln-in-berlin-werden-millionenfach-ignoriert/11407904.html)
40 [ignoriert/11407904.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/zahl-der-rotlichtsuender-steigt-stark-ampeln-in-berlin-werden-millionenfach-ignoriert/11407904.html)

41 **Antrag 199/I/2015**

42 **KDV Mitte**

43 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

44 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

45

46 **Grünpfeil für Rad Fahrende**

47 Die SPD-MandatsträgerInnen auf allen Ebenen werden
48 aufgefordert sich an den entsprechenden Stellen dafür
49 einzusetzen, die Straßenverkehrsordnung dahingehend
50 zu verändern, dass ein Grünpfeil für Fahrradfahrer ein-
51 gerichtet wird. Durch den Grünpfeil soll Fahrradfahrern
52 das Rechtsabbiegen an Kreuzungen, unter Beachtung
53 der Vorfahrt der anderen Verkehrsteilnehmer und ins-
54 besondere den Vorrang der Fußgänger, ermöglicht wer-
55 den.

56

Überweisung an FA XI Mobilität (K)

1
2
3 **Begründung**
4 Der Grünpfeil für Radfahrer wurde bereits 2012 Frank-
5 reich eingeführt und erlaubt Fahrradfahrern, an einer
6 roten Ampel rechts abzubiegen oder geradeaus zu
7 fahren, sofern keine Rechtsabbiegerspur existiert. Sie
8 haben dabei die Vorfahrt der anderen Verkehrsteil-
9 nehmer, insbesondere den Vorrang der Fußgänger zu
10 beachten. Durch die Regelung wird der Fahrradverkehr
11 in der Stadt einfacher und sicherer gemacht, indem
12 Situationen reduziert werden sollen, in denen sich
13 Radfahrer bedrängt fühlen oder sich im toten Winkel
14 motorisierter Fahrzeuge befinden. Das Zeichen existiert
15 in Frankreich in zwei alternativen Formen: als Schild
16 oder als Ampelsignal.
17
18 Die Freigabe erstreckt sich jeweils nur auf diejenige
19 Fahrtrichtung, die angezeigt wird. Man darf also nicht
20 rechts abbiegen, wenn nur ein Geradeaus-Pfeil zu se-
21 hen ist, und umgekehrt. Mit solchen Zeichen gibt es be-
22 reits positive Erfahrungen, die zunächst in den Nieder-
23 landen und danach in einem Testjahr in Straßburg, Bor-
24 deaux und Nantes gemacht wurden. Dort wurde we-
25 der für die Radfahrer noch für anderen Verkehrsteilneh-
26 mer eine Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit fest-
27 gestellt. Auch Basel hat den Grünpfeil seit 2013 getestet,
28 die Stadt München will dies nun ebenfalls in einer Pilot-
29 phase probieren.
30

31 **Antrag 200/I/2015**
32 **KDV Reinickendorf**
33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
34

35 **Verkehrsvertrag mit der BVG nachverhandeln**
36 Die sozialdemokratischen Mitglieder der SPD-Fraktion
37 im Berliner Abgeordnetenhaus und im Berliner Senat
38 werden aufgefordert, den Verkehrsvertrag des Landes
39 Berlin mit der BVG dergestalt nach zu verhandeln, dass
40 er den Ansprüchen einer nachhaltigen Mobilität in der
41 wachsenden Stadt entspricht.
42

43 Ziel muss es sein, ein Mehr an Verkehrsleistungen
44 sicher zu stellen, insbesondere bei der Erweiterung der
45 Fahrpläne im Bereich der Taktung, bei der Herstellung
46 von Pünktlichkeit und bei der Ausdehnung des Netzes
47 von Bus, U-Bahn und Straßenbahn.
48

49 **Begründung**
50 Der aktuelle Verkehrsvertrag mit der BVG gilt seit dem
51 1.1.2008. Aufgrund der positiven Fahrgastzahlen, des
52 erheblichen Zuzuges neuer Mitbürgerinnen und Mit-
53 bürger und permanent wachsender Touristenströme,
54 haben die Vertragspartner von Anfang an vereinbart,
55 dass es bereits nach den ersten Jahren eine Revision der
56 Vertragsinhalte geben soll, um flexibel auf den Anpas-

Überweisung an Senat + Überweisung an AH-Fraktion
(K)

1 sungsbedarf aus der täglichen Vertragspraxis reagieren
 2 zu können. Beide Seiten haben dazu Revisionsthemen
 3 angemeldet und Zahlen, Fakten und Kosten benannt,
 4 die dann gemeinsam geprüft und verhandelt wurden.
 5 Der Senat hat insbesondere Mehrleistungen im Bereich
 6 der Sicherheit sowie Mehraufwendungen insbeson-
 7 dere durch gestiegene technische und gesetzliche
 8 Anforderungen bei der Infrastruktur anerkannt.
 9
 10 Im Ergebnis erhält die BVG daher seit dem Jahr 2014
 11 jährlich um 17,5 Mio. € höhere Ausgleichszahlungen.
 12 Um aber auch dem bereits heute spürbaren Bedarf an
 13 Mehrleistungen für die aktuell steigende Fahrgastnach-
 14 frage und die künftig noch wachsende Stadt gerecht zu
 15 werden, hat das Abgeordnetenhaus weitere 4 bzw. 7,5
 16 Mio. € für die Jahre 2014/15 für die zusätzliche Bestel-
 17 lung von Verkehrsleistungen bei der BVG bewilligt. Die-
 18 se Zahlungen reichen jedoch bei weitem nicht aus und
 19 kommen in vielen Gebieten nicht an.
 20
 21 Die nächste Revision des bis 2020 laufenden Vertrages
 22 ist für das Jahr 2016 angedacht.
 23
 24 Insbesondere die Außenbezirke haben in der Vergan-
 25 genheit nicht von den Nachverhandlungen/Revisionen
 26 profitieren können. Für Reinickendorf heißt das, dass
 27 bis heute kein Bus zum Alten Bernauer Heerweg fährt,
 28 dass kein Bus mehr durch den Eichhorster Weg fährt, so
 29 dass das Seniorenzentrum an der ehemaligen 325er Hal-
 30 testelle Sagritzer Weg nicht angefahren wird und dass
 31 die Pünktlichkeit aufgrund zu hoher Taktung beim 120er
 32 Bus nicht gewährleistet wird.

33 **Antrag 201/I/2015**
 34 **Jusos Landesvorstand**
 35 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 36
 37 **Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren**
 38 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des
 39 Abgeordnetenhauses und Senats auf, sich dafür ein-
 40 zusetzen, dass die Erschleichung von Leistungen, also
 41 die Nutzung des ÖPNV ohne gültigen Fahrschein (sog.
 42 „Schwarzfahren“), in Berlin künftig von staatlichen Ver-
 43 kehrsbetrieben nicht mehr als Antragsdelikt verfolgt
 44 wird.
 45
 46 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und
 47 die Berliner Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
 48 werden zudem aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
 49 dass über Bundestag und Bundesrat der Bereich der
 50 öffentlichen Verkehrsmittel in § 265a StGB (betrifft:
 51 Erschleichung von Leistungen) nicht weiter Berücksich-
 52 tigung findet.
 53
 54 **Begründung**
 55 Nicht länger darf es kriminalisiert werden, wenn
 56 Menschen ihr Recht auf Mobilität trotz fehlender

Annahme (Kein Konsens)

1 materieller Mittel – diffamierend als „Schwarzfahren“
 2 bezeichnet – in Anspruch nehmen. Diese Kriminalisi-
 3 sierung trifft derzeit nachweislich insbesondere die
 4 finanziell Schwachen in unserer Stadt.

5 Die BVG als landeseigener Betrieb ist derzeit befugt, be-
 6 reits ab dem dritten Delikt, also dem dritten Mal Fah-
 7 ren ohne gültigen Fahrschein, Anzeige zu erstatten. Die
 8 Folge sind mehrere dutzend Fälle, die täglich vor Berlins
 9 Strafgerichten landen und dort die Arbeit verlangsamen.
 10 Viele dieser Fälle enden in immer und immer wieder-
 11 kehrender Ersatzhaft, bei der Tagessätze von häufig
 12 10 oder 15 Euro abgesessen werden – bei gleichzei-
 13 tigen Haftkosten von etwa 80 Euro pro Hafttag. Der An-
 14 teil dieser Fälle in Berliner Gefängnissen liegt seit Jahren
 15 konstant bei etwa einem Drittel. Unter dem Strich er-
 16 gibt sich eine nicht nur ökonomisch in höchstem Maße
 17 fragwürdige Praxis.

18 Berlin ist eines der Bundesländer mit den höchsten Er-
 19 werbslosenquoten in Deutschland. Bezieher*innen von
 20 ALG II steht im Rahmen ihres Regelsatzes ein Anteil
 21 von monatlich 25,14 Euro für Mobilität zur Verfügung.
 22 Das „Berlin-Ticket S“, eben für diese Bevölkerungsgrup-
 23 pe vor über zehn Jahren eingeführt, kostet jedoch mo-
 24 natlich 36 Euro und somit 10,86 Euro mehr als den ALG
 25 II-Bezieher*innen zur Verfügung stehen. Faktisch wird
 26 somit den Betroffenen, die sich kontinuierlich mit dem
 27 ÖPNV in der Stadt bewegen möchten, das Recht auf (le-
 28 gale) Mobilität streitig gemacht. Sie stellen den absolu-
 29 ten Großteil derer, die später vor Gericht landen.

30 Darüber hinaus arbeiten in Berlin viele Menschen in aty-
 31 pischen Beschäftigungsverhältnissen, viele sind soge-
 32 nannte Aufstocker*innen. Gerade diese Menschen mit
 33 einem geringen Einkommen sind es, die am Härtesten
 34 von den Strafzahlungen betroffen sind. Wer schon das
 35 Geld nicht hat, um sich ein Ticket kaufen zu können,
 36 der*die hat auch das Geld nicht, um die Strafe zu be-
 37 zahlen. Die Strafzahlungen bringen die Menschen da-
 38 her nur weiter in Bedrängnis, schlimmstenfalls sogar ins
 39 Gefängnis. Damit ist niemandem geholfen, denn hier
 40 geht es erkennbar nicht um eine Maßregelung für Men-
 41 schen, die sich aus Faulheit oder Geiz kein Ticket kau-
 42 fen. Auch ist der fundamentale Unterschied – beispiels-
 43 weise zum Falschparken, das seinerseits „nur“ als Ord-
 44 nungswidrigkeit verfolgt wird – für uns nicht erkennbar.
 45 Haft wegen „Schwarzfahrens“ vergrößert die zugrun-
 46 deliegenden Probleme und löst sie nicht. Entsprechend
 47 sinken auch die Zahlen der Betroffenen nicht und wer-
 48 den es auch bei drastischeren Strafen nicht tun – im Ge-
 49 genteil.

50

51 **Strafrecht richtig verstehen**

52 Von der Strafbarkeit des Erschleichens von Leistungen
 53 nach § 265a StGB muss der Bereich der öffentlichen Ver-
 54 kehrsmittel ausgenommen werden. Außerdem können
 55 weiterhin zivilrechtliche Ansprüche geltend gemacht
 56 werden. In sozialdemokratischer Tradition sollten ge-
 57 ringste Delikte entkriminalisiert werden. Viele Forde-
 58 rungen nach höheren Strafen sollen nur von gesell-
 59 schaftlichen Missständen ablenken. Soziale Ungleich-

1 heit darf nicht zur Kriminalisierung genutzt werden.
2 Das Strafrecht soll stattdessen elementare Werte des
3 Gemeinschaftslebens schützen. Das „Schwarzfahren“
4 bedroht sie hingegen nicht.
5 Die Bundestagsfraktion und das Land Berlin müssen
6 schnellstmöglich auf Bundesebene das Gesetz ändern
7 lassen. Dazu gehört es im ersten Schritt aber auch, die
8 Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der Berliner
9 Verkehrsbetriebe so zu ändern, dass lediglich das „er-
10 höhte Beförderungsentgelt“ erhoben wird und keine
11 weiteren strafrechtlichen Maßnahmen ergriffen wer-
12 den.
13

14 **Antrag 202/1/2015**
15 **KDV Lichtenberg**
16 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
17 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
18
19 **Reform des deutschen Trassenpreissystems von DB**
20 **Netz**
21 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-
22 Verkehrsminister werden aufgefordert, sich im
23 Bundestag und Bundesrat dafür einzusetzen, dass
24 die in Deutschland überhöhten Wegekosten für die
25 Nutzung der Schieneninfrastruktur gesenkt werden.
26
27 Die Wegekosten sollen sich künftig am Grenzkosten-
28 prinzip orientieren, d.h. nur die Kosten zugrunde liegen,
29 die unmittelbar durch eine Zugfahrt entstehen. Dies
30 entspricht auch einer Empfehlung der EU-Kommission
31 hinsichtlich der deutschen Trassenpreise und der Praxis
32 vieler benachbarter Staaten.
33
34 Zur Belegung des grenzüberschreitenden Eisenbahn-
35 verkehrs sind außerdem die hohen Kosten des Grenz-
36 übertritts für die Eisenbahnverkehrsunternehmen und
37 die Auftragnehmer der Bundesländer (Zulassungsver-
38 fahren, Einbau unterschiedlicher Zugsicherungssyste-
39 me) zu senken. Die Mehrkosten sollen (nach dem Vor-
40 bild der Schweiz) aus der Erweiterung der LkW-Maut so-
41 wie beim Grenzübertritt aus Programmen der Europäi-
42 schen Union finanziert werden.
43
44

Erledigt bei Annahme Antrag 247/1/2015 (K)

1 **Antrag 247/I/2015**

2 **FA XI Mobilität**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Antrag zur Reform des deutschen Trassenpreissystem**
6 **von DB Netz**

7 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-
8 Verkehrsminister werden aufgefordert, sich im
9 Bundestag und im Bundesrat dafür einzusetzen,
10 dass die in Deutschland überhöhten Wegekosten
11 für die Nutzung der Schieneninfrastruktur gesenkt
12 werden.

13

14 Die Wegekosten sollen sich künftig am Grenzkosten-
15 prinzip orientieren, d. h. nur die Kosten zugrunde legen,
16 die unmittelbar durch eine Zugfahrt entstehen, um den
17 sicheren und umweltfreundlichen Bahnverkehr gegen-
18 über der Straße und dem Flugverkehr konkurrenzfähig
19 zu machen. Dies entspricht auch einer Empfehlung der
20 EU-Kommission hinsichtlich der deutschen Trassenprei-
21 se und der Praxis vieler benachbarter europäischer Staa-
22 ten.

23

24 Zur Belegung des grenzüberschreitenden Eisen-
25 bahnverkehrs sind außerdem die hohen Kosten des
26 Grenzübertritts für die Eisenbahnverkehrsunter-
27 nehmen und die Aufgabenträger der Bundesländer
28 (Zulassungsverfahren, Einbau unterschiedlicher Zug-
29 sicherungssysteme) zu senken. Die Mehrkosten sollen
30 (nach dem Vorbild der Schweiz) aus der Erweiterung des
31 Lkw-Maut, sowie beim Grenzübertritt aus Programmen
32 der Europäischen Union finanziert werden.

33

Annahme (K)

Organisation

1 **Antrag 138/II/2014**
 2 **KDV Spandau**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4
 5 **Kampagnethemen**
 6 Die Berliner SPD konzentriert die stadtpolitischen Ziele
 7 auf zwei Themen, die für Berlin von überragender Be-
 8 deutung sind:

- 9
 10 1. Wohnungsbau- und Mietenpolitik
 11 2. Integrationspolitik

12
 13 Konzentration bedeutet, dass neben diesen Themen an-
 14 dere Bereiche bewusst zurückgestellt werden, sofern
 15 sie keinen Bezug zu den Kampagnethemen haben.
 16 Auch soll die Auseinandersetzung mit Themen, die von
 17 außen an die Partei herangetragen werden, entweder
 18 bewusst auf die Kampagnethemen bezogen werden,
 19 oder aber, sofern dies nicht möglich ist, jedenfalls nicht
 20 zum Gegenstand heftigen Auseinandersetzungen ge-
 21 macht werden.

22
 23 Die oben aufgeführten Themen decken die Mehrzahl
 24 der für die SPD in den letzten Jahren wichtige Politik-
 25 bereiche inhaltlich ab:

- 26 • So gehört zur Wohnungsbaupolitik die Frage städ-
 27 tepolitischen Konzepts, die Probleme der sozialen
 28 Durchmischung und der wirtschaftlichen Entwick-
 29 lung der Stadt.
 30 • Zur Integrationspolitik gehören insbesondere wich-
 31 tigste Bereiche der Bildungspolitik, der Ausländer-
 32 und Flüchtlingspolitik, der Behindertenpolitik.

33
 34 Diese Bereiche sollen aber im Kontext des überge-
 35 ordneten Kampagnethemas erörtert und dargestellt
 36 werden, dessen Bedeutung für die gesellschaftliche
 37 Entwicklung immer wieder deutlich gemacht werden
 38 muss.

39

Überweisung an Steuerungsgruppe Wahlprogramm (K)

40 **Antrag 160/I/2014**
 41 **KDV Pankow**
 42 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 43 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

44
 45 **Wiedervorlage: Für eine ausgewogene Information und**
 46 **Öffentlichkeitsarbeit im Zuge von Mitgliederentschei-**
 47 **den und Mitgliederbefragungen in der SPD**

48 Der Mitgliederentscheid zur Großen Koalition ist auf
 49 eine sehr hohe und positive Resonanz in der Par-
 50 tei gestoßen. Er hat zur Aktivierung und Mobilisie-
 51 rung der Parteimitglieder beigetragen, die parteiinter-
 52 ne Diskussionskultur befördert und neue Personenkrei-
 53 se für die SPD interessiert. Mitgliederentscheide und -
 54 befragungen stellen insoweit ein wichtiges Instrument

Erledigt bei Annahme Antrag 05/I/2014 (K)

1 für die künftige Willensbildung und Entscheidungsfindung in der SPD dar.
 2
 3
 4 Zugleich müssen wir darauf achten, dieses Instrument
 5 so zu nutzen und weiterzuentwickeln, dass es seine Akzeptanz behält und seine beabsichtigte Wirkung dauerhaft so entfalten kann, dass die Parteimitglieder ihre Entscheidung tatsächlich unvoreingenommen treffen können. Dies gilt insbesondere auch für die einen
 9 Mitgliederentscheid oder eine Mitgliederbefragung begleitende Information und Öffentlichkeitsarbeit.
 11
 12
 13 Hier stieß die von vielen als einseitig empfundene Kampagne zugunsten der Großen Koalition bei zahlreichen Genossinnen und Genossen auf Kritik und zwar unabhängig davon, welchen Standpunkt sie in dieser Frage vertreten haben. Vielfach wurde die Werbung für das Regierungsbündnis als Druck empfunden, der die Qualität und positiven Effekte des Verfahrens unnötig beeinträchtigt hat.
 20
 21
 22 Deshalb wird bei künftigen Mitgliedervoten – seien es Befragungen oder Entscheide – folgende Maßgaben für die Information und Öffentlichkeitsarbeit beachtet:
 24
 25
 26 (1) Bei parteieigenen Veranstaltungen, in parteiinternen Medien sowie bei der Versendung parteiinternen Informationsmaterials wird der Darstellung der sich gegenüberstehenden Standpunkte in ausgewogener Form Raum gegeben.
 30
 31 (2) Bei der Versendung der Wahlunterlagen wird von jeder inhaltlichen Information abgesehen, es sei denn, die sich entgegenstehenden Standpunkte werden gleichermaßen dargestellt.
 34
 35 (3) Auf parteieigene externe Werbung für einen bestimmten der sich entgegenstehenden Standpunkte (etwa in großen Publikumsmedien) wird verzichtet.
 37
 38

39 **Antrag 165/I/2014**
 40 **Forum Netzpolitik + Abt. 12 | Pankow**
 41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 42 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 43
 44 **Wiedervorlage: Die SPD transparent und partizipativ gestalten**
 45
 46 Die Volkspartei SPD lebt von ihren Mitgliedern. Mobilisierung und Einbezug der Mitglieder ist daher zentral für die Schlagkraft der Partei. Um die SPD-Mitglieder besser in die Entscheidungen der Bundespartei zu integrieren, ihnen mehr Teilnahme zu ermöglichen, und damit die SPD als Ganzes zu stärken, beantragen wir Maßnahmen in vier verschiedenen Bereichen. Im Einzelnen sind dies:
 53
 54 • Vereinfachung Mitgliederbegehren: Das Mitgliederbegehren ermöglicht – genügend Unterstützung vorausgesetzt – dass die gesamte Partei über

Überweisung an Landesvorstand (K)

- 1 wichtige Themen entscheidet. Die Hürden zum Mit-
 2 gliederbegehren sollen gesenkt werden. Es soll zu
 3 einem natürlichen Bestandteil parteiinterner De-
 4 mokratie werden und nicht ein Instrument der Kon-
 5 frontation gegen den Parteivorstand
- 6 • Parteikonvente und Parteitage: Die großen bundes-
 7 weiten Zusammenkünfte sind Highlights des Par-
 8 teilebens. Bei der Teilnahme und den Beratungen
 9 sollen daher möglichst viele Menschen innerhalb
 10 wie außerhalb der Partei involviert werden.
 - 11 • Aufstellen von Kandidatinnen und Kandidaten so-
 12 wie Stellenbesetzungen: Falls der Eindruck be-
 13 steht, dass wichtige Mandate und Stellen intrans-
 14 parent vergeben werden, schadet dies der Partei. Es
 15 braucht daher größtmögliche Transparenz und bei
 16 wichtigen Entscheidungen Mitgliederbefragungen.
 - 17 • Familienfreundliche Parteiarbeit und digitaler Orts-
 18 verein: Die Anzahl (aktiver) Mitglieder nimmt lau-
 19 fend ab, das Durchschnittsalter der Parteimitglie-
 20 der ist hoch. Wir brauchen dringend mehr Men-
 21 schen die sich in der SPD engagieren. Es braucht
 22 neue Strukturen, um mehr Menschen aktive Mitar-
 23 beit zu ermöglichen.

24

25 **1. Mitgliederbegehren**

26 **Anträge:**

- 27 • Die 2011 beschlossene Möglichkeit einer elektro-
 28 nischen Beteiligung bei Mitgliederbegehren ist
 29 schnellstmöglich umzusetzen
- 30 • Es wird ein Leitfaden und/oder ein Handbuch für In-
 31 strumente der Mitgliederbeteiligung erstellt.
- 32 • Das Quorum für Mitgliederbegehren ist auf 5% zu
 33 senken, sodass es der Aktivitätsstruktur der Partei
 34 entspricht
- 35 • Einführung von Subquoren, die bestimmte Dinge
 36 auslösen, z.B. eine verpflichtende Veröffentlichung
 37 im „vorwärts“ erst bei 5% der notwendigen Stim-
 38 men erfolgen, jedoch vollständig mit Teilnehmeform-
 39 ular und deutlichen Hinweisen zur Teilnahme.
 40 Außerdem könnte die Pflicht bevor ein Mitglie-
 41 derbegehren veröffentlicht wird eine gewisse
 42 Anzahl von direkten Unterstützern (auf Landes-
 43 /Bundesebene max. 15 oder 30 Mitglieder), die mit
 44 der Anzeige des Begehrens einzureichen wäre, in
 45 Betracht gezogen werden.
- 46 • Eine Sammelstelle für Unterstützerlisten und Un-
 47 terschriften ist einzurichten
- 48 • Die Unterstützung der öffentlichkeitswirksamen
 49 Kanäle der SPD für Mitgliederbegehren ist zu insti-
 50 tutionalisieren und zu erleichtern
- 51 • Die Laufzeit wird von drei Monaten auf 90 Tage
 52 verändert, um allen Mitgliederbegehren die gleiche
 53 Ausgangslage zu bieten.

54

55 **2. Parteikonvent und Parteitage öffnen**

56 **Anträge**

- 57 • Der Parteivorstand wird beauftragt, ein Konzept für
 58 eine online-Diskussionsplattform zu entwickeln,
 59 testweise aufzubauen und zu betreiben, die eine

- 1 inhaltliche Diskussion der Anträge zum Bundes-
 2 parteitag ermöglicht. Dadurch sollen auch Nicht-
 3 Delegierte die Möglichkeit bekommen online über
 4 die Anträge zu diskutieren. Auf einer solchen Dis-
 5 kussionsplattform soll es die Möglichkeit geben
 6 über die Anträge sowohl zu diskutieren als auch
 7 über diese abzustimmen. Die Ergebnisse der Dis-
 8 kussion werden auf dem Parteitag bei der Antrags-
 9 beratung in geeigneter Form vorgestellt.
- 10 • Die Redeliste ist auf einem Bildschirm anzuzeigen,
 11 um zu garantieren, dass alle Redewünsche, un-
 12 ter Berücksichtigung der Quotierung, tatsächlich in
 13 der zeitlichen Abfolge ihrer Meldung, berücksich-
 14 tigt werden. Die traditionellen Reden prominenter
 15 Gäste sind so kurz zu halten, dass genug Zeit für An-
 16 tragsberatungen erhalten bleibt.
 - 17 • Zudem soll der Zutritt zum Parteitag auch Gästen
 18 ohne Parteibuch ermöglicht werden, die wir nicht
 19 vor der Tür warten lassen dürfen.
 - 20 • In Zukunft soll vor jedem Parteikonvent geprüft
 21 werden ob dieser nicht auch öffentlich tagen kann.
 22 Dies kann unter anderem auch durch einen Li-
 23 vestream sichergestellt werden.

24
 25
 26 **3. Mehr Transparenz und Fairness beim Aufstellen von**
 27 **Kandidatinnen und Kandidaten sowie Stellenbesetzun-**
 28 **gen**

29 **Anträge**

- 30 • Alle Stellen in Kreis-, Landes- und Bundesgeschäfts-
 31 stellen der SPD müssen künftig mindestens intern,
 32 möglichst aber auch extern ausgeschrieben wer-
 33 den. Die Zugänglichmachung der Stellenausschrei-
 34 bungen muss durch das ausschreibende Organ si-
 35 chergestellt werden, bspw. über Webseiten der Par-
 36 tei.
- 37 • Bewerbungen auf offene Stellen in Kreis-, Landes-
 38 und Bundesgeschäftsstellen der SPD erfolgen künf-
 39 tig anonym, d.h. ohne Name, Geschlecht, Foto oder
 40 sonstige Hinweise auf die Identität der Bewerbe-
 41 rin/des Bewerbers.
- 42 • Für die Position des Kanzlerkandidat/in soll anders
 43 als bislang eine obligatorische und bindende Mit-
 44 gliederbefragung durchgeführt werden fall es mehr
 45 als eine_n Kandidat_in gibt. Auch bei anderen Po-
 46 sitionen sollen Mitgliederbefragungen angestrebt
 47 werden.

48
 49 **4. Der digitale Ortsverein und eine familienfreundliche**
 50 **Parteiarbeit**

51 **Anträge**

- 52 • Der Parteivorstand wird aufgefordert innerhalb von
 53 einem Jahr ein Konzept für den flächendeckenden
 54 Aufbau von digitalen Ortsvereinen in den Landes-
 55 verbänden zu erarbeiten, insbesondere im Hinblick
 56 auf folgende Fragen: Zuordnung der digitalen Orts-
 57 vereine zu Bezirken/Landesverbänden; Rechte und
 58 Pflichten der "klassischen" Ortsvereine wie Entsen-
 59 dung von Delegierten oder Einzug Parteibeiträge;

1 Zielgröße der digitalen OV bzw. automatische Auf-
 2 teilung ab einer bestimmten Größe.
 3 • Außerdem sind in Geschäftsstellen der SPD in ange-
 4 messenem Kosten-Nutzen-Verhältnis Kinder- und
 5 Ruhebereiche mit Wickeltischen einzurichten. Falls
 6 ein Mitglied keine Kinderbetreuung finden kann,
 7 soll es ausdrücklich ermutigt werden, Kinder zu Sit-
 8 zungen mitzubringen. Geschäftsstellen sind in der
 9 Neuplanung grundsätzlich kinderfreundlich einzu-
 10 richten.

11
 12

13 **Begründung**
 14 **zu 1)**

15 Zweck des Mitgliederbegehrens ist es, den Mitgliedern
 16 bei wichtigen Entscheidungen ein Mitspracherecht zu
 17 geben, falls sich eine bedeutende Anzahl von Mitglie-
 18 dern hinter das Begehren stellt. Damit erreichen wir ei-
 19 ne höhere Akzeptanz der Entscheidungen der Partei-
 20 leitung. Wir wollen, dass das Mitgliederbegehren als
 21 gängiges Instrument der Basispartizipation etablieren.
 22 Das Mitgliederbegehren sollte vergleichbar zu Debat-
 23 ten bei Parteitagern gehandhabt werden: grundsätzlich
 24 begrüßenswert als Fundament unserer Demokratie und
 25 der Meinungsbildung förderlich.

26 Die Frist zum Erreichen des nötigen Quorums von Mit-
 27 gliederbegehren ist von drei Monaten auf 90 Tage zu
 28 verändern. Zudem sollen die Initiator/innen ihren Start-
 29 punkt frei wählen dürfen und haben diesen zwei Wo-
 30 chen im Voraus mit Poststempel anzukündigen. Mo-
 31 mentan besteht bei Mitgliederbegehren die alleini-
 32 ge postalische bzw. persönliche Akzeptanz von Unter-
 33 schriften. Nicht nur der Aufwand und Kosten für den
 34 Postversand schrecken stark ab. Wir fordern daher den
 35 Parteitagsbeschluss 2011 für digitale Mitgliederbegeh-
 36 ren zügig umzusetzen. Eine Integration in das bestehen-
 37 de SPD- Onlineportal ist zu empfehlen und die beste-
 38 hende Verifizierung der Mitglieder zu nutzen. Das Por-
 39 tal soll alle laufenden Begehren und ihren Fortschritt
 40 anzeigen und die Teilnahme mit nur einem Klick erlau-
 41 ben. Des Weiteren wird ein Diskussionsforum pro Mit-
 42 gliederbegehren eingerichtet.

43 Bis auf die Richtlinie und den Regeln im OrgaStatut
 44 liegen potenziellen Initiator_innen keine Informatio-
 45 nen zur Durchführung zu Mitgliederbegehren vor. Auch
 46 durch die unklar formulierten Passagen in der Richtlinie
 47 entstehen viele Fragen. Versteht man die Etablierung ei-
 48 nes nachhaltig nutzbaren Instruments der Mitglieder-
 49 beteiligung als das große Parteikultur verändernde Pro-
 50 jekt, das es ist, zeigt sich, dass eine institutionalisierte
 51 Verankerung von Partizipation innerhalb der Partei un-
 52 erlässlich ist. Der Parteivorstand ergreift die geeigneten
 53 Maßnahmen, dass die Initiator_innen der Mitgliederbe-
 54 gehren die Mitglieder erreichen können und über die of-
 55 fiziellen Kanäle der Partei ("Vorwärts", Website, News-
 56 letter) ausgewogen über pro- und contra-Argumente
 57 kommuniziert wird.

58 Die Informierung aller Mitglieder soll per E-Mail über
 59 laufende Mitgliederbegehren gebündelt werden (z.B.

1 einmal im Monat). Zudem soll es auf der Webseite der
 2 SPD zu laufenden Mitgliederbegehren informiert wer-
 3 den. Außerdem soll eine redaktionelle Begleitung auf
 4 SPD.de sowie auch Social-Media-Kanäle zur Erreichung
 5 der Mitglieder angestrebt werden. Alle Parteivorstände
 6 in den Untergliederungen sind extra zu informieren und
 7 auf ihre Pflichten hinzuweisen. Zusätzlich sollten die
 8 Gliederungen mit Hilfe eines Leitfadens und Informa-
 9 tionsmaterial ermutigt werden, Begehren zum Anlass
 10 für Veranstaltungen nehmen und so in Dialog mit den
 11 Mitgliedern, aber auch mit Bürger_innen, zu kommen.
 12 Regelmäßige Veranstaltungen und kontroverse Diskus-
 13 sionen fördern die Aktivierung der Mitglieder und nüt-
 14 zen so am Ende der SPD wieder selber. Auch Online-
 15 Konferenzen im Willy-Brandt-Haus sollten vermehrt in
 16 Betracht gezogen werden.

17 Das Quorum für Mitgliederbegehren wird von aktuell
 18 zehn Prozent auf fünf Prozent der SPD-Mitglieder ge-
 19 senkt, was aktuell knapp 25.000 Mitgliedern für Mit-
 20 gliederbegehren auf Bundesebene entsprechen würde.
 21 Zudem soll eine Ablehnungsoption in Begehren einge-
 22 führt werden. Ob eine qualifizierte oder einfache Mehr-
 23 heit der Ja-Stimmen zum Erfolg nötig ist, ist zu prüfen.
 24 Zusammenfassend halten wir fest, dass die SPD bereits
 25 erste Schritte zu einer modernen Volkspartei getätigt
 26 hat, jedoch noch einen weiten Weg zu gehen hat. Be-
 27 teiligungsform und -institutionalisierung entsprechen
 28 nicht den gesellschaftlichen Herausforderungen vor de-
 29 nen wir stehen und schließen in ihrer derzeitigen Form
 30 viele Mitglieder aus. Daher fordern wir die SPD auf, Mit-
 31 gliederbeteiligung vor allem als Chance für die Partei zu
 32 begreifen.

33 Wir erhoffen uns so, die SPD für die gesellschaftlichen,
 34 demographischen und strukturellen Wandlungen auch
 35 intern so weiterzuentwickeln, dass sie dem selbsterklär-
 36 ten Ziel der modernsten Partei Europas ein Stück näher
 37 kommt.

38

39 **Begründung zu 2)**

40 Bundesparteitage und Parteikonvente sollen nicht nur
 41 wichtige Entscheidungen für die Partei fällen, sondern
 42 darüber hinaus Diskussionsplattform und Begegnungs-
 43 ort für Parteimitglieder, aber auch Nicht-Mitglieder
 44 werden.

45

46 **Begründung zu 3)**

47 Beim Aufstellen von Kandidaten und Kandidatinnen in-
 48 nerhalb der SPD ist auf ein transparentes und faires Ver-
 49 fahren zu achten. So müssen alle Mitglieder frühzei-
 50 tigt informiert werden welche konkreten Positionen dem-
 51 nächst neu zu besetzen sind, wie dort das genaue Ver-
 52 fahren aussieht und wie man sich als Kandidat/in für
 53 dieses Amt bewirbt. Für die Position des Kanzlerkandi-
 54 dat/in wird anders als bislang zwingend eine binden-
 55 de Mitgliederbefragung durchgeführt werden, falls es
 56 mehr als eine_n Kandidat_in gibt.

57

58 **Begründung zu 4)**

59 Bei vielen Mitgliedern scheitert eine aktive Parteiarbeit

1 an der Unvereinbarkeit von Familie, Beruf und Parteiar-
 2 beit. Wir wollen aber, dass alle Mitglieder der SPD die
 3 Möglichkeit bekommen sich nach ihren Möglichkeiten
 4 in der Partei zu engagieren. Daher wollen wir inner-
 5 halb der SPD die Formen der Partizipation erweitern und
 6 auch so Menschen mit Familie oder mit eingeschränkter
 7 Mobilität die Möglichkeit der Partizipation bieten.
 8 Ein Schritt der Erweiterung der Partizipationsmöglich-
 9 keiten stellt für uns der digitale Ortsverein dar. Die Idee
 10 des digitalen Ortsvereins, die bereits 1995 in den An-
 11 fängen des Internets in der SPD reifte und derzeit in
 12 der Hamburger SPD neu startet, versucht die Struk-
 13 turen der SPD ins Internet zu übernehmen und sie
 14 durch einige neue Möglichkeiten zu erweitern. Der Par-
 15 teivorstand wird aufgefordert sich dafür einzusetzen,
 16 dass alle Landes- und Kreisverbände die Möglichkeit
 17 bekommen 'Digitale Ortsvereine' zu gründen. Parallel
 18 dazu sollen die vielerorts schon bestehenden Online-
 19 Diskussionsplattformen ausgewertet werden und Ver-
 20 suche zur auf Bundesebene gestartet werden, die wie
 21 oben erwähnt bei Bundesparteitag, aber beispiels-
 22 weise auch bei Wahlkämpfen wertvolle Beiträge zu Par-
 23 tizipation und Mobilisierung leisten können.
 24 Die bisherige Parteiarbeit der SPD findet zum überwie-
 25 genden Teil offline statt. Der virtuelle Ortsverein kann
 26 dagegen auch diejenigen Mitglieder einbeziehen, die
 27 keine regelmäßigen Präsenztermine im Ortsverein oder
 28 der Arbeitsgemeinschaft wahrnehmen können. Der Par-
 29 teivorstand prüft wie dank dem Einsatz einer Software
 30 (wie beispielsweise Liquid Feedback) es möglich sein
 31 wird partizipativ und ortsunabhängig mit vielen Men-
 32 schen zusammenzuarbeiten, Initiativen zu starten, An-
 33 träge zu diskutieren und über sie abstimmen zu lassen.
 34 So soll eine orts- und zeitunabhängige Mitarbeit garan-
 35 tiert werden. So sollen auch zukünftig Menschen mit
 36 eingeschränkter Mobilität an der aktiven Parteiarbeit
 37 teilhaben können. Informationen und Anleitungen sind
 38 in einfacher Sprache zur Verfügung zu stellen.
 39 Der digitale Ortsverein soll die gleichen Statuten wie
 40 eine klassischer Ortsverein erhalten mit der Ausnah-
 41 me, dass eine Mitarbeit unabhängig vom Wohnort ge-
 42 sichert werden muss.

43 **Antrag 166/I/2014**

44 **KDV Mitte**

45 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

46 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

47

48 **Wiedervorlage: Die SPD transparent und partizipativ**
 49 **gestalten**

50 Die Volkspartei SPD lebt von ihren Mitgliedern. Mobili-
 51 sierung und Einbezug der Mitglieder ist daher zentral
 52 für die Schlagkraft der Partei. Um die SPD-Mitglieder
 53 besser in die Entscheidungen der Bundespartei zu inte-
 54 griieren, ihnen mehr Teilnahme zu ermöglichen, und da-
 55 mit die SPD als Ganzes zu stärken, beantragen wir Maß-
 56 nahmen in vier verschiedenen Bereichen.

Überweisung an Landesvorstand (K)

- 1
2 Im Einzelnen sind dies:
- 3 • Vereinfachung Mitgliederbegehren: Das Mitgliederbegehren ermöglicht – genügend Unterstützung vorausgesetzt – dass die gesamte Partei über wichtige Themen entscheidet. Die Hürden zum Mitgliederbegehren sollen gesenkt werden. Es soll zu einem natürlichen Bestandteil parteiinterner Demokratie werden und nicht ein Instrument der Konfrontation gegen den Parteivorstand
 - 4 • Parteikonvente und Parteitage: Die großen bundesweiten Zusammenkünfte sind Highlights des Parteilebens. Bei der Teilnahme und den Beratungen sollen daher möglichst viele Menschen innerhalb wie außerhalb der Partei involviert werden.
 - 5 • Aufstellen von Kandidatinnen und Kandidaten sowie Stellenbesetzungen: Falls der Eindruck besteht, dass wichtige Mandate und Stellen intransparent vergeben werden, schadet dies der Partei. Es braucht daher größtmögliche Transparenz und bei wichtigen Entscheidungen Mitgliederbefragungen.
 - 6 • Familienfreundliche Parteiarbeit und digitaler Ortsverein: Die Anzahl (aktiver) Mitglieder nimmt laufend ab, das Durchschnittsalter der Parteimitglieder ist hoch. Wir brauchen dringend mehr Menschen die sich in der SPD engagieren. Es braucht neue Strukturen, um mehr Menschen aktive Mitarbeit zu ermöglichen.
- 29
- 30 **1. Mitgliederbegehren**
- 31 • Die 2011 beschlossene Möglichkeit einer elektronischen Beteiligung bei Mitgliederbegehren ist schnellstmöglich umzusetzen
 - 32 • Es wird ein Leitfaden und/oder ein Handbuch für Instrumente der Mitgliederbeteiligung erstellt.
 - 33 • Das Quorum für Mitgliederbegehren ist auf 5% zu senken, sodass es der Aktivitätsstruktur der Partei entspricht
 - 34 • Eine Sammelstelle für Unterstützerlisten und Unterschriften ist einzurichten
 - 35 • Die Unterstützung der öffentlichkeitswirksamen Kanäle der SPD für Mitgliederbegehren ist zu institutionalisieren und zu erleichtern
 - 36 • Die Laufzeit wird von drei Monaten auf 90 Tage verändert, um allen Mitgliederbegehren die gleiche Ausgangslage zu bieten.
- 47
- 48 **2. Parteikonvent und Parteitage öffnen**
- 49 • Der Parteivorstand wird beauftragt, ein Konzept für eine online-Diskussionsplattform zu entwickeln, testweise aufzubauen und zu betreiben, die eine inhaltliche Diskussion der Anträge zum Bundesparteitag ermöglicht. Dadurch sollen auch Nicht-Delegierte die Möglichkeit bekommen online über die Anträge zu diskutieren. Auf einer solchen Diskussionsplattform soll es die Möglichkeit geben über die Anträge sowohl zu diskutieren als auch über diese abzustimmen. Die Ergebnisse der Diskussion werden auf dem Parteitag bei der Antrags-

- 1 beratung in geeigneter Form vorgestellt.
- 2 • Die Redeliste ist auf einem Bildschirm anzuzeigen,
- 3 um zu garantieren, dass alle Redewünsche, un-
- 4 ter Berücksichtigung der Quotierung, tatsächlich in
- 5 der zeitlichen Abfolge ihrer Meldung, berücksich-
- 6 tigt werden. Die traditionellen Reden prominenter
- 7 Gäste sind so kurz zu halten, dass genug Zeit für An-
- 8 tragsberatungen erhalten bleibt.
- 9 • Zudem soll der Zutritt zum Parteitag auch Gästen
- 10 ohne Parteibuch ermöglicht werden, die wir nicht
- 11 vor der Tür warten lassen dürfen.
- 12 • In Zukunft soll vor jedem Parteikonvent geprüft
- 13 werden ob dieser nicht auch öffentlich tagen kann.
- 14 Dies kann unter anderem auch durch einen Li-
- 15 vestream sichergestellt werden.

16

17 **3. Mehr Transparenz und Fairness beim Aufstellen von**

18 **Kandidatinnen und Kandidaten sowie Stellenbesetzun-**

19 **gen**

- 20 • Alle Stellen in Kreis-, Landes- und Bundesstellen
- 21 der SPD müssen künftig mindestens intern, mög-
- 22 lichst aber auch extern ausgeschrieben werden.
- 23 Die Zugänglichmachung der Stellenausschreibun-
- 24 gen muss durch das ausschreibende Organ sicher-
- 25 gestellt werden, bspw. über Webseiten der Partei.
- 26 • Bewerbungen auf offene Stellen der SPD erfolgen
- 27 als Anonymisierte Bewerbungen.
- 28 • Für die Position des Kanzlerkandidat/in soll anders
- 29 als bislang eine obligatorische und bindende Mit-
- 30 gliederbefragung durchgeführt werden fall es mehr
- 31 als eine/n Kandidat/in gibt. Auch bei anderen Po-
- 32 sitionen sollen Mitgliederbefragungen angestrebt
- 33 werden.

34

35 **4. Der digitale Ortsverein und eine familienfreundliche**

36 **Parteiarbeit**

- 37 • Der Parteivorstand wird aufgefordert innerhalb von
- 38 einem Jahr ein Konzept für den flächendeckenden
- 39 Aufbau von digitalen Ortsvereinen in den Landes-
- 40 verbänden zu erarbeiten, insbesondere im Hinblick
- 41 auf folgende Fragen: Zuordnung der digitalen Orts-
- 42 vereine zu Bezirken/Landesverbänden; Rechte und
- 43 Pflichten der "klassischen" Ortsvereine wie Entsen-
- 44 dung von Delegierten oder Einzug Parteibeiträge;
- 45 Zielgröße der digitalen OV bzw. automatische Auf-
- 46 teilung ab einer bestimmten Größe.
- 47 • Außerdem sind in Geschäftsstellen der SPD in ange-
- 48 messenen Kosten-Nutzen-Verhältnis Kinder- und
- 49 Ruhebereiche mit Wickeltischen einzurichten. Falls
- 50 ein Mitglied keine Kinderbetreuung finden kann,
- 51 soll es ausdrücklich ermutigt werden, Kinder zu Sit-
- 52 zungen mitzubringen. Geschäftsstellen sind in der
- 53 Neuplanung grundsätzlich kinderfreundlich einzu-
- 54 richten.

55

56

57 **Begründung**

58 **Begründung zu 1. :**

59 Zweck des Mitgliederbegehrens ist es, den Mitgliedern

1 bei wichtigen Entscheidungen ein Mitspracherecht zu
 2 geben, falls sich eine bedeutende Anzahl von Mitglie-
 3 dtern hinter das Begehren stellt. Damit erreichen wir eine
 4 höhere Akzeptanz der Entscheidungen der Partei-
 5 leitung. Wir wollen, dass das Mitgliederbegehren als
 6 gängiges Instrument der Basispartizipation etablieren.
 7 Das Mitgliederbegehren sollte vergleichbar zu Debat-
 8 ten bei Parteitagen gehandhabt werden: grundsätzlich
 9 begrüßenswert als Fundament unserer Demokratie und
 10 der Meinungsbildung förderlich. Die Frist zum Erreichen
 11 des nötigen Quorums von Mitgliederbegehren ist von
 12 drei Monaten auf 90 Tage zu verändern. Zudem sollen
 13 die Initiator/innen ihren Startpunkt frei wählen dürfen
 14 und haben diesen zwei Wochen im Voraus mit Post-
 15 stempel anzukündigen. Momentan besteht bei Mitglie-
 16 derbegehren die alleinige postalische bzw. persönliche
 17 Akzeptanz von Unterschriften. Nicht nur der Aufwand
 18 und Kosten für den Postversand schrecken stark ab. Wir
 19 fordern daher den Parteitagsbeschluss 2011 für digita-
 20 le Mitgliederbegehren zügig umzusetzen. Eine Integra-
 21 tion in das bestehende SPD- Onlineportal ist zu empfeh-
 22 len und die bestehende Verifizierung der Mitglieder zu
 23 nutzen. Das Portal soll alle laufenden Begehren und ih-
 24 ren Fortschritt anzeigen und die Teilnahme mit nur ei-
 25 nem Klick erlauben. Des Weiteren wird ein Diskussions-
 26 forum pro Mitgliederbegehren eingerichtet. Bis auf die
 27 Richtlinie und den Regeln im OrgaStatut liegen poten-
 28 ziellen Initiator_innen keine Informationen zur Durch-
 29 führung zu Mitgliederbegehren vor. Auch durch die
 30 unklar formulierten Passagen in der Richtlinie entste-
 31 hen viele Fragen. Versteht man die Etablierung eines
 32 nachhaltig nutzbaren Instruments der Mitgliederbetei-
 33 ligung als das große Parteikultur verändernde Projekt,
 34 das es ist, zeigt sich, dass eine institutionalisierte Veran-
 35 kerung von Partizipation innerhalb der Partei unerläß-
 36 lich ist. Der Parteivorstand ergreift die geeigneten Maß-
 37 nahmen, dass die Initiator_innen der Mitgliederbegeh-
 38 ren die Mitglieder erreichen können und über die offi-
 39 ziellen Kanäle der Partei ("Vorwärts", Website, Newslet-
 40 ter) ausgewogen über pro- und contra-Argumente kom-
 41 muniziert wird.

42 Die Informierung aller Mitglieder soll per E-Mail über
 43 laufende Mitgliederbegehren gebündelt werden (z.B.
 44 einmal im Monat). Zudem soll es auf der Webseite der
 45 SPD zu laufenden Mitgliederbegehren informiert wer-
 46 den. Außerdem soll eine redaktionelle Begleitung auf
 47 SPD.de sowie auch Social-Media-Kanäle zur Erreichung
 48 der Mitglieder angestrebt werden. Alle Parteivorstände
 49 in den Untergliederungen sind extra zu informieren und
 50 auf ihre Pflichten hinzuweisen. Zusätzlich sollten die
 51 Gliederungen mit Hilfe eines Leitfadens und Informa-
 52 tionsmaterial ermutigt werden, Begehren zum Anlass
 53 für Veranstaltungen nehmen und so in Dialog mit den
 54 Mitgliedern, aber auch mit Bürger_innen, zu kommen.
 55 Regelmäßige Veranstaltungen und kontroverse Diskus-
 56 sionen fördern die Aktivierung der Mitglieder und nüt-
 57 zen so am Ende der SPD wieder selber. Auch Online-
 58 Konferenzen im Willy-Brandt-Haus sollten vermehrt in
 59 Betracht gezogen werden.

1
 2 Das Quorum für Mitgliederbegehren wird von aktuell
 3 zehn Prozent auf fünf Prozent der SPD-Mitglieder ge-
 4 senkt, was aktuell knapp 25.000 Mitgliedern für Mit-
 5 gliederbegehren auf Bundesebene entsprechen würde.
 6 Zudem soll eine Ablehnungsoption in Begehren einge-
 7 führt werden. Ob eine qualifizierte oder einfache Mehr-
 8 heit der Ja-Stimmen zum Erfolg nötig ist, ist zu prüfen.
 9 Zusammenfassend halten wir fest, dass die SPD bereits
 10 erste Schritte zu einer modernen Volkspartei getätigt
 11 hat, jedoch noch einen weiten Weg zu gehen hat. Be-
 12 teiligungsform und -institutionalisierung entsprechen
 13 nicht den gesellschaftlichen Herausforderungen vor de-
 14 nen wir stehen und schließen in ihrer derzeitigen Form
 15 viele Mitglieder aus. Daher fordern wir die SPD auf,
 16 Mitgliederbeteiligung vor allem als Chance für die Par-
 17 tei zu begreifen. Wir erhoffen uns so, die SPD für die
 18 gesellschaftlichen, demographischen und strukturellen
 19 Wandlungen auch intern so weiterzuentwickeln, dass
 20 sie dem selbsterklärten Ziel der modernsten Partei Eu-
 21 ropas ein Stück näher kommt

22
 23 **Begründung zu 2.**

24 Beim Aufstellen von Kandidaten und Kandidatinnen in-
 25 nerhalb der SPD ist auf ein transparentes und faires
 26 Verfahren zu achten. So müssen alle Mitglieder früh-
 27 zeitig informiert werden welche konkreten Positionen
 28 demnächst neu zu besetzen sind, wie dort das ge-
 29 naue Verfahren aussieht und wie man sich als Kan-
 30 didat/in für dieses Amt bewirbt. Für die Position des
 31 Kanzlerkandidat/in wird anders als bislang zwingend
 32 eine bindende Mitgliederbefragung durchgeführt wer-
 33 den, falls es mehr als eine_n Kandidat_in gibt. Transpa-
 34 rente Stellenausschreibungen sind ein wichtiges Mittel,
 35 um Chancengleichheit bei der Besetzung zu gewährleis-
 36 ten. Anonyme Bewerbungen zeigten in der Vergangen-
 37 heit wiederholt verbesserte Chancen für Minderheiten
 38 im Bewerbungsprozess. Durch faire, offene, transparen-
 39 te Bewerbungs- und Besetzungsprozesse stärkt sich die
 40 Partei in Vielfalt und Chancen.

41
 42 **Begründung zu 3.**

43 Bundesparteitage und Parteikonvente sollen nicht nur
 44 wichtige Entscheidungen für die Partei fällen, sondern
 45 darüber hinaus Diskussionsplattform und Begegnungs-
 46 ort für Parteimitglieder, aber auch Nicht-Mitglieder
 47 werden.

48
 49 **Begründung zu 4.**

50 Bei vielen Mitgliedern scheitert eine aktive Parteiarbeit
 51 an der Unvereinbarkeit von Familie, Beruf und Partei-
 52 arbeit. Wir wollen aber, dass alle Mitglieder der SPD
 53 die Möglichkeit bekommen sich nach ihren Möglichkei-
 54 ten in der Partei zu engagieren. Daher wollen wir in-
 55 nerhalb der SPD die Formen der Partizipation erwei-
 56 tern und auch so Menschen mit Familie oder mit ein-
 57 geschränkter Mobilität die Möglichkeit der Partizipa-
 58 tion bieten. Ein Schritt der Erweiterung der Partizipa-
 59 tionsmöglichkeiten stellt für uns der digitale Ortsver-

1 ein dar. Die Idee des digitalen Ortsvereins, die bereits
 2 1995 in den Anfängen des Internets in der SPD reif-
 3 te und derzeit in der Hamburger SPD neu startet, ver-
 4 sucht die Strukturen der SPD ins Internet zu überneh-
 5 men und sie durch einige neue Möglichkeiten zu er-
 6 weitern. Der Parteivorstand wird aufgefordert sich da-
 7 für einzusetzen, dass alle Landes- und Kreisverbände die
 8 Möglichkeit bekommen 'Digitale Ortsvereine' zu grün-
 9 den. Parallel dazu sollen die vielerorts schon bestehen-
 10 den Online-Diskussionsplattformen ausgewertet wer-
 11 den und Versuche zur auf Bundesebene gestartet wer-
 12 den, die wie oben erwähnt bei Bundesparteitagen, aber
 13 beispielsweise auch bei Wahlkämpfen wertvolle Beiträ-
 14 ge zu Partizipation und Mobilisierung leisten können.
 15 Die bisherige Parteiarbeit der SPD findet zum überwie-
 16 genden Teil offline statt. Der virtuelle Ortsverein kann
 17 dagegen auch diejenigen Mitglieder einbeziehen, die
 18 keine regelmäßigen Präsenztermine im Ortsverein oder
 19 der Arbeitsgemeinschaft wahrnehmen können. Der Par-
 20 teivorstand prüft wie dank dem Einsatz einer Software
 21 (wie beispielsweise Liquid Feedback) es möglich sein
 22 wird partizipativ und ortsunabhängig mit vielen Men-
 23 schen zusammenzuarbeiten, Initiativen zu starten, An-
 24 träge zu diskutieren und über sie abstimmen zu lassen.
 25 So soll eine orts- und zeitunabhängige Mitarbeit garan-
 26 tiert werden. So sollen auch zukünftig Menschen mit
 27 eingeschränkter Mobilität an der aktiven Parteiarbeit
 28 teilhaben können. Informationen und Anleitungen sind
 29 in einfacher Sprache zur Verfügung zu stellen. Der digi-
 30 tale Ortsverein soll die gleichen Statuten wie eine klas-
 31 sischer Ortsverein erhalten mit der Ausnahme, dass ei-
 32 ne Mitarbeit unabhängig vom Wohnort gesichert wer-
 33 den muss.

34 **Antrag 167/I/2014**

35 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

37 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

38

39 **Wiedervorlage: Die SPD transparent und partizipativ**
 40 **gestalten**

41 Die Volkspartei SPD lebt von ihren Mitgliedern. Mobili-
 42 sierung und Einbezug der Mitglieder ist daher zentral
 43 für die Schlagkraft der Partei. Um die SPD-Mitglieder
 44 besser in die Entscheidungen der Bundespartei zu inte-
 45 grieren, ihnen mehr Teilnahme zu ermöglichen, und da-
 46 mit die SPD als Ganzes zu stärken, beantragen wir Maß-
 47 nahmen in vier verschiedenen Bereichen.

48

49 Im Einzelnen sind dies:

- 50 • Vereinfachung Mitgliederbegehren: Das Mitglie-
 51 derbegehren ermöglicht – genügend Unterstüt-
 52 zung vorausgesetzt – dass die gesamte Partei über
 53 wichtige Themen entscheidet. Die Hürden zum Mit-
 54 gliederbegehren sollen gesenkt werden. Es soll zu
 55 einem natürlich Bestandteil parteiinterner Demo-
 56 kratie werden und nicht ein Instrument der Kon-

Überweisung an Landesvorstand (K)

- 1 frontation gegen den Parteivorstand
 2 • Parteikonvente und Parteitage: Die großen bundes-
 3 weiten Zusammenkünfte sind Highlights des Par-
 4 teilebens. Bei der Teilnahme und den Beratungen
 5 sollen daher möglichst viele Menschen innerhalb
 6 wie außerhalb der Partei involviert werden.
 7 • Aufstellen von Kandidatinnen und Kandidaten so-
 8 wie Stellenbesetzungen: Falls der Eindruck be-
 9 steht, dass wichtige Mandate und Stellen intrans-
 10 parent vergeben werden, schadet dies der Partei. Es
 11 braucht daher größtmögliche Transparenz und bei
 12 wichtigen Entscheidungen Mitgliederbefragungen.
 13 • Familienfreundliche Parteiarbeit und digitaler Orts-
 14 verein: Die Anzahl (aktiver) Mitglieder nimmt lau-
 15 fend ab, das Durchschnittsalter der Parteimitglie-
 16 der ist hoch. Wir brauchen dringend mehr Men-
 17 schen die sich in der SPD engagieren. Es braucht
 18 neue Strukturen, um mehr Menschen aktive Mitar-
 19 beit zu ermöglichen.

20

21 **1. Mitgliederbegehren**

22 Der Parteivorstand der SPD wird aufgefordert, folgende
 23 Maßnahmen zu initiieren:

- 24 • Die 2011 beschlossene Möglichkeit einer elektro-
 25 nischen Beteiligung bei Mitgliederbegehren ist
 26 schnellstmöglich umzusetzen.
 27 • Es wird ein Leitfaden und/oder ein Handbuch für In-
 28 strumente der Mitgliederbeteiligung erstellt.
 29 • Eine Sammelstelle für Unterstützerlisten und Un-
 30 terschriften ist einzurichten.
 31 • Die Nutzung der öffentlichkeitswirksamen Kanäle
 32 der SPD für Mitgliederbegehren ist zu institutiona-
 33 lisieren und zu erleichtern.
 34 • Der Bundesparteitag wählt einen Ombudsmann für
 35 die Mitgliederbegehren.
 36 • Die Laufzeit wird von drei Monaten auf 90 Ka-
 37 lendertage verändert, um allen Mitgliederbegehren
 38 die gleiche Ausgangslage zu bieten.

39

40 **2. Parteikonvent und Parteitage öffnen**

- 41 • Der Parteivorstand wird beauftragt, ein Konzept für
 42 eine online-Diskussionsplattform zu entwickeln,
 43 testweise aufzubauen und zu betreiben, die eine
 44 inhaltliche Diskussion der Anträge zum Bundes-
 45 parteitag ermöglicht. Dadurch sollen auch Nicht-
 46 Delegierte die Möglichkeit bekommen online über
 47 die Anträge zu diskutieren. Auf einer solchen Dis-
 48 kussionsplattform soll es die Möglichkeit geben
 49 über die Anträge sowohl zu diskutieren als auch
 50 über diese abzustimmen. Die Ergebnisse der Dis-
 51 kussion werden auf dem Parteitag bei der Antrags-
 52 beratung in geeigneter Form vorgestellt.
 53 • Die Redeliste ist auf einem Bildschirm anzuzeigen,
 54 um zu garantieren, dass alle Redewünsche, un-
 55 ter Berücksichtigung der Quotierung, tatsächlich in
 56 der zeitlichen Abfolge ihrer Meldung, berücksich-
 57 tigt werden. Die traditionellen Reden prominenter
 58 Gäste sind so kurz zu halten, dass genug Zeit für An-
 59 tragsberatungen erhalten bleibt.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59

3. Der digitale Ortsverein und eine familienfreundliche Parteiarbeit

- Der Parteivorstand wird aufgefordert innerhalb von einem Jahr ein Konzept für den flächendeckenden Aufbau von digitalen Ortsvereinen in den Landesverbänden zu erarbeiten, insbesondere im Hinblick auf folgende Fragen: Zuordnung der digitalen Ortsvereine zu Bezirken/Landesverbänden; Rechte und Pflichten der "klassischen" Ortsvereine wie Entsendung von Delegierten oder Einzug Parteibeiträge; Zielgröße der digitalen OV bzw. automatische Aufteilung ab einer bestimmten Größe.
- In Geschäftsstellen der SPD sind Kinder- und Ruhebereiche mit Wickeltischen einzurichten. Falls ein Mitglied keine Kinderbetreuung finden kann, soll es ausdrücklich ermutigt werden, Kinder zu Sitzungen mitzubringen. Geschäftsstellen sind in der Neuplanung grundsätzlich kinderfreundlich einzurichten.

Begründung

Begründung Zu 1.

Zweck des Mitgliederbegehrens ist es, den Mitgliedern bei wichtigen Entscheidungen ein Mitspracherecht zu geben, falls sich eine bedeutende Anzahl von Mitgliedern hinter das Begehren stellt. Damit erreichen wir eine höhere Akzeptanz der Entscheidungen der Parteileitung. Wir wollen, dass das Mitgliederbegehren als gängiges Instrument der Basispartizipation etablieren. Das Mitgliederbegehren sollte vergleichbar zu Debatten bei Parteitagungen gehandhabt werden: grundsätzlich begrüßenswert als Fundament unserer Demokratie und der Meinungsbildung förderlich.

Die Frist zum Erreichen des nötigen Quorums von Mitgliederbegehren ist von drei Monaten auf 90 Tage zu verändern. Zudem sollen die Initiator/innen ihren Startpunkt frei wählen dürfen und haben diesen zwei Wochen im Voraus mit Poststempel anzukündigen. Momentan besteht bei Mitgliederbegehren die alleinige postalische bzw. persönliche Akzeptanz von Unterschriften. Nicht nur der Aufwand und Kosten für den Postversand schrecken stark ab. Wir fordern daher den Parteitagbeschluss 2011 für digitale Mitgliederbegehren zügig umzusetzen. Eine Integration in das bestehende SPD- Onlineportal ist zu empfehlen und die bestehende Verifizierung der Mitglieder zu nutzen. Das Portal soll alle laufenden Begehren und ihren Fortschritt anzeigen und die Teilnahme mit nur einem Klick erlauben. Des Weiteren wird ein Diskussionsforum pro Mitgliederbegehren eingerichtet.

Bis auf die Richtlinie und den Regeln im OrgaStatut liegen potenziellen Initiator_innen keine Informationen zur Durchführung zu Mitgliederbegehren vor. Auch durch die unklar formulierten Passagen in der Richtlinie entstehen viele Fragen. Versteht man die Etablierung eines nachhaltig nutzbaren Instruments der Mitgliederbeteiligung als das große Parteikultur verändernde Projekt, das es ist, zeigt sich, dass eine institutionalisierte

1 Verankerung von Partizipation innerhalb der Partei un-
 2 erlässlich ist. Der Parteivorstand ergreift die geeigneten
 3 Maßnahmen, dass die Initiator_innen der Mitgliederbe-
 4 gehren die Mitglieder erreichen können und über die of-
 5 fiziellen Kanäle der Partei ("Vorwärts", Website, News-
 6 letter) ausgewogen über pro- und contra-Argumente
 7 kommuniziert wird.

8
 9 Die Informierung aller Mitglieder soll per E-Mail über
 10 laufende Mitgliederbegehren gebündelt werden (z.B.
 11 einmal im Monat). Zudem soll es auf der Webseite der
 12 SPD zu laufenden Mitgliederbegehren informiert wer-
 13 den. Außerdem soll eine redaktionelle Begleitung auf
 14 SPD.de sowie auch Social-Media-Kanäle zur Erreichung
 15 der Mitglieder angestrebt werden. Alle Parteivorstände
 16 in den Untergliederungen sind extra zu informieren und
 17 auf ihre Pflichten hinzuweisen. Zusätzlich sollten die
 18 Gliederungen mit Hilfe eines Leitfadens und Informa-
 19 tionsmaterial ermutigt werden, Begehren zum Anlass
 20 für Veranstaltungen nehmen und so in Dialog mit den
 21 Mitgliedern, aber auch mit Bürger_innen, zu kommen.
 22 Regelmäßige Veranstaltungen und kontroverse Diskus-
 23 sionen fördern die Aktivierung der Mitglieder und nüt-
 24 zen so am Ende der SPD wieder selber. Auch Online-
 25 Konferenzen im Willy-Brandt-Haus sollten vermehrt in
 26 Betracht gezogen werden.

27
 28 Das Quorum für Mitgliederbegehren wird von aktuell
 29 zehn Prozent auf fünf Prozent der SPD-Mitglieder ge-
 30 senkt, was aktuell knapp 25.000 Mitgliedern für Mit-
 31 gliederbegehren auf Bundesebene entsprechen würde.
 32 Zudem soll eine Ablehnungsoption in Begehren einge-
 33 führt werden. Ob eine qualifizierte oder einfache Mehr-
 34 heit der Ja-Stimmen zum Erfolg nötig ist, ist zu prüfen.

35
 36 Zusammenfassend halten wir fest, dass die SPD bereits
 37 erste Schritte zu einer modernen Volkspartei getätigt
 38 hat, jedoch noch einen weiten Weg zu gehen hat. Be-
 39 teiligungsform und -institutionalisierung entsprechen
 40 nicht den gesellschaftlichen Herausforderungen vor de-
 41 nen wir stehen und schließen in ihrer derzeitigen Form
 42 viele Mitglieder aus. Daher fordern wir die SPD auf, Mit-
 43 gliederbeteiligung vor allem als Chance für die Partei zu
 44 begreifen.

45 Wir erhoffen uns so, die SPD für die gesellschaftlichen,
 46 demographischen und strukturellen Wandlungen auch
 47 intern so weiterzuentwickeln, dass sie dem selbsterklär-
 48 ten Ziel der modernsten Partei Europas ein Stück näher
 49 kommt

50
 51 **Begründung zu 2.**

52 Bundesparteitage und Parteikonvente sollen nicht nur
 53 wichtige Entscheidungen für die Partei fällen, sondern
 54 darüber hinaus Diskussionsplattform und Begegnungs-
 55 ort für Parteimitglieder, aber auch Nicht-Mitglieder
 56 werden.

57
 58 **Begründung zu 3.**

59 Bei vielen Mitgliedern scheitert eine aktive Parteiarbeit

1 an der Unvereinbarkeit von Familie, Beruf und Partei-
 2 arbeit. Wir wollen aber, dass alle Mitglieder der SPD
 3 die Möglichkeit bekommen sich nach ihren Möglichkei-
 4 ten in der Partei zu engagieren. Daher wollen wir inner-
 5 halb der SPD die Formen der Partizipation erweitern und
 6 auch so Menschen mit Familie oder mit eingeschränkter
 7 Mobilität die Möglichkeit der Partizipation bieten.
 8 Ein Schritt der Erweiterung der Partizipationsmöglich-
 9 keiten stellt für uns der digitale Ortsverein dar. Die Idee
 10 des digitalen Ortsvereins, die bereits 1995 in den An-
 11 fängen des Internets in der SPD reifte und derzeit in
 12 der Hamburger SPD neu startet, versucht die Struk-
 13 turen der SPD ins Internet zu übernehmen und sie
 14 durch einige neue Möglichkeiten zu erweitern. Der Par-
 15 teivorstand wird aufgefordert sich dafür einzusetzen,
 16 dass alle Landes- und Kreisverbände die Möglichkeit
 17 bekommen 'Digitale Ortsvereine' zu gründen. Parallel
 18 dazu sollen die vielerorts schon bestehenden Online-
 19 Diskussionsplattformen ausgewertet werden und Ver-
 20 suche zur auf Bundesebene gestartet werden, die wie
 21 oben erwähnt bei Bundesparteitagen, aber beispiels-
 22 weise auch bei Wahlkämpfen wertvolle Beiträge zu Par-
 23 tizipation und Mobilisierung leisten können.
 24 Die bisherige Parteiarbeit der SPD findet zum überwie-
 25 genden Teil offline statt. Der virtuelle Ortsverein kann
 26 dagegen auch diejenigen Mitglieder einbeziehen, die
 27 keine regelmäßigen Präsenztermine im Ortsverein oder
 28 der Arbeitsgemeinschaft wahrnehmen können. Der Par-
 29 teivorstand prüft wie dank dem Einsatz einer Software
 30 (wie beispielsweise Liquid Feedback) es möglich sein
 31 wird partizipativ und ortsunabhängig mit vielen Men-
 32 schen zusammenzuarbeiten, Initiativen zu starten, An-
 33 träge zu diskutieren und über sie abstimmen zu lassen.
 34 So soll eine orts- und zeitunabhängige Mitarbeit garan-
 35 tiert werden. So sollen auch zukünftig Menschen mit
 36 eingeschränkter Mobilität an der aktiven Parteiarbeit
 37 teilhaben können. Informationen und Anleitungen sind
 38 in einfacher Sprache zur Verfügung zu stellen.
 39 Der digitale Ortsverein soll die gleichen Statuten wie
 40 eine klassischer Ortsverein erhalten mit der Ausnah-
 41 me, dass eine Mitarbeit unabhängig vom Wohnort ge-
 42 sichert werden muss.

43 **Antrag 203/I/2015**

44 **ASF LFK**

45 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

46

47 **Kandidat*innen-Aufstellung gendergerecht**

48 Politik wird von Menschen getragen. Menschen geben
 49 Politik ein Gesicht.

50 Die Berliner SPD kann nur überzeugen, wenn alle Ge-
 51 schlechter gleichermaßen in der Öffentlichkeit als Re-
 52 präsentant*innen unserer Politik wahrgenommen wer-
 53 den. Deshalb sind bei der Kandidat*innen-Aufstellung
 54 für die Berlin-Wahl 2016 folgende Maßnahmen umzu-
 55 setzen:

56

Überweisung an Landesvorstand (K)

- 1 1. Im Vorfeld der Kandidat*innen-Aufstellung für die
 2 Berlin-Wahl 2016 stellt der SPD Landesverband
 3 noch vor der Sommerpause eine Handreichung zu-
 4 sammen, die unter Gendergesichtspunkten über
 5 die Beschlusslage zur Kandidat*innen-Aufstellung
 6 informiert. Dazu gehören neben den statuarischen
 7 Vorgaben und dem Leitbild für geschlechtergerechte
 8 Politik der SPD Berlin mit Erläuterungen und
 9 Beispielen insbesondere Bindungen durch selbst-
 10 verpflichtende Beschlüsse des Landesvorstandes,
 11 des Landesparteitages sowie des Bundesparteitages.
 12 Darüber hinaus werden Frauen gezielt ange-
 13 sprochen und motiviert, sich für ein Mandat zu
 14 bewerben. Dazu gehört auch, einen fiktiven Mo-
 15 nat einer Mandatsträgerin darzustellen und in die
 16 Handreichung einzupflegen. In die Handreichung
 17 wird aufgenommen, dass im Falle direktdemokra-
 18 tischer Elemente (zum Beispiel einem Mitglieder-
 19 entscheidung) in einem ersten Schritt über die*den
 20 Spitzenkandidat*in entschieden wird. Im Anschluss
 21 daran werden geschlechtergetrennte Listen auf-
 22 gestellt, die im Anschluss des Entscheidens nach
 23 dem Reißverschlussprinzip zusammengefügt wer-
 24 den, sodass die Quotierung der Liste sichergestellt
 25 ist.
- 26
- 27 1. Die SPD-Kreise wählen ein transparentes Verfah-
 28 ren bei der Aufstellung der Kandidat*innen und
 29 der Zeitpläne und versenden dieses per Mitglie-
 30 derringbrief rechtzeitig an alle Mitglieder. Die ASF
 31 wird an den Verhandlungen zur Aufstellung der Lis-
 32 ten beteiligt. Die ASF hält eine Informationsveran-
 33 staltung für Kandidat*innen ab, bei der die Man-
 34 datsträger*innen die Kandidat*innen über ihre Auf-
 35 gaben informieren.
- 36
- 37 1. Die SPD-Kreise tragen im Rahmen einer Selbstver-
 38 pflichtung dafür Sorge, dass in den Wahlkreisen
 39 für die Wahl zum Abgeordnetenhaus ebenso vie-
 40 le Frauen wie Männer direkt kandidieren. Frauen
 41 kandidieren ebenso wie Männer auch in aussichts-
 42 reichen Wahlkreisen. Welcher Wahlkreis aussichts-
 43 reich ist, darüber entscheidet auch das Wahlergeb-
 44 nis der Berlin-Wahl 2011.
- 45
- 46 1. Die SPD-Kreise stellen sicher, dass mindestens ei-
 47 ne der Wahllisten für die AGH-Wahl und die BVV-
 48 Wahl von einer*inem Spitzenkandidat*in ange-
 49 führt wird, sodass in jedem Bezirk mindestens ein*e
 50 Spitzenkandidat*in (AGH und/oder BVV) um Stim-
 51 men für die SPD wirbt. Das Bezirksamt wird mindes-
 52 tens paritätisch besetzt. Diese Reihung darf durch
 53 die Verhandlung von Zählgemeinschaften nicht
 54 rückgängig gemacht werden. Die Wahllisten wer-
 55 den gemäß § 4 Wahlordnung im Reißverschluss-
 56 prinzip bis zum Ende der Liste paritätisch aufge-
 57 stellt.
- 58
- 59 1. Um das gleichstellungspolitische Profil der SPD zu

1 schärfen und Wähler*innen für die SPD zurückzu-
 2 gewinnen, wird der Landesverband gemeinsam mit
 3 den SPD-Kreisen Formate zur gezielten Ansprache
 4 der Berliner*innen entwickeln. Das Wahlprogramm
 5 und der Wahlkampf werden stringent aus weib-
 6 licher Perspektive innerhalb aller politischen The-
 7 menfelder entwickelt und geführt.

8
 9
 10

11 **Begründung**

12 Nach der Berlin-Wahl 2011 galt es, sich mit einer
 13 negativen gleichstellungspolitischen Bilanz auseinan-
 14 derzusetzen: Von insgesamt 29 Kandidatinnen in den
 15 78 Berliner Wahlkreisen (37,18 %) wurden lediglich zehn
 16 direkt gewählt (29,41 %). Auf den AGH-Bezirkslisten
 17 kandidierten 52 Frauen und 70 Männer (42,62 %), der
 18 AGH-Fraktion 2011 gehörten dann 17 Frauen und 30
 19 Männer (36,17 %) an. Auf den BVV-Listen kandidierten
 20 223 Frauen von insgesamt 572 SPD-Kandidaturen
 21 (38,99 %), im Ergebnis entfielen 99 von insgesamt
 22 211 SPD-Mandaten auf weibliche Bezirksverordnete
 23 (46,92 %). Während die Besetzung des Senats quotiert
 24 erfolgte, gab es lediglich vier Staatssekretärinnen von
 25 13 Staatssekretärsposten der SPD (30,77 %).

26
 27
 28
 29

30 Die Bildung der Bezirksamter fiel mit vier Bezirksstadt-
 31 rätinnen von insgesamt 23 sozialdemokratischen BA-
 32 Mitgliedern desaströs aus.

33 Die ASF hat sich mit dem Frauenpolitischen Forum
 34 „Frauen machen Berliner Kommunalpolitik“ im Februar
 35 2012 der Herausforderung gestellt und damit einen Dis-
 36 kussionsprozess angestoßen, der bis heute nicht abge-
 37 schlossen ist. Im Zuge dieses Prozesses hat die Berliner
 38 SPD auf Initiative der ASF mehrere Beschlüsse getroffen,
 39 die auf eine paritätische Verteilung von Funktionen und
 40 Mandaten abzielen. Dazu gehören als Meilensteine die
 41 Änderung der Berliner Wahlordnung § 4 und das Leit-
 42 bild zur Gleichstellung und Beteiligung von Frauen und
 43 Männern. Gleichwohl gab es auch Rückschläge: Nach
 44 wie vor ist die Parität in den Ämtern und Funktionen nur
 45 ein Ziel, oftmals ist nicht einmal die Geschlechterquote
 46 von 40 Prozent realisiert. Sanktionsmöglichkeiten sind
 47 aktuell nicht gegeben.

48
 49
 50
 51
 52
 53
 54
 55
 56
 57
 58
 59

Vielfach fehlt das Bewusstsein für die Notwendigkeit ei-
 50 ner gleichstellungspolitischen Debatte in den eigenen
 51 Reihen. Die verstärkte Hinwendung und der Wunsch
 52 zur Nutzung direkt(basis-)demokratischer Instrumente
 53 drohen Quotenregelungen auszuhöhlen und die Bemü-
 54 hungen um mehr Partizipation von Frauen zurückzu-
 55 werfen, sind aber auch eine Chance. Vor diesem Hinter-
 56 grund ist es notwendig, frühzeitig einen gendergerech-
 57 ten Rahmen für die bevorstehende Kandidat*innen-
 58 Aufstellung festzulegen, den die SPD-Kreise gemein-
 59 sam mit dem Landesverband umsetzen. Ziel muss dabei
 sein, die Wählerinnen wieder stärker von der SPD Berlin
 zu überzeugen.

- 1 Dabei muss die Präsentation der Personen mit der Prä-
- 2 sentation des Programms verzahnt werden.

3 **Antrag 204/I/2015**

4 **KDV Neukölln**

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

7

8 **Mitgliedschaft Millî Görüş unvereinbar mit SPD-**

9 **Mitgliedschaft**

10 Wir fordern den Parteivorstand der SPD auf, die Ver-

11 einbarkeit einer Mitgliedschaft in der Islamischen

12 Gemeinschaft Millî Görüş e.V.“ (IGMG) mit einer SPD-

13 Mitgliedschaft zu prüfen und ggf. eine Unvereinbarkeit

14 festzustellen und zu beschließen.

15

16 **Begründung**

17 Die „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V.“ geht

18 in ihrer islamistischen Ausrichtung auf das politische

19 Konzept von Necmettin Erbakan zurück. Erbakans Ziel

20 war es, die türkischen Bürger unter dem Dach von

21 Nationalismus und Islamismus zu einen und in der

22 Türkei ein islamistisches Staatswesen zu errichten.

23 Als politisches und gesellschaftliches Ordnungsmodell

24 propagierte er eine „gerechte Ordnung“ („adil düzen“),

25 in welcher die Scharia gilt und politisches Handeln

26 sich an den Prinzipien von Koran und Sunna orientiert.

27 Erbakan lehnte wesentliche rechtsstaatliche Prinzipien

28 wie Volkssouveränität oder Parteienpluralismus als un-

29 vereinbar mit der „gerechten Ordnung“ ab. Er forderte

30 einen Systemwechsel nicht allein in der Türkei, sondern

31 in der gesamten Welt. Laut Berliner Verfassungsbericht

32 2013 hat sich die IGMG von „der islamistischen „Millî

33 Görüş“-Ideologie Erbakans und dessen Nachfolger (...)

34 bislang nicht distanziert“.

35

36 Am 24.11.2014 hat der Parteivorstand die Abgrenzung

37 der SPD gegenüber den Grauen Wölfen beschlossen.

38 Auch wenn sie sich in ihrer Ausrichtung unterscheiden:

39 Die Ziele von Millî Görüş sind mit den Werten und

40 Grundsätzen der Sozialdemokratie genauso unverein-

41 bar wie die Ideologie der Grauen Wölfe. Folglich muss

42 auch den Anhängern von Millî Görüş eine Mitglied-

43 schaft in unserer Partei verwehrt sein.

44

Annahme (K)

1 **Antrag 205/I/2015**
2 **Jusos LDK**
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
4
5 **Einsetzung einer SPD-Arbeitsgruppe zur Forderung**
6 **nach einem Staatsvertrag mit muslimischen Verbänden**
7 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert eine partei-
8 interne Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit der im
9 Raum stehenden Forderung nach einem Berliner Staats-
10 vertrag mit muslimischen Verbänden befassen soll. Auf
11 Basis einer Empfehlung dieser Arbeitsgruppe soll ein
12 späterer Landesparteitag darüber befinden, ob die Berli-
13 ner SPD einen solchen Staatsvertrag für erstrebenswert
14 hält.
15
16 Grundsätzlich arbeiten wir perspektivisch weiterhin
17 auf einen säkularen Staat hin.
18

Ablehnung (Kein Konsens)

Gegen Rechts

1 **Antrag 206/I/2015**
 2 **AG Migration und Vielfalt**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4
 5 **Gegen Rechte im Parlament. Gegen Rechte in der**
 6 **Gesellschaft.**

7 Die Berliner SPD und die sozialdemokratischen Man-
 8 datsträger im Berliner Abgeordnetenhaus werden
 9 aufgefordert, sich frühzeitig und intensiv mit ei-
 10 nem sinnvollen Umgang gegenüber Rechten und
 11 Rechtsextremen im Wahlkampf für die Wahlen zum
 12 Abgeordnetenhaus von Berlin auseinanderzusetzen.
 13 Wir fordern den Landesvorstand der SPD auf, Strategien
 14 für diesen Umgang zu entwickeln sowie Handlungs-
 15 und Reaktionsvorschläge zu erarbeiten.

16
 17 **Begründung**

18 Die gesellschaftliche Gefahr, die von Rechten und
 19 Rechtsextremen ausgeht, ist eine aktuelle und eine, der
 20 wir uns stellen müssen, die wir bekämpfen müssen –
 21 immer und überall. Dazu gehört es auch und gerade,
 22 sich im Wahlkampf gegen einen Einzug oder auch nur
 23 einen Stimmgewinn rechter Kräfte einzusetzen. Erfolge
 24 im Rahmen parlamentarischer Wahlen können rechte
 25 Parteien enorm stärken, da viele Menschen daraus
 26 eine vermeintlich größere Legitimation dieser Parteien
 27 ableiten.

28 Mit durchdachten und abgestimmten Strategien – un-
 29 ter Umständen auch mit Unterstützung externer Be-
 30 raten – können wir rechten Parteien geschlossen und
 31 dadurch besser und stärker entgegentreten. Gleichzei-
 32 tig schützen wir zudem alle GenossInnen vor unvorbe-
 33 reiteter Konfrontation im Wahlkampf. Der Einsatz für
 34 eine tolerante, offene Gesellschaft und der Kampf ge-
 35 gen rechts sind großen Aufgaben und eine Sache der
 36 Menschlichkeit.

37 Dabei kann es um das Auftreten der Partei als Gesam-
 38 tes gehen, aber auch, um Empfehlungen und Strategien
 39 für alle GenossInnen. Den Wahlkampf sollten wir auch
 40 nutzen, um gegen Rechts einzutreten. Wir müssen un-
 41 sere Volksvertretungen vor einem Einzug rechter Kräf-
 42 te schützen, um deutlich zu machen: Für Rechte gibt es
 43 keine Sitze im Parlament und keinen Platz in unserer Ge-
 44 sellschaft.

Erledigt bei Annahme Leitantrag 02/I/2015 (K)

45 **Antrag 207/I/2015**
 46 **KDV Steglitz-Zehlendorf**
 47 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

48
 49 **Die Gefahr des Rechtspopulismus auf bezirklicher Ebe-**
 50 **ne erkennen!**

51 Wir fordern die Kreisverbände der SPD Berlin sowie die
 52 SPD-Fraktionen in den Berliner Bezirksverordnetenver-
 53 sammlungen auf, den Rechtspopulismus im jeweiligen
 54 Bezirk im Rahmen einer erweiterten Fraktionssitzung

Erledigt bei Annahme Leitantrag 02/I/2015 (K)

1 mit den für die Wahlen 2016 Nominierten im Beisei-
2 von parteiinternen ExpertInnen zu behandeln und Ge-
3 genstrategien für den Wahlkampf 2016 auszuarbeiten.
4

5 Der Landesvorstand der Berliner SPD wird aufgefordert,
6 eine Handreichung für den Umgang mit Rechtsextre-
7 men und Rechtspopulisten bis Ende 2015 den Kreisen
8 zur Verfügung zu stellen.
9

10 **Begründung**

11 Die rechtspopulistischen Parteien sind in der ganzen
12 Bundesrepublik aktiv. Die AfD hat bundesweit über
13 400 Personen in den kommunalen Parlamenten ent-
14 sendet. Es besteht die Gefahr, dass die AfD 2016 in die
15 Berliner Bezirksverordnetenversammlungen einzieht.
16 Der Umgang mit den rechtspopulistischen Parolen
17 ist bekanntlich komplizierter als mit dem offenen
18 Rechtsextremen.
19

20 Allein die Möglichkeit eines Neueinzugs rechtspopulis-
21 tischer MandatsträgerInnen sorgte vielerorts zunächst
22 für Unsicherheit. In den Kommunen, wo eine präven-
23 tive und gezielte Auseinandersetzung mit dieser Pro-
24 blematik stattgefunden hatte, sank der Einfluss der Re-
25 chen. Die Handreichung der Friedrich-Ebert-Stiftung,
26 genauso wie die anderen Fachanalysen, empfiehlt drin-
27 gend, „das Thema des lokalen Rechtsextremismus und
28 Rechtspopulismus auf die Tagesordnung der Fraktions-
29 sitzungen“ zu bringen und „die jeweiligen Perspekti-
30 ven“ abzugleichen.

Ehrenbürgerliste Berlin

1 **Antrag 208/I/2015**

2 **Abt. 7 | Pankow**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Hindenburg aus der Ehrenbürgerliste Berlins streichen**

6 Die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und
7 des Senats von Berlin werden dazu aufgefordert, sich
8 dafür einzusetzen, Paul von Beneckendorff und von Hin-
9 denburg so schnell wie möglich aus der Ehrenbürgerlis-
10 te Berlins zu streichen.

11 Hindenburg und Adolf Hitler wurden am 20. April 1933
12 als Nr. 58 und Nr. 59 in die Ehrenbürgerliste Berlins auf-
13 genommen wegen „ihrer Verdienste um die nationale
14 Wiedergeburt der Stadt Berlin“.

15 In der Sprache des „Dritten Reiches“ war damit nichts
16 anderes

17 gemeint als die Errichtung der nationalsozialistischen
18 Diktatur, für die Hindenburg ein entscheidender Ak-
19 teur war. Er unterschrieb Verordnungen und Gesetze,
20 die den Reichstag entmachteten, die Grundrechte auf-
21 hoben und Hitlers Herrschaft legitimierten.

22

23 Adolf Hitler wurde die Berliner Ehrenbürgerschaft am
24 16.12.1948 aberkannt. Paul von Beneckendorff und von
25 Hindenburg steht immer noch auf der Ehrenbürgerlis-
26 te.

27

28 100 Jahre nach Ausbruch des mörderischen Ersten Welt-
29 krieges ist es überfällig, diesen Militaristen und Wegbe-
30 reiter Hitlers aus der Galerie derer zu entfernen, auf die
31 Berlin stolz sein kann. Dortmund, Köln, Halle/S., Leip-
32 zig, München und Stuttgart haben ihm inzwischen die
33 Ehrenbürgerschaft entzogen. Berlin sollte dem Beispiel
34 dieser Städte folgen.

35

36

Erledigt bei Annahme Antrag 209/I/2015 (K)

37 **Antrag 209/I/2015**

38 **KDV Pankow**

39 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

40

41 **Hindenburg aus der Ehrenbürgerliste Berlins streichen**

42 Die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und
43 des Senats von Berlin werden dazu aufgefordert, sich
44 dafür einzusetzen, Paul von Beneckendorff und von
45 Hindenburg so schnell wie möglich aus der Ehrenbür-
46 gerliste Berlins zu streichen.

47

48 **Begründung**

49 Hindenburg und Adolf Hitler wurden am 20. April 1933
50 als Nr. 58 und Nr. 59 in die Ehrenbürgerliste Berlins
51 aufgenommen wegen „ihrer Verdienste um die natio-
52 nale Wiedergeburt der Stadt Berlin“. In der Sprache des
53 „Dritten Reiches“ war damit nichts anderes gemeint
54 als die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur,

Annahme (K)

1 für die Hindenburg ein entscheidender Akteur war.
 2 Er unterschrieb Verordnungen und Gesetze, die den
 3 Reichstag entmachteten, die Grundrechte aufhoben
 4 und Hitlers Herrschaft legitimierten. Adolf Hitler
 5 wurde die Berliner Ehrenbürgerschaft am 16.12.1948 ab-
 6 erkannt. Paul von Beneckendorff und von Hindenburg
 7 steht immer noch auf der Ehrenbürgerliste.
 8
 9 100 Jahre nach Ausbruch des mörderischen Ersten Welt-
 10 krieges ist es überfällig, diesen Militaristen und Wegbe-
 11 reiter Hitlers aus der Galerie derer zu entfernen, auf die
 12 Berlin stolz sein kann. Dortmund, Köln, Halle/S., Leip-
 13 zig, München und Stuttgart haben ihm inzwischen die
 14 Ehrenbürgerschaft entzogen. Berlin sollte dem Beispiel
 15 dieser Städte folgen.

16 **Antrag 210/I/2015**

17 **KDV Spandau**

18 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

19

20 **Paul von Hindenburg von der Ehrenbürgerliste Berlins**
 21 **streichen**

22 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefor-
 23 dert dafür zu sorgen, dass der ehemalige Reichspräsi-
 24 dent Paul von Hindenburg aus der Ehrenbürgerliste der
 25 Stadt Berlin gestrichen wird.

26

27

28 **Begründung**

29 Viele deutsche Städte haben nach dem Ende des
 30 Zweiten Weltkriegs Paul von Hindenburg die Ehrenbür-
 31 gerwürde aberkannt.

32 Aus gutem Grund: Paul von Hindenburg ernannte Adolf
 33 Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler. Er übertrug
 34 damit einem offen antidemokratischen, menschenver-
 35 achtenden und judenfeindlichen Politiker die Regie-
 36 rungsengeschäfte in Deutschland. Was daraus folgte, ist
 37 jedem bekannt.

38

39 Am 20. April 1933 (bitte Datum beachten) fasste die
 40 Stadtverordnetenversammlung Berlin den Beschluss,
 41 den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und den
 42 Reichskanzler Adolf Hitler die Ehrenbürgerwürde zu ver-
 43 leihen. Hindenburg wurde geehrt für die Abschaffung
 44 der Demokratie und für seine aktive Beteiligung an der
 45 Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur. Sozial-
 46 demokraten nahmen nicht mehr an der Sitzung der
 47 Stadtverordnetenversammlung teil. Schon längst wur-
 48 den auch sie verfolgt, in Lager verschleppt, gefoltert
 49 oder getötet. Manche hatten Glück, sie konnten fliehen.

50

51 Es wird höchste Zeit, dass das Berliner Abgeordneten-
 52 haus den auch rechtlich zweifelhaften Beschluss der
 53 Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Ehrenbür-
 54 gerschaft Paul von Hindenburgs korrigiert. Das sind wir
 55 allen Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherr-
 56 schaft schuldig.

Erledigt bei Annahme Antrag 209/I/2015 (K)

1
2 Zum Zeitpunkt des Beschlusses bestand die Stadtver-
3 ordnetenversammlung nicht mehr aus Abgeordneten
4 und Fraktionen aller in das Gremium gewählten Partei-
5 en. Eine rechtlich bindende Beschlussfähigkeit vor die-
6 sem Hintergrund muss ernsthaft in Zweifel gezogen
7 werden.
8

9 **Antrag 211/I/2015**
10 **KDV Mitte**
11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
12
13 **Paul von Hindenburg von der Ehrenbürgerliste Berlins**
14 **streichen**
15 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefor-
16 dert, zu Beginn der 18. Wahlperiode dafür zu sorgen,
17 dass der ehemalige Reichspräsident Paul von Hinden-
18 burg aus der Ehrenbürgerliste der Stadt Berlin gestri-
19 chen wird.
20
21
22
23 **Begründung**
24 Viele deutsche Städte haben nach dem Ende des
25 Zweiten Weltkriegs Paul von Hindenburg die Ehren-
26 bürgerwürde aberkannt. Aus gutem Grund: Paul von
27 Hindenburg ernannte Adolf Hitler am 30. Januar 1933
28 zum Reichskanzler. Er übertrug damit einem offen
29 antidemokratischen, menschenverachtenden und
30 jüdenfeindlichen Politiker die Regierungsgeschäfte in
31 Deutschland. Was daraus folgte, ist jedem bekannt.
32
33 Am 20. April 1933 (bitte Datum beachten) fasste die
34 Stadtverordnetenversammlung Berlin den Beschluss,
35 den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und den
36 Reichskanzler Adolf Hitler die Ehrenbürgerwürde zu ver-
37 leihen. Hindenburg wurde geehrt für die Abschaffung
38 der Demokratie und für seine aktive Beteiligung an der
39 Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur. Sozial-
40 demokraten nahmen nicht mehr an der Sitzung der
41 Stadtverordnetenversammlung teil. Schon längst wur-
42 den auch sie verfolgt, in Lager verschleppt, gefoltert
43 oder getötet.
44
45 Manche hatten Glück, sie konnten fliehen. Es wird
46 höchste Zeit, dass das Berliner Abgeordnetenhaus den
47 auch rechtlich zweifelhaften Beschluss der Berliner
48 Stadtverordnetenversammlung zur Ehrenbürgerschaft
49 Paul von Hindenburgs korrigiert. Das sind wir allen
50 Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft
51 schuldig.
52

Erledigt bei Annahme Antrag 209/I/2015 (K)

1 **Antrag 212/I/2015**
 2 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg, KDV Reinickendorf, Abt.**
 3 **6 | Reinickendorf**
 4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 5
 6 **Paul von Hindenburg aus der Ehrenbürgerliste Berlins**
 7 **streichen**
 8 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefor-
 9 dert, spätestens zu Beginn der 18. Wahlperiode dafür
 10 zu sorgen, dass der ehemalige Reichspräsident Paul von
 11 Hindenburg aus der Ehrenbürgerliste der Stadt Berlin
 12 gestrichen wird.
 13
 14 **Begründung**
 15 Viele deutsche Städte haben nach dem Ende des
 16 Zweiten Weltkriegs Paul von Hindenburg die Ehrenbür-
 17 gerwürde aberkannt.
 18 Aus gutem Grund: Paul von Hindenburg ernannte Adolf
 19 Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler. Er übertrug
 20 damit einem offen antidemokratischen, menschenver-
 21 achtenden und judenfeindlichen Politiker die Regie-
 22 rungsgeschäfte in Deutschland. Was daraus folgte, ist
 23 jedem bekannt.
 24
 25 Am 20. April 1933 (bitte Datum beachten) fasste die
 26 Stadtverordnetenversammlung Berlin den Beschluss,
 27 den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und den
 28 Reichskanzler Adolf Hitler die Ehrenbürgerwürde zu ver-
 29 leihen. Hindenburg wurde geehrt für die Abschaffung
 30 der Demokratie und für seine aktive Beteiligung an der
 31 Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur. Sozial-
 32 demokraten nahmen nicht mehr an der Sitzung der
 33 Stadtverordnetenversammlung teil. Schon längst wur-
 34 den auch sie verfolgt, in Lager verschleppt, gefoltert
 35 oder getötet. Manche hatten Glück, sie konnten fliehen.
 36
 37 Zum Zeitpunkt des Beschlusses bestand die Stadtver-
 38 ordnetenversammlung nicht mehr aus Abgeordneten
 39 und Fraktionen aller in das Gremium gewählten Partei-
 40 en. Eine rechtlich bindende Beschlussfähigkeit vor die-
 41 sem Hintergrund muss ernsthaft in Zweifel gezogen
 42 werden.
 43
 44 Es wird höchste Zeit, dass das Berliner Abgeordneten-
 45 haus den auch rechtlich zweifelhaften Beschluss der
 46 Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Ehrenbür-
 47 gerschaft Paul von Hindenburgs korrigiert. Das sind wir
 48 allen Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherr-
 49 schaft schuldig.

Erledigt bei Annahme Antrag 209/I/2015 (K)

Soziales

1 **Antrag 176/I/2014**
 2 **AG Selbst Aktiv**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4
 5 **Diskriminierende Vergütung von EinzelfallhelferInnen**
 6 **stoppen! Qualität sichern – Altersarmut vorbeugen –**
 7 **Aufstockung mit Hartz IV beenden!**

8 Die Mitglieder der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus
 9 von Berlin werden aufgefordert, eine Änderung der
 10 Vergütung von EinzelfallhelferInnen in Berlin bei der
 11 hierfürzuständigen Senatsverwaltung für Gesundheit
 12 und Soziales zu erwirken. Die derzeit gültigen und in
 13 der Praxis unterschiedlich angewandten Vergütungs-
 14 stufen von derzeit 9 € (ohne Ausbildung), 11 € (Erzie-
 15 herIn/HeilerzieherIn), 13 € (z.B. Bachelor Sozialarbeits-
 16 erIn, PsychologIn) bzw. 19 € (z.B. Master SozialarbeiterIn,
 17 PsychologIn) wurden seit 2004 nicht mehr fortgeschrie-
 18 ben und damit angepasst. Daher sind sie schnellstmög-
 19 lich anzuheben, wenigstens auf das Niveau des Betra-
 20 ges, welcher in dem Modellprojekt als Vergütung ange-
 21 nommen und durch einen qualifizierten Träger einge-
 22 bracht wurde, mithin also 31 € pro Fachleistungsstun-
 23 de. Eine kontinuierliche, das heißt jährliche, Anpassung
 24 und Fortschreibung der Vergütung ist in dem zu Grun-
 25 de liegenden Rundschreiben I Nr. 9/2009 „Über Gewäh-
 26 rung von Einzelfallhilfe im Rahmen der Eingliederungs-
 27 hilfe nach dem 6. Kapitel SGB XII außerhalb von Diens-
 28 ten nach dem 10. Kapitel SGB XII“ festzuschreiben. Eben-
 29 so sind die Vergütungsstufen im Bereich Jugend des sel-
 30 ben Schreibens in gleicher Höhe anzupassen und fort-
 31 zuschreiben. Abschließend sind auch die Anlagen 1 und
 32 2 entsprechend anzupassen.

33
 34 Im Grundsatz ist die Abgrenzung zur Geldleistungsform
 35 Persönliches Budget, auf welches seit 01.01.2008 ein
 36 bundeseinheitlicher Rechtsanspruch besteht, unter
 37 Punkt „5.3 Geldleistungen“ des selben Schreibens
 38 aufzuheben, da es Menschen mit körperlicher, geistiger
 39 oder seelischer Behinderung in unangemessener Weise
 40 in ihrem Wunsch- und Wahlrecht einschränkt sowie in
 41 ihrer zu unterstützenden selbstbestimmten Lebens-
 42 weise diskriminiert, benachteiligt und sie letztlich auch
 43 durch den Einsatz unqualifizierter Kräfte für die Betreu-
 44 ung schwer psychisch Kranker Menschen gefährdet.

45

Erledigt durch Änderungsantrag 176.1/I/2014 (K)

1 **Antrag 176.1/1/2014**
 2 **AG Selbst Aktiv**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 4
 5 **Änderungsantrag zum Antrag 176/1/2014**
 6
 7 **Vergütung von Einzelfallhelfern verbessern und kontinuierlich fortentwickeln (nach Zustimmung zu dieser Fassung durch den FA Soziales, an den der Ursprungsantrag überwiesen worden war)**
 8
 9
 10
 11
 12 Die Mitglieder der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus
 13 von Berlin werden aufgefordert, eine Verbesserung der
 14 Vergütung von EinzelfallhelferInnen in Berlin bei der
 15 hierfür zuständigen Senatsverwaltung für Gesundheit
 16 und Soziales zu erwirken. Daher ist sie schnellstmöglich
 17 mindestens auf das Niveau anzuheben, welches bereits
 18 bei dem Träger des zugrundeliegenden Modellprojek-
 19 tes angenommen wurde, mithin also 31 € pro Fachleis-
 20 tungsstunde.
 21
 22 Auch soll im Bereich Persönliches Budget in finanziel-
 23 ler Hinsicht kein Unterschied mehr zwischen einer Ein-
 24 zelfallhilfe und dem bereits jetzt mit 31 € pro Fachleis-
 25 tungsstunde vergütetem Betreutem Wohnen für Men-
 26 schen mit seelischen Behinderungen gemacht werden.
 27
 28
 29 **Begründung**
 30 Die Senatsverwaltung für Gesund und Soziales hat mit
 31 Rundschreiben I Nr. 9/2009 eine rechtliche Grundlage
 32 zur Erbringung von Einzelfallhilfen im Rahmen der Ein-
 33 gliederungshilfe für körperlich, geistig oder psychisch
 34 Behinderte Menschen im Land Berlin geschaffen. Diese
 35 soll flexibler und direkter den Berechtigten angeboten
 36 werden.
 37
 38 Sofern eine Hilfe zustande kommt, schließen Einzel-
 39 fallhelferInnen eine Honorarvereinbarung mit dem Be-
 40 zirksamt ab bzw. erhalten eine Kostenübernahme. Da-
 41 bei bleiben sie freie MitarbeiterInnen, also Selbststän-
 42 dige mit allen Rechten und Pflichten. Zu diesen Pflich-
 43 ten zählt auch, Steuern und Sozialversicherungen zu
 44 entrichten. Nicht abschließend rechtssicher geklärt ist
 45 die Frage, ob sogar Umsatzsteuern zu entrichten sind,
 46 welche ebenfalls nicht extra abgegolten werden (im
 47 Normalfall ein „durchlaufender Posten“). Im Zweifels-
 48 fall sind somit weitere 19% von der viel zu geringen Ver-
 49 gütung zu zahlen, was nahezu unmöglich ist. Es muss
 50 bedacht werden, dass es sich dabei nicht um ein Ge-
 51 halt handelt, sondern um Umsatz eines/r Selbstständigen.
 52 Diese/r muss die steuerlichen Belastungen in ande-
 53 rer Weise und die soziale Absicherung (Krankheit, Rente,
 54 Arbeitslosigkeit) selbst tragen.
 55
 56 Die im Rundschreiben festgehaltenen, derzeit gültigen
 57 und in der Praxis unterschiedlich angewandten Vergü-
 58 tungsstufen von derzeit 9 € (ohne Ausbildung), 11 € (Er-

Überweisung an Senat + Überweisung an AH-Fraktion
(K)

1 zieherIn/HeilerzieherIn), 13 € (z.B. Bachelor Sozialarbei-
 2 terIn, PsychologIn) bzw. 19 € (z.B. Master Sozialarbei-
 3 terIn, PsychologIn) pro Fachleistungsstunde wurden seit
 4 2004 nicht mehr fortgeschrieben und damit angepasst.
 5
 6 Zahlreiche EinzelfallhelferInnen müssen ihr Honorar
 7 mit ALG II aufstocken, selbst wenn sie voll belegt sind.
 8 Andere verzichten gezwungenermaßen auf ihre Alters-
 9 absicherung, die sie im Falle einer besseren Vergütung
 10 durch Einzahlung in die Rentenkasse sicherstellen könn-
 11 ten. Somit ist die Inanspruchnahme der Grundsiche-
 12 rung im Alter vorprogrammiert, was nichts anderes
 13 heißt als Altersarmut. Die Gefahr, dass unqualifizierte
 14 Kräfte für die Betreuung eingesetzt werden, ergibt sich
 15 aus einem Mangel an Fachpersonal, welches für die ak-
 16 tuelle Vergütung tätig werden könnte bzw. wollte. Die-
 17 se Arbeit lässt sich nicht fachlich versiert und qualifi-
 18 ziert als „Wochenendjob“ leisten.
 19
 20 Zuletzt ist dem Eingliederungshilferundschreiben (RS I
 21 Nr. 9/2009 Punkt 5.3) noch die Information zu entneh-
 22 men, dass für die Gewährung der Einzelfallhilfe im Rah-
 23 men der Leistungsform des Persönlichen Budget auf
 24 das Rundschreiben I Nr. 9/2006 verwiesen wird. Durch
 25 die momentan geringe Vergütung von Einzelfallhelfern
 26 und der damit verbundenen Schwierigkeit, auf Grundla-
 27 ge dieser Vergütung qualifizierte Fachkräfte einzustel-
 28 len, ergibt sich faktisch ein Ausschluss, im Rahmen des
 29 persönlichen Budgets eine/n EinzelfallhelferIn einzu-
 30 stellen. Das persönliche Budget im Rahmen der Einzel-
 31 fallhilfe wird damit in der Praxis undurchführbar. Ent-
 32 weder sollten die Sätze im Rahmen des Rundschreibens
 33 zur Einzelfallhilfe direkt erhöht werden, oder aber in-
 34 nerhalb des Rundschreibens zum Persönlichen Budget.
 35 Die im letztgenannten Rundschreiben festgelegte Un-
 36 terscheidung zwischen Betreutem Wohnen und Einzel-
 37 fallhilfe ist in der Praxis so ohnehin kaum gegeben.

38 **Antrag 213/I/2015**

39 **KDV Steglitz-Zehlendorf**

40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

41 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

42

43 **Gleiche Entschädigungsleistungen für alle Opfer rech-**
 44 **ter Gewalt in vollem Umfang!**

45 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Deutschen Bun-
 46 destag werden aufgefordert, sich dazu einzusetzen,
 47 dass allen Opfer rechtsextremer, antisemitischer und
 48 rassistischer Gewalt, unabhängig von der Herkunft
 49 und Aufenthaltsdauer in Deutschland, einen uneinge-
 50 schränkten Zugang zu Entschädigungsleistungen nach
 51 dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) gewährt wird.
 52

53 **Begründung**

54 Opfer von Gewalttaten haben in Deutschland einen
 55 gesetzlichen Anspruch auf Entschädigung. Im § 1, Abs.
 56 4 OEG wird eine ungleiche Behandlung von Opfer

Annahme (K)

1 vorgesehen. Während die BundesbürgerInnen, EU-
 2 BürgerInnen, StaatsbürgerInnen aus Liechtenstein und
 3 Island sowie Angehörige aus Drittstaaten, die sich min-
 4 destens drei Jahren im Bundesgebiet ununterbrochen
 5 aufhalten, einen uneingeschränkten Anspruch auf
 6 Entschädigungsleistungen haben, stehen den Opfer
 7 mit Nicht-EU-Staatsangehörigkeit, die sich kürzer als
 8 drei Jahre in Deutschland aufhalten, und ausländischen
 9 TouristInnen nur eingeschränkte Leistungen zu.

10
 11 Die Bundesregierung erkennt eine besondere Verant-
 12 wortung des Staates gegenüber den Opfer rechter Ge-
 13 walt an: „Es ist ein Grundwert der pluralen Gesellschaft
 14 und eine zentrale Aufgabe des Staates, die Freiheit je-
 15 des Einzelnen vor Extremismen jeder Art zu schützen
 16 und zu verteidigen“, so die Antwort der Bundesregie-
 17 rung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Frak-
 18 tion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 18/1938 vom
 19 30.06.2014). Seit 1999 kann den Opfern rechtsextremis-
 20 tischer Übergriffe zwar über das Bundesamt für Jus-
 21 tiz eine Entschädigungsleistung zugesprochen werden.
 22 Diese Einmalzahlung versteht sich aber als „freiwillig
 23 übernommene Leistung“, worauf „kein Rechtsanspruch
 24 besteht“. Daher ist eine Gesetzesänderung nötig, die
 25 für alle Opfer rechter Gewalt einen vollen Zugang zum
 26 ganzen Leistungskatalog nach dem OEG in Form eines
 27 Rechtsanspruchs ermöglicht.

28 **Antrag 214/I/2015**

29 **KDV Mitte**

30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

31

32 **Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener des 2.**
 33 **Weltkriegs**

34 Die SPD Bundestagsfraktion, insbesondere die Berliner
 35 SPD Bundestagsabgeordneten, werden aufgefordert,
 36 ihren 2013 in den Bundestag eingebrachten Antrag auf
 37 Entschädigung ehemaliger sowjetischer Kriegsgefange-
 38 ner weiter zu verfolgen.

39

40 **Begründung**

41 Als Fraktionschef der SPD im Bundestag hatte Frank-
 42 Walter Steinmeier im Jahr 2013 im Bundestag einen
 43 Antrag eingebracht, der eine einmalige Zahlung von
 44 2.500 Euro für jeden noch lebenden ehemaligen so-
 45 wjetischen Kriegsgefangenen vorsah. Der Antrag war
 46 damals von der Mehrheit aus Union und FDP abgelehnt
 47 worden.

48

49 Im Zweiten Weltkrieg waren rund 5,7 Millionen Soldaten
 50 der Roten Armee von deutschen Truppen gefangen ge-
 51 nommen worden. Rund 3,3 Millionen von ihnen starben
 52 in der Gefangenschaft, die meisten an Unterernährung.
 53 Sowjetische Kriegsgefangene seien vollkommen anders
 54 behandelt worden als alle anderen, Kriegsgefangenen.
 55 Alle Rechte, die Kriegsgefangene nach den Genfer Kon-
 56 ventionen hatten, wurden ihnen verweigert, das Nazi-

erledigt (K)

1 regim hat sie als Untermenschen, als menschlichen Ab-
 2 fall behandelt und war lange Zeit froh über jeden Solda-
 3 ten, der unter dieser Behandlung verstorben ist.
 4
 5 Derzeit leben noch etwa 2.000 bis 3.000 ehemalige
 6 sowjetische Kriegsgefangene. Eine Entschädigungszah-
 7 lung von 2.500 Euro pro Person würde demnach Ge-
 8 samtkosten von fünf bis 7,5 Millionen Euro verursachen.
 9
 10 Angesichts des 70. Jahrestages des Kriegsendes wäh-
 11 re das eine zwingend notwendige Geste der Huma-
 12 nität, zumal ehemalige sowjetische Kriegsgefangene
 13 auch in ihrer Heimat nach der Rückkehr schlecht behan-
 14 delt wurden.

15 **Antrag 216/I/2015**
 16 **AG Selbst Aktiv**
 17 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

18
 19 **Inklusion braucht Beispiele gelungener Praxis**

20 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefor-
 21 dert, sich für die Entwicklung eines Berliner Inklusions-
 22 katasters nach dem Vorbild von NRW einzusetzen. In
 23 diesem Kataster werden gelungene Projekte, Maßnah-
 24 men und Initiativen zur Inklusion von Menschen mit
 25 Behinderungen gesammelt, dokumentiert und können
 26 online abgerufen werden.

27
 28 Das Inklusionskataster soll fortlaufend neue Projekte
 29 unter anderem aus den Bereichen Wohnen, Arbeit, Frei-
 30 zeit, Bildung, Kultur, Politik und Gesundheit aufneh-
 31 men. Damit sollen Anregungen für die Entwicklung
 32 neuer Projekte und Initiativen gegeben werden, die
 33 sich an gelungenen Beispielen orientieren können, die
 34 so oder so ähnlich auch andersorts verwirklicht werden
 35 könnten. Darüber hinaus kann das das Inklusionska-
 36 taster auch eine gute Informationsquelle für Menschen
 37 mit Behinderungen sein, die auf der Suche nach geeig-
 38 neten Angeboten sind.

39
 40 Die Online-Darstellung kann z.B. auf der Webseite der
 41 Senatskanzlei oder des Landesbehindertenbeauftrag-
 42 ten erfolgen.

43
 44 **Begründung**

45 „Wer die Welt verändern will, muss überzeugend argu-
 46 mentieren. Und für den Fortschritt bei der Inklusion ist
 47 nichts so überzeugend, wie die gelungene Praxis“, sagte
 48 der nordrhein-westfälische Sozialminister Guntram
 49 Schneider zur Vorstellung des Inklusionskatasters. Die
 50 ersten vorbildhaften Inklusionsprojekte sind jetzt in
 51 NRW online gestellt worden. Hierzu gibt es ein unkom-
 52 pliziertes Verfahren, mit dem Projekte sich online für
 53 die Aufnahme in das Kataster bewerben können.

54
 55 “Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet
 56 uns, die Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit

Annahme (K)

1 Behinderungen in allen Lebensbereichen zu verbessern“, so Minister Schneider. “Oft scheidet dies ganz
2 einfach daran, dass Verantwortliche in Betrieben,
3 Verwaltungen, Schulen, Krankenhäusern oder Kul-
4 tureinrichtungen noch zu wenig darüber wissen, wie
5 Barrieren praktisch abgebaut werden können.” Deshalb
6 sei es gut, dass die Organisationen der Menschen mit
7 Behinderungen, die Kommunalen Spitzenverbände
8 und die Landschaftsverbände, die Regionaldirektion
9 NRW der Agentur für Arbeit, die Wohlfahrtsverbände
10 und viele Andere ihre Bereitschaft zur Mitarbeit am
11 Inklusionskataster erklärt haben.
12

13 **Antrag 217/I/2015**
14 **KDV Lichtenberg**
15 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
16

17 **Regelmäßige Berichterstattung über die Lebenssituation**
18 **von Menschen mit Behinderungen in Berlin**
19 Der Senat der Stadt Berlin wird aufgefordert regelmäßig
20 – alle zwei Jahre – einen Bericht über die Situation von
21 Menschen mit Behinderungen in Berlin vorzulegen. In
22 Struktur und Gliederung lehnt sich dieser an den bun-
23 desweiten Teilhabebericht der Bundesregierung über
24 die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung an.
25

Überweisung an Senat + Überweisung an AH-Fraktion
(K)

26 **Antrag 218/I/2015**
27 **KDV Mitte**
28 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
29

30 **Kältehilfe für Obdachlose mit Behinderung**
31 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die so-
32 zialdemokratischen Mitglieder des Senats werden
33 aufgefordert, alle Voraussetzungen zu schaffen, dass
34 zum Winter 2015/2016 eine Einrichtung für die Kälte-
35 hilfe für obdachlose Menschen mit Behinderung mit
36 mindestens zwölf Plätzen geschaffen wird.
37

38 **Begründung**
39 Alle bestehenden Einrichtungen der Kältehilfe, die
40 obdachlose Menschen unterbringen können, sind nicht
41 auf Menschen mit Behinderung (Rollstuhl, Rollator)
42 ausgerichtet, dass diese sich dort einfach aufhalten
43 oder sich waschen können.

Annahme (K)

1 **Antrag 219/I/2015**

2 **KDV Lichtenberg**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Bundesweite Statistik zur Wohnungslosigkeit etablieren!**

7
8 Die SPD-Fraktion im deutschen Bundestag und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, die Einführung einer bundesweit einheitlichen und aussagekräftigen Berichterstattung zu Obdach- und Wohnungslosigkeit zu initiieren bzw. einzuführen.

14

15 Eine bundesweite Berichterstattung zur Wohnungslosigkeit soll jährlich die aktuellen Daten zur Wohnungslosigkeit in Deutschland dokumentieren, d.h. zuallererst aufzeigen, wie viele Menschen aktuell wohnungslos sind. Dabei sollen nicht nur kommunal und ordnungsrechtlich untergebrachte Menschen erfasst werden, sondern auch Personen, die bei freien Trägern der Wohnungslosenhilfe untergebracht sind oder sich an entsprechende Beratungsstellen gewandt haben und dort als wohnungslos registriert sind.

25

26 Gleichzeitig soll die jährliche Berichterstattung auch gender- und altersspezifische Auskünfte zu den Lebenslagen wohnungs- und obdachloser Menschen erteilen.

29

Annahme in der Fassung der AK (K)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Bundesweite Statistik zur Wohnungslosigkeit etablieren!

Die SPD-Fraktion im deutschen Bundestag und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, die Einführung einer bundesweit einheitlichen und aussagekräftigen Berichterstattung zu Obdach- und Wohnungslosigkeit zu initiieren bzw. einzuführen.

Eine bundesweite *Statistik* zur Wohnungslosigkeit soll jährlich die aktuellen Daten zur Wohnungslosigkeit in Deutschland dokumentieren, d.h. zuallererst aufzeigen, wie viele Menschen aktuell wohnungslos sind. Dabei sollen nicht nur kommunal und ordnungsrechtlich untergebrachte Menschen erfasst werden, sondern auch Personen, die bei freien Trägern der Wohnungslosenhilfe untergebracht sind oder sich an entsprechende Beratungsstellen gewandt haben und dort als wohnungslos registriert sind.

Gleichzeitig soll die jährliche Berichterstattung auch gender- und altersspezifische Auskünfte zu den Lebenslagen wohnungs- und obdachloser Menschen erteilen.

30 **Antrag 220/I/2015**

31 **KDV Mitte**

32 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

33

34 **Förderung von Übergangprojekten zur Ergänzung der Kältehilfe – Nachhaltige Hilfe zur Wiedereingliederung für obdachlose Menschen in Berlin**

37 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert sich für die Einrichtung und Förderung von Übergangprojekten einzusetzen, die geeignet sind um obdachlose Menschen wieder in die regulären sozialen Sicherungssysteme einzugliedern.

43

44 Es ist ein programmatischer Fokus der SPD Übergangprojekte zur Wiedereingliederung obdachloser Menschen im Anschluss an die Berliner Kältehilfe einzurichten und zu fördern.

48

49 Dazu gehört im Besonderen:

- 50 • Einrichtung von Wohnprojekten für obdachlose Menschen für die Dauer von 3-4 Monaten, in denen diese durch fachkundige Sozialarbeiter betreut werden.
- 54 • Jährliche Schaffung und Förderung von nicht weni-

Überweisung an Senat + Überweisung an AH-Fraktion + Überweisung an FA VIII – Soziale Stadt (K)

1 ger als 80 Plätzen in diesen Projekten im Anschluss
 2 an jeweilige die Ende März auslaufende Kältehilfe-
 3 Saison.
 4 • Einbindung und Unterstützung geeigneter Träger
 5 zur praktischen Umsetzung und Durchführung die-
 6 ser Projekte.

7
 8
 9 **Begründung**

10 Für die Unterbringung wohnungsloser Menschen sind
 11 in der Regel die Einrichtungen nach dem Allgemeinen
 12 Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) vorgesehen.
 13 Diese stoßen zum einen an ihre Kapazitätsgrenzen
 14 und erreichen zum anderen oftmals hilfsbedürftige
 15 Menschen nicht. Aus diesem Grund ist die Zahl der
 16 Menschen in den temporären Notübernachtungen und
 17 Nachtcafés der Berliner Kältehilfe in den vergangenen
 18 Jahren stetig gestiegen (seit 2009 um 43,7%). Die
 19 Kältehilfe war bei ihrer Gründung 1989 als Notbehelf
 20 gedacht, hat sich seitdem aber de facto zu einem Teil
 21 der Regelversorgung entwickelt. Diese niedrighel-
 22 ligen Einrichtungen, die jährlich vom 01. November
 23 bis zum 31. März geöffnet sind, stellen für die meisten
 24 Menschen das letzte und oftmals einzige Auffangnetz
 25 dar.

26
 27 Allerdings sind nur in den wenigsten Einrichtungen
 28 Sozialarbeiter beschäftigt; ein Beratungsangebot oder
 29 sozialarbeiterische Betreuung kann deshalb kaum ge-
 30 währleistet werden. Wo diese doch angeboten wird, er-
 31 fährt sie jedes Jahr durch das Ende der Kältehilfe am 31.
 32 März einen abrupten Abbruch. Somit besteht kaum ei-
 33 ne Möglichkeit obdachlose Menschen dauerhaft „von
 34 der Straße“ zu holen. Durch die Einrichtung von Über-
 35 gangsprojekten soll die Betreuung obdachloser Men-
 36 schen über die Zeit der Kältehilfe hinaus sichergestellt
 37 werden.

38
 39 In den entsprechenden Übergangprojekten kann nach
 40 dem Modell der Einzelfallhilfe gezielt auf die Proble-
 41 me und Bedürfnisse der Menschen eingegangen wer-
 42 den, die durch die sozialen Sicherungssysteme bisher
 43 nicht aufgefangen wurden. Ziel ist die Vermittlung
 44 und Wiedereingliederung dieser Menschen von „der
 45 Straße“ in die etablierten Sozialsysteme oder ASOG-
 46 Einrichtungen. Kleinere Pilotprojekte geben Anlass zu
 47 positiven Prognosen. Mittelfristig besteht durch diese
 48 Maßnahme die Chance die Gesamtzahl dauerhaft ob-
 49 dachloser Menschen in Berlin zu reduzieren und lang-
 50 fristig auch die stetig steigenden Aufwendungen für die
 51 Kältehilfe zu begrenzen.

52

1 **Antrag 240/I/2015**

2 **Jusos Landesvorstand**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **„Berlin-Ticket S“ endlich an ALG II-Regelsatz anpassen**

6 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des
7 Abgeordnetenhauses und Senats auf, sich dafür einzu-
8 setzen, dass der Preis des „Berlin-Ticket S“ so zeitnah
9 wie möglich an den im ALG II-Regelsatz vorgesehenen
10 Anteil für Mobilität angeglichen wird. Dieser beläuft
11 sich seit der letzten Anhebung des Regelsatzes auf 25,14
12 Euro. Teurer darf das „Sozialticket“ in Berlin künftig
13 nicht sein, solange der Regelsatz unverändert bleibt.

14

15 **Begründung**

16 Wir halten die Umsetzung dieser Forderung für eine
17 Frage von Gerechtigkeit und Konsistenz. Gerecht, weil
18 ein staatliches Angebot wie das Sozialticket nicht teurer
19 sein sollte als das, was der Staat den Empfänger*innen
20 von Transferleistungen zum Erwerb dieser Leistung zur
21 Verfügung stellt. Konsistent, weil die SPD sowohl im
22 Bund den aktuell gültigen ALG II-Regelsatz, als auch in
23 Berlin die Einführung des Berlin-Ticket S per Beschluss
24 mitgetragen hat. Beides in Einklang zu bringen sollte
25 eine Selbstverständlichkeit sein.

26 Zudem ist dieser Antrag eine logische Ergänzung zum
27 Antrag „Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren“.
28 Denn wer die Empfänger*innen von Transferleistungen
29 vor Kriminalisierung schützen möchte muss ihnen zu-
30 nächst eine faire Chance bieten, die Nutzung des ÖPNV
31 aus den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln be-
32 streiten zu können.

33

Überweisung an Senat + Überweisung an AH-Fraktion
(K)

Umwelt / Energie

1 **Antrag 221/I/2015**

2 **KDV Pankow**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Die SPD achtet auf Mitmenschen und Umwelt – auch**
 6 **bei ihren Give-Aways!**

7 Die SPD und ihre Gliederungen kaufen nur noch Give-
 8 Aways, die

- 9 • fair gehandelt sind,
- 10 • keine unnötige Einzelverpackungen aus Plastik ha-
- 11 • ben,
- 12 • nicht aus Plastik sind, wenn es Alternativen gibt.

13

14

15 **Begründung**

16 Die Partei und ihre Gliederungen kaufen für den
 17 Wahlkampf, aber auch für Aktionen während der Le-
 18 gislaturperioden große Mengen an Rosen, Schokolade,
 19 Kugelschreibern und anderen kleinen Geschenken
 20 ein. Kugelschreiber und andere kamen oftmals in
 21 völlig überflüssigen Einzelverpackungen aus Plastik.
 22 Schokolade ist in der Regel nicht aus dem fairen Handel,
 23 damit unter sklavenartigen Bedingungen hergestellt.
 24 Als Partei der Solidarität dürfen wir mit unseren Ak-
 25 tionen nicht die Verschmutzung der Umwelt oder
 26 die Ausbeutung von Menschen in anderen Ländern
 27 unterstützen.

28

29 Ein Vorbild ist da heute schon die S&D-Fraktion, deren
 30 verteilte Kugelschreiber biologisch abbaubar und deren
 31 Baumwolltaschen aus fair gehandelter Baumwolle be-
 32 stehen.

33 Mit den großen Mengen, die die SPD regelmäßig ein-
 34 kauft, können Angebotsstrukturen verändert werden:
 35 Für Anbieter_innen lohnt es sich diese Produkte auch in
 36 Fairtrade-Qualität, aus umweltverträglicheren Materi-
 37 al oder ohne Einzelverpackungen anzubieten. Die SPD
 38 sollte damit auch ein Zeichen setzen, dem andere Par-
 39 teien, Organisationen und einzelne Verbraucher_innen
 40 folgen, damit Fairtrade und Umweltverträglichkeit die
 41 Regel und nicht mehr die Ausnahme ist. Wir begrüßen
 42 es ausdrücklich, dass die Berliner SPD in den vergange-
 43 nen Jahren bei ihrer Rosenverteilung bereits auf fair ge-
 44 handelte Rosen zurückgegriffen hat. Diese positiven As-
 45 pekte gilt es auszubauen. Da auf eine Initiative Pankows
 46 hin der Boykott nicht fair gehandelter Schokolade schon
 47 2012 von der SPD Berlin beschlossen wurde, ist eine Aus-
 48 weitung dieser Beschlusslage auf weitere Bereiche nur
 49 konsequent.

Annahme in der Fassung der AK (K)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD achtet auf Mitmenschen und Umwelt – auch
bei ihren Give-Aways!

Der SPD-Landesverband bemüht sich, die Quote der
 Give-Aways in den nächsten Jahren sukzessive zu erhö-
 hen, die

- fair gehandelt sind,
- keine unnötige Einzelverpackungen aus Plastik ha-
- ben,
- nicht aus Plastik sind, wenn es Alternativen gibt.

1 **Antrag 222/I/2015**
 2 **Jusos LDK**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 5
 6 **Die SPD achtet auf Mitmenschen und Umwelt – auch**
 7 **bei ihren Give-Aways!**
 8 Die SPD und ihre Gliederungen kaufen nur noch Give-
 9 Aways, die
 10 • fair gehandelt sind,
 11 • keine unnötige Einzelverpackungen aus Plastik ha-
 12 ben,
 13 • nicht aus Plastik sind, wenn es Alternativen gibt.
 14
 15
 16
 17 **Begründung**
 18 Die Partei und ihre Gliederungen kaufen für den
 19 Wahlkampf, aber auch für Aktionen während der Le-
 20 gislaturperioden große Mengen an Rosen, Schokolade,
 21 Kugelschreibern und anderen kleinen Geschenken ein.
 22 Kugelschreiber und andere kamen oftmals in völlig
 23 überflüssigen Einzelverpackungen aus Plastik. Rosen
 24 und Schokolade sind in der Regel nicht aus dem fairen
 25 Handel, damit unter sklavenartigen Bedingungen
 26 hergestellt. Als Partei der Solidarität dürfen wir mit
 27 unseren Aktionen nicht die Verschmutzung der Um-
 28 welt oder die Ausbeutung von Menschen in anderen
 29 Ländern unterstützen.
 30
 31 Ein Vorbild ist da heute schon die S&D-Fraktion, deren
 32 verteilte Kugelschreiber biologisch abbaubar und deren
 33 Baumwolltaschen aus fair gehandelter Baumwolle be-
 34 stehen.
 35
 36 Mit den großen Mengen, die die SPD regelmäßig ein-
 37 kauft, können Angebotsstrukturen verändert werden:
 38 Für Anbieter*innen lohnt es sich diese Produkte auch in
 39 Fairtrade-Qualität, aus umweltverträglicheren Materi-
 40 al oder ohne Einzelverpackungen anzubieten. Die SPD
 41 sollte damit auch ein Zeichen setzen, dem andere Par-
 42 teien, Organisationen und einzelne Verbraucher*innen
 43 folgen, damit Fairtrade und Umweltverträglichkeit die
 44 Regel und nicht mehr die Ausnahme ist.

Erledigt bei Annahme Antrag 221/I/2015 (K)

45 **Antrag 223/I/2015**
 46 **Jusos Landesvorstand**
 47 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 48 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 49
 50 **Jagd auf Hauskatzen und -hunde verbieten**
 51 Im Bundesjagdgesetz soll ein allgemeines Verbot der
 52 Jagd auf Hauskatzen und -hunde verankert werden.
 53 Dies kann durch eine Ergänzung um einen Satz 19 in §
 54 19 "Sachliche Verbote" II und eine entsprechende Än-

Annahme (K)

1 derung des § 23 geschehen. Dabei soll eine angemessene
 2 Übergangszeit von wenigen Jahren eingeräumt werden.
 3

4

5 **Impfpflicht bei Hauskatzen und -hunden einführen**

6 Es soll in einer Zusammenarbeit der Deutschen Veterinärmedizinischen Gesellschaft eine Liste der wichtigsten
 7 Impfungen erstellt werden, deren Verabreichung im
 8 geeigneten Alter gesetzlich vorgeschrieben werden soll.
 9

10

11

12 **Begründung**

13 Nach den derzeitigen Bestimmungen können auch
 14 Haustiere bei der Jagd erschossen werden, wenn
 15 landesrechtliche Bestimmungen erfüllt sind – z.B.
 16 ist in Berlin ein Abschuss erlaubt, wenn sich eine
 17 Katze 300 Meter von der Grundstücksgrenze entfernt
 18 befindet. Offiziell werden diese Tötungen als Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt begründet und
 19 der Deutsche Jagdverband versichert, dass Abschüsse
 20 nur unternommen würden, wenn Katzen eine ernste
 21 Gefahr darstellten. Aber schon die Anzahl von grob
 22 geschätzten 350.000 erschossenen Katzen pro Jahr
 23 lassen diese Aussage wenig glaubwürdig erscheinen.[1]
 24 Hinzu kommt, dass die Beweislast für unrechtmäßige
 25 Abschüsse bei den Tierbesitzer*innen und nicht bei den
 26 Jäger*innen liegt – damit sind die Aussichten auf eine
 27 erfolgreiche Klage von vornherein sehr gering.
 28

29

30 Das Recht des Haustierabschlusses entspricht nicht
 31 mehr dem heutigen Tierbild: Eine ständige Ausweitung
 32 von Schutzgesetzen, die heftigen Reaktionen nach Presseberichten über Misshandlungen und eine ständige
 33 Zunahme vegetarischer sowie veganer Esskultur lassen vermuten, dass die Existenz von Tieren heute mehr
 34 mit einem Recht auf Lebensqualität und weniger mit
 35 nur dekorativen oder wirtschaftlichen Zwecken verbunden wird. Seit 2013 wurden einige Landesjagdgesetze
 36 überarbeitet und darin die Möglichkeit zum Haustierabschuss beschränkt. Nordrhein-Westfalen strebt ein
 37 komplettes Verbot an. Diese positive Entwicklung muss
 38 aber stärker vorangetrieben und von ihrer Stagnation befreit werden.
 39
 40
 41
 42
 43
 44

45 **Antrag 238/I/2015**
 46 **FA X – Natur, Energie, Umweltschutz**
 47 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 48 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 49

50 **Emissionsminderung Braunkohle**

51 Die SPD-Mitglieder im Berliner Abgeordnetenhaus, im
 52 Berliner Senat, im Bundestag und in der Bundesregierung werden aufgefordert, die Bemühungen des SPD-geführten
 53 Bundesumweltministeriums (BMUB) und
 54 des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) zu unterstützen, mit geeigneten Maßnahmen die geplanten
 55
 56

Annahme (K)

1 deutschen Klimaziele insbesondere eine Verringerung
 2 der CO₂ –um 40% bis 2020 im Vergleich zu 1990 zu er-
 3 reichen.
 4 Dabei soll auch die Energieerzeugung aus fossilen
 5 Brennstoffen ihren Beitrag zu der Erreichung des
 6 Klimaziels leisten. Der von BMUB und BMWi geplante
 7 Einstieg in eine Verringerung der Emissionen aus alten
 8 Braun- und Steinkohlekraftwerken, die besonders
 9 ineffizient und klimabelastend sind, wird ausdrücklich
 10 befürwortet. Gleichzeitig muss der ohnehin erforder-
 11 liche Strukturwandel in den besonders betroffenen
 12 Braunkohleregionen entsprechend begleitet und un-
 13 terstützt werden.

14
 15 **Begründung**

16 Die SPD-CDU geführte deutsche Bundesregierung hat
 17 schon in der Legislaturperiode 2005-2009 auf die An-
 18 forderungen des Klimawandels reagiert und ehrgeizige
 19 Klimaziele für 2020 beschlossen (20 % Energieeffizienz,
 20 20% Erneuerbare Energie, -40% CO₂-Emissionen), die in
 21 der EU und weltweit Maßstab für nationale Klimaziele
 22 sind. Das Ziel, die deutschen CO₂ – Emissionen gegen-
 23 über 1990 um mindestens 40 % zu senken, wird bei
 24 der Fortschreibung der aktuellen Entwicklung bis 2020
 25 trotz massivem Ausbau erneuerbaren Energien und
 26 überdurchschnittlicher Emissionsminderungen durch
 27 energetische Gebäudesanierungen nicht erreicht.

28 Im Verkehrssektor und bei der Energieerzeugung haben
 29 sich die CO₂ – Emissionen in den letzten 20 Jahren kaum
 30 verändert. In den letzten Jahren hat der Anteil der Koh-
 31 leverstromung an der deutschen Energieerzeugung so-
 32 gar weiter zugenommen. Vor allem längst abgeschrie-
 33 bene mehr 20 Jahre z.T. bis über 40 Jahre alte Braun-
 34 und Steinkohlekraftwerke mit besonders hohen Klima-
 35 belastungen werden aus wirtschaftlichen Gründen wei-
 36 ter am Netz gehalten. Sie verdrängen dort aus Kosten-
 37 gründen (merit order) moderne, klimafreundliche und
 38 flexible Gaskraftwerke die wg. mangelnder Wirtschaft-
 39 lichkeit stillgelegt werden (z.B. E.O.N.-Gaskraftwerk Ir-
 40 sching 2).

41 Von den insgesamt 349 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr
 42 (2014), die bei der Kohleverstromung in Deutschland
 43 entstehen, sollen nach Konzept von BMU/BMWi durch
 44 eine Teilschließung alter Kohlekraftwerke bis 2020 22
 45 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr – also rund 7% eingespart
 46 werden. Ob dieser Beitrag zu Erreichung der Klimaziele
 47 2020 ausreichen wird, ist unter Experten noch umstrit-
 48 ten.

49 Da in den nächsten Jahren weltweit deutlich höhere
 50 Anforderungen an den Klimaschutz zu erwarten sind,
 51 ist das auch ein Signal für den Einstieg in einen Struk-
 52 turwandel in den betroffenen deutschen Braunkoh-
 53 leregionen, der natürlich politisch begleitet und un-
 54 terstützt werden muss.

1 **Antrag 239/I/2015**

2 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Pfandringe an öffentlichen Müllbehältern**

6 Die zuständigen Stellen des Senats werden beauftragt,
7 gemeinsam mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) und
8 ggf. anderen geeigneten Partnern zügig ein Pilotprojekt
9 zu starten, um die Anbringung von Pfandringe an öf-
10 fentlichen Müllbehältern zu etablieren. Der Pfandring
11 ist ein Zusatz für öffentliche Mülleimer zum Abstellen
12 von Pfandflaschen. Die ersten Pfandringe sollen an
13 Müllbehältern angebracht werden, die sich in Kiezen
14 befinden, die besonders stark in den Abendstunden
15 besucht werden, wie bspw. rund ums RAW-Gelände,
16 entlang der Skaltizer- und der Oranienstraße.

17

18 **Begründung**

19 Zahlreiche deutsche Städte wie Bamberg, Köln, Karls-
20 ruhe, Bielefeld, Magdeburg, Pfaffenhofen, Bochum,
21 Sindelfingen, Braunschweig, Günzburg, Stuttgart,
22 Bad Säckingen und München sind bisher mit gutem
23 Beispiel vorangegangen. Es ist vollkommen unver-
24 ständlich, weshalb eine Touristen- und Partymetropole
25 wie Berlin hier nicht auch dabei ist, in einer Stadt in der
26 das ‚Wegebier‘ gepflegt wird.

27

28 An jeder Ecke der Stadt gibt es pfandpflichtige Flaschen
29 und Dosen zu kaufen, allerdings gibt es weitaus we-
30 niger Annahmestellen, die zur Rücknahme verpflichtet
31 sind und da das Pfand vergleichsweise niedrig ist, ist die
32 Hemmschwelle es einfach wegzuworfen ähnlich gering.
33 Gelangt das Glas in den Restmüll wird es verbrannt und
34 der Rohstoff, der praktisch unendlich wieder aufberei-
35 tet werden kann, geht verloren.

36

37 Zudem sollen Pfandringe nicht nur den Pfandsammlern
38 das unhygienische Suchen im Müll ersparen (Essenres-
39 te, Hundekot etc.), das immer ein hohes Verletzungs-
40 risiko durch Scherben, Spritzen, scharfkantigen Abfall
41 birgt, sondern auch Glasbruch vermeiden helfen. Denn
42 es hat sich zwar inzwischen das Verhalten entwickelt,
43 Pfandflaschen neben Mülleimern abzustellen, häufig
44 fallen diese aber um und gehen zu Bruch. Die Scher-
45 ben bergen auf dem Bürgersteig eine Gefahrenquelle
46 und sorgen für erhöhten Reinigungsaufwand und Kos-
47 ten. Pfandringe sollen alldem entgegenwirken.

Überweisung an FA IX – Gesundheit, Soziales und
Verbraucherschutz (K)

Wahlen

- 1 **Antrag 151/II/2014**
- 2 **KDV Mitte**
- 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- 4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Änderung des Bundeswahlgesetzes – Wahl der Kandidatin/des Kandidaten für den Bundestagswahlkreis durch Mitgliederentscheid ermöglichen**

7
8
9 Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im
10 Deutschen Bundestag werden aufgefordert, eine Ge-
11 setzesvorlage in den Deutschen Bundestag einzubrin-
12 gen und mit ihrer Stimme zu unterstützen, die zum
13 Inhalt hat, das Bundeswahlgesetz – dort insbesonde-
14 re §§ 21,27 BWahlG – dahingehend zu ändern, dass
15 die Wahl der Kandidatin/des Kandidaten für den Bun-
16 destagswahlkreis nicht nur durch eine Mitglieder(voll-
17)versammlung oder durch eine Delegiertenversamm-
18 lung erfolgen darf, sondern auch durch einen Mitglie-
19 derentscheid.

20

21

22 **Begründung**

23 Nach der derzeit geltenden Rechtslage können Wahl-
24 kreisbewerber nur durch eine Mitgliedervollversamm-
25 lung oder durch eine Delegiertenversammlung gewählt
26 werden.

27 Für die Aufstellung der Landesliste gilt dies entspre-
28 chend. Hierdurch werden die Möglichkeiten der Partei-
29 en zur Bestimmung ihrer Kandidatinnen und Kandida-
30 ten für den Deutschen Bundestag jedoch unnötig be-
31 schränkt. Ziel des Antrages ist es, die Möglichkeiten
32 zur Bestimmung der Kandidatinnen und Kandidaten
33 für den Deutschen Bundestag durch die Parteien da-
34 hingehend zu erweitern, dass derartige Wahlen auch
35 im Wege eines Mitgliederentscheides erfolgen können.
36 Anders als bei der Mitgliedervollversammlung müssen
37 bei einem Mitgliederentscheid nicht die „wahlwilligen“
38 Mitglieder einer Partei auf einer Versammlung zugegen
39 sein, sondern können ihre Wahlentscheidung an einem
40 bestimmten Wahltag oder in einem bestimmten Wahl-
41 zeitraum durch Stimmabgabe in einer Wahlurne tref-
42 fen. Dass Mitgliederentscheide sinnvolle Instrumenta-
43 rien zur Beteiligung der Mitglieder einer Partei sind, hat
44 nicht nur der Mitgliederentscheid betreffend die Ab-
45 stimmung über den Koalitionsvertrag durch die SPD be-
46 wiesen.

47

48 Auch das Statut der SPD sieht, allerdings beschränkt
49 durch die derzeitige Rechtslage, Verfahren vor, die ei-
50 ne Beteiligung bei der Bestimmung von Kandidatin-
51 nen und Kandidaten durch die Mitgliedschaft im We-
52 ge von Mitgliederbefragungen zulassen. Das Problem
53 liegt jedoch derzeit darin, dass die Entscheidungen in
54 solchen Mitgliederbefragungen im Zusammenhang mit
55 der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für

Ablehnung (Kein Konsens)

1 den Deutschen Bundestag danach durch eine entspre-
 2 chende Delegiertenversammlung nachvollzogen wer-
 3 den müssen. Dass dies zu erheblichen Problemen füh-
 4 ren kann, haben jüngere Erfahrungen auch in Berlin ge-
 5 zeigt. Insoweit stellt die begehrte Änderung des Wahl-
 6 rechts eine sinnvolle und zeitgemäße Erweiterung im
 7 Sinne der Partizipation von Parteimitgliedern dar.

8 **Antrag 152/II/2014**

9 **KDV Mitte**

10 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

11

12 **Änderung des Landeswahlgesetzes – Wahl der Kandi-**
 13 **datin/des Kandidaten für den Abgeordnetenhauswahl-**
 14 **kreis durch Mitgliederentscheid ermöglichen**

15 Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im
 16 Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, eine
 17 Gesetzesvorlage einzubringen und mit ihrer Stimme zu
 18 unterstützen, die zum Inhalt hat, das Landeswahlgesetz
 19 – dort insbesondere § § 12, 23 LWahlG Bln– dahinge-
 20 hend zu ändern, dass die Wahl der Kandidatin/des
 21 Kandidaten für den Abgeordnetenhauswahlkreis nicht
 22 nur durch eine Mitglieder(voll-)versammlung oder
 23 durch eine Delegiertenversammlung erfolgen darf,
 24 sondern auch durch einen Mitgliederentscheid.

25

26 **Begründung**

27 Nach der derzeit geltenden Rechtslage können Wahl-
 28 kreisbewerber nur durch eine Mitgliedervollver-
 29 sammlung oder durch eine Delegiertenversammlung
 30 gewählt werden. Hierdurch werden die Möglichkeiten
 31 der Parteien zur Bestimmung ihrer Kandidatinnen
 32 und Kandidaten jedoch unnötig beschränkt. Ziel des
 33 Antrages ist es, die Möglichkeiten zur Bestimmung
 34 der Kandidatinnen und Kandidaten durch die Parteien
 35 dahingehend zu erweitern, dass derartige Wahlen auch
 36 im Wege eines Mitgliederentscheides erfolgen können.
 37 Anders als bei der Mitgliedervollversammlung müssen
 38 bei einem Mitgliederentscheid nicht die „wahlwilligen“
 39 Mitglieder einer Partei auf einer Versammlung zuge-
 40 gen sein, sondern können ihre Wahlentscheidung an
 41 einem bestimmten Wahltag oder in einem bestimmten
 42 Wahlzeitraum durch Stimmabgabe in einer Wahlurne
 43 treffen.

44

45 Dass Mitgliederentscheide sinnvolle Instrumentarien
 46 zur Beteiligung der Mitglieder einer Partei sind, hat
 47 nicht nur der Mitgliederentscheid betreffend die Ab-
 48 stimmung über den Koalitionsvertrag durch die SPD be-
 49 wiesen. Auch das Statut der SPD sieht, allerdings be-
 50 schränkt durch die derzeitige Rechtslage, Verfahren vor,
 51 die eine Beteiligung bei der Bestimmung von Kandi-
 52 datinnen und Kandidaten durch die Mitgliedschaft im We-
 53 ge von Mitgliederbefragungen zulassen. Das Problem
 54 liegt jedoch derzeit darin, dass die Entscheidungen in
 55 solchen Mitgliederbefragungen im Zusammenhang mit
 56 der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für

Ablehnung (Kein Konsens)

1 den Deutschen Bundestag danach durch eine entspre-
 2 chende Delegiertenversammlung nachvollzogen wer-
 3 den müssen. Dass dies zu erheblichen Problemen füh-
 4 ren kann, haben jüngere Erfahrungen auch in Berlin ge-
 5 zeigt. Insoweit stellt die begehrte Änderung des Wahl-
 6 rechts eine sinnvolle und zeitgemäße Erweiterung im
 7 Sinne der Partizipation von Parteimitgliedern dar.
 8

9 **Antrag 224/I/2015**

10 **ASF LFK**

11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

12

13 **Veröffentlichung von Adressen im Amtsblatt von Berlin**

14 Wir fordern den Senat von Berlin und das Abgeordne-
 15 tenhaus von Berlin auf, den § 40 der Wahlordnung für
 16 die Wahlen zum Abgeordnetenhaus zu ändern. Dieser
 17 sieht derzeit die Veröffentlichung von Doktorgrad, Fa-
 18 miliennamen, Vornamen, Geburtsjahr, Geburtsort, er-
 19 lerntem und ausgeübten Beruf sowie der Anschrift im
 20 Berliner Amtsblatt vor. Da dieses im Internet für drei
 21 Monate kostenlos veröffentlicht wird, werden alle pri-
 22 vaten Wohnanschriften von allen Kandidat_innen im
 23 Internet offen gelegt.

24

25 Um die persönliche Sicherheit der Kandidat_innen zu
 26 stärken, fordern wir den Senat und das Abgeordneten-
 27 haus von Berlin auf, hier eine Änderung dahingehend
 28 anzustreben, dass die Wohnanschrift generell nicht
 29 mehr im Amtsblatt und damit nicht mehr im Internet
 30 veröffentlicht wird.

31

32

33 **Begründung**

34 Vermehrt kommt es zu Anschlägen gegen Poli-
 35 tiker_innen. Ob das Farbbeutelattacken oder die
 36 Zerstörung des Wohnumfelds ist. Jede/r soll selbst
 37 entscheiden können, ob er/sie die private Wohnan-
 38 schrift veröffentlichen möchte. Hier überwiegt das
 39 Sicherheitsinteresse der einzelnen Politiker_innen
 40 gegenüber dem Bedürfnis der Informationsfreiheit.

erledigt (K)

41 **Antrag 225/I/2015**

42 **ASF LFK**

43 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

44

45 **Parität im Berliner Wahlgesetz**

46 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die
 47 SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefor-
 48 dert, die Berliner Wahlgesetzgebung so zu gestalten,
 49 dass es zu einer geschlechterparitätischen Verteilung
 50 aller Mandate im Berliner Abgeordnetenhaus und den
 51 Bezirksverordnetenversammlungen kommt. Hierzu ist
 52 insbesondere eine Regelung für die geschlechterparitä-

Ablehnung (Kein Konsens)

1 tische Verteilung der Kandidaturen in den Abgeordne-
2 tenwahlkreisen festzulegen.

3
4 Dazu ist zu prüfen, in wie weit das französische Pari-
5 tätsgesetz und Vorgaben in anderen Bundesländern im
6 Land Berlin umgesetzt werden können und ob die Ber-
7 liner Verfassung geändert werden muss, um dies zu er-
8 möglichen. Die Gesetzesänderung soll zur Berlin-Wahl
9 greifen, die nach der Berlin-Wahl 2016 stattfindet.

10
11

12 **Begründung**

13 Das Berliner Wahlsystem ist eine personalisierte Ver-
14 hältniswahl mit geschlossenen Listen. Bei der Wahl
15 zum Abgeordnetenhaus werden 78 der mindestens
16 130 Sitze in Einerwahlkreisen nach relativer Mehr-
17 heitswahl vergeben, und die restlichen Mandate über
18 geschlossene Listen. Für die Wahl zu den 12 Bezirksver-
19 ordnetenversammlungen werden jeweils 55 Mandate
20 über geschlossene Listen vergeben.

21

22 Die SPD hat in ihrer Wahlordnung festgelegt, dass die
23 Kandidatinnen und Kandidaten auf Wahllisten abwech-
24 selnd nach Frauen und Männern zu reihen sind. Da-
25 durch erzielt sie bei reinen Listenwahlen eine parität-
26 ische Vergabe der Mandate, wofür die SPD-Fraktionen in
27 den Bezirksverordnetenversammlungen ein gutes Bei-
28 spiel sind. Die Aufstellung der Einzelkandidaturen für
29 die Wahlkreise ist dagegen frei von der Geschlechter-
30 quote, so dass das Ziel einer paritätischen Verteilung al-
31 ler Funktionen und Mandate der Berliner SPD bei der
32 Wahl zum Abgeordnetenhaus regelmäßig nicht erreicht
33 wird.

34

35 Andere Parteien haben ähnliche, mal mehr, mal weni-
36 ger strenge Regelungen, die bei der Aufstellung der Kan-
37 didatinnen und Kandidaten für Wahllisten greifen und
38 in Kombination mit den Einzelkandidaturen für Wahl-
39 kreise zu ähnlichen Effekten führen, so dass regelmäßig
40 teils deutlich mehr Männer als Frauen dem Landespar-
41 lament angehören.

42

43 Bezüglich der Wahllisten ist relativ einfach eine Reihung
44 nach dem Reißverschlussprinzip im Wahlgesetz zu ver-
45 ankern. Bezüglich der Abgeordnetenwahlkreise ist dies
46 schwieriger, da dadurch u.U. die freie Wahl, sich un-
47 ter mehreren Bewerbungen für eine Kandidatur zu ent-
48 scheiden, eingeschränkt sein könnte und möglicherwei-
49 se verfassungsrechtliche Bedenken bestehen könnten.

50

51 Das französische „Paritätsgesetz“ legt fest, dass bei al-
52 len Listenwahlen 50 Prozent Frauen aufzustellen sind
53 und die Kandidatinnen und Kandidaten auf allen Wahl-
54 listen strikt abwechselnd gereiht sein müssen. Wahl-
55 listen ohne Parität sind ungültig. Zusätzlich müssen in
56 Wahlkreisen ebenfalls 50 Prozent Frauen als Direktkan-
57 didatin aufgestellt werden. Parteien, die nicht jeweils
58 zur Hälfte weibliche und männliche Wahlkreiskandida-
59 ten haben, müssen ein Bußgeld zahlen.

1
 2 In Deutschland gibt es erste Versuche, den Frauenan-
 3 teil bei Mandaten und Wahlämtern per Gesetz zu erhö-
 4 hen. In Baden-Württemberg gilt seit 2013: „Männer und
 5 Frauen sollen gleichermaßen bei der Aufstellung eines
 6 Wahlvorschlages berücksichtigt werden. Dies kann ins-
 7 besondere in der Weise erfolgen, dass bei der Reihen-
 8 folge der Bewerberinnen und Bewerber in den Wahl-
 9 vorschlägen Männer und Frauen abwechselnd berück-
 10 sichtigt werden.“ Parteien in Rheinland-Pfalz müssen
 11 im Protokoll über die Aufstellung ihrer Kandidatinnen
 12 und Kandidaten neben der Anzahl der wahlberechtig-
 13 ten Versammlungsteilnehmenden auch die der ange-
 14 tretenen und gewählten Bewerbungen jeweils getrennt
 15 nach Geschlechtern ausweisen. Die Wahlleitung muss
 16 bei der öffentlichen Bekanntmachung auf Art. 3 Abs.
 17 2 „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ hinwei-
 18 sen, den Geschlechteranteil in der Vertretungskörper-
 19 schaft zwei Monate vor der Wahl bekannt geben so-
 20 wie bei jedem Wahlvorschlag Angaben zur Parität ma-
 21 chen. Die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen
 22 hat in ihrem Koalitionsvertrag zugesagt, zu prüfen, ob
 23 das französische Gesetz auf Landes- und kommunaler
 24 Ebene umgesetzt werden kann.

25 **Antrag 226/I/2015**
 26 **KDV Marzahn-Hellersdorf**
 27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 28 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

29
 30 **Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger bei BVV-Wahlen**
 31 Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Abge-
 32 ordnetenhaus von Berlin werden aufgefordert einen
 33 Gesetzesvorschlag einzubringen, wonach alle Nicht-
 34 EU-Bürger mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus und
 35 Hauptwohnsitz in Berlin an den Wahlen zu den Bezirks-
 36 verordnetenversammlungen teilnehmen dürfen.
 37

Erledigt bei Annahme Antrag 228/I/2015 (K)

38 **Antrag 227/I/2015**
 39 **KDV Treptow-Köpenick, FA II – EU-Angelegenheiten**
 40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

41
 42 **Wahlrecht für EU-Bürger*innen öffnen**
 43 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder im Ab-
 44 geordnetenhaus auf, sich dafür einzusetzen, die Verfas-
 45 sung des Landes Berlin dahingehend zu ändern, dass
 46 das aktive und passive Wahlrecht bei Abgeordneten-
 47 hauswahlen, Volksbegehren und Volksabstimmungen
 48 auch für alle Bürger*innen der Europäischen Union, die
 49 einen dauerhaften Wohnsitz in Berlin haben, geöffnet
 50 wird. Dazu soll ein Gesetzesentwurf eingebracht wer-
 51 den, der auf seine verfassungsrechtliche Zulässigkeit
 52 hin geprüft werden soll.

Votum folgt auf der Sitzung der AK am 13.06.2015

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus auf, sich dafür einzusetzen, die Verfassung des Landes Berlin dahingehend zu ändern, dass
 2 das aktive und passive Wahlrecht bei Abgeordnetenhauswahlen, Volksbegehren und Volksabstimmungen
 3 auch für alle Bürger*innen der Europäischen Union, die einen dauerhaften Wohnsitz in Berlin haben, geöffnet
 4 wird. Dazu soll ein Gesetzesentwurf eingebracht werden, der auf seine verfassungsrechtliche Zulässigkeit
 5 hin geprüft werden soll.

11
 12 Ergibt die Prüfung, dass aufgrund Artikel 28 GG eine Gesetzesänderung auf Landesebene nicht möglich ist, fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat
 13 und auf Bundesebene auf, sich dafür einzusetzen, dass das Grundgesetz an dieser Stelle geändert wird.

17 Ergibt die Prüfung, dass aufgrund Artikel 28 GG eine Gesetzesänderung auf Landesebene nicht möglich ist, fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat
 18 und auf Bundesebene auf, sich dafür einzusetzen, dass das Grundgesetz an dieser Stelle geändert wird.

22
 23 **Begründung**

24 Das Wahlrecht ist bereits jetzt nicht mehr strikt an die jeweilige Staatsbürgerschaft gekoppelt. Schon heute
 25 genießen EU-Bürger*innen das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene. In Berlin wird dies
 26 durch die Wahl der Bezirksverordnetenversammlungen ermöglicht, die EU-Bürger*innen offen steht (wobei die
 27 Berliner Bezirke keine Kommunen sind und damit die BVV streng genommen auch keine Kommunalvertretung).
 28 Angesichts der Tatsache, dass der Gesetzgeber offensichtlich EU-Bürger*innen, die in anderen Mitgliedsstaaten
 29 dauerhaft leben, die Möglichkeit geben wollte, sich aktiv am Gemeinleben zu beteiligen, wäre es folgerichtig,
 30 diese aktive Beteiligung auch für die Landesebene in Berlin zu ermöglichen, da gerade in einem Stadtstaat
 31 (und Kommune) wie Berlin, das Abgeordnetenhaus und der Senat viele kommunale Aufgaben übernehmen.

41
 42 Als eine progressive und internationalistische Partei sollte die SPD Berlin langfristig darauf hinarbeiten, das
 43 Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländer zu öffnen. Eine Öffnung zugunsten von
 44 EU-Bürger*innen ist ein Schritt dahin in die richtige Richtung.

- 1 **Antrag 228/I/2015**
 2 **AG Migration und Vielfalt**
 3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 5
 6 **Ausländerstimmrecht bei BVV-Wahlen**
 7
 8 1. Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Abge-
 9 ordnetenhaus von Berlin werden aufgefordert ei-
 10 nen Gesetzesvorschlag einzubringen, wonach alle
 11 Nicht-EU-Bürger mit dauerhaftem Aufenthaltssta-
 12 tus und Hauptwohnsitz in Berlin an den Wahlen
 13 zu den Bezirksverordnetenversammlungen teilneh-
 14 men dürfen.
 15 Dieser Gesetzesvorschlag soll auf seine verfas-
 16 sungsrechtliche Zulässigkeit durch den wissen-
 17 schaftlichen Dienst des Abgeordnetenhauses ge-
 18 prüft werden.
 19 2. Sollte die Prüfung negativ ausfallen und an der
 20 grundgesetzlichen Hürde des Artikel 28 GG schei-
 21 tern, werden die sozialdemokratischen Mitglieder
 22 auf Landes- und Bundesebene aufgefordert, ei-
 23 nen Gesetzesvorschlag einzubringen, wonach alle
 24 Nicht-EU-Bürger mit dauerhaftem Aufenthaltssta-
 25 tus und Wohnsitz in Deutschland an den kommen-
 26 den Wahlen teilnehmen dürfen. Das Grundgesetz
 27 ist entsprechend zu ändern.
 28
 29
 30 **Begründung**
 31
 32 1. Es entspricht unserem demokratischen Selbstver-
 33 ständnis, dass Menschen die hier leben, arbeiten
 34 und Steuern zahlen auch an der Entscheidungsfin-
 35 dung der Gesellschaft teilhaben müssen. Kommun-
 36 en und Bezirke (zum Beispiel in Berlin) – als Or-
 37 gane der Selbstverwaltung – befassen sich mit den
 38 unmittelbaren Problemen der Menschen vor Ort,
 39 daher sollen sie auch alle Menschen repräsentieren.
 40 2. Gegen ein Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen für
 41 Landesparlamente oder den Bundestag wird zuwei-
 42 len angeführt, dass es sich um oberste staatliche
 43 Organe handelt, die nur vom „deutschen Volk“ ge-
 44 wählt werden dürfen. Kommunen und Bezirke sind
 45 jedoch lediglich Teil der Verwaltung, so dass recht-
 46 lich einem Stimmrecht für Nicht-EU-BürgerInnen
 47 nichts entgegensteht.
 48 3. EU-BürgerInnen ohne die deutsche Staatsbürger-
 49 schaft haben in Deutschland bereits ein kommunales
 50 Wahlrecht. Es ist daher schwer zu erklären, war-
 51 um ein hier lebender Franzose wählen darf, ein Nor-
 52 weger jedoch nicht. Im Übrigen haben die meisten
 53 EU-Staaten auch Regelungen für ein kommunales
 54 Wahlrecht von Nicht-EU-Bürgern.
 55 4. Das Grundsatzprogramm der SPD fordert seit 1989
 56 und das Regierungsprogramm der SPD von 2009 –
 57 2013 bekräftigt den Entwurf eines Gesetzes zur Än-
 58 derung des Grundgesetzes Artikel 28, Abs. 1.

Annahme (K)

1

Außen- und Sicherheitspolitik

1 **Antrag 229/I/2015**

2 **KDV Steglitz-Zehlendorf**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Bewaffnete Drohnen ächten!**

7 Die SPD setzt sich für die völkerrechtliche Ächtung des
8 Einsatzes von bewaffneten Drohnen in allen internatio-
9 nalen Institutionen, sowie deren Kontrolle ein.

10 Die SPD fordert daher

- 11 • den Einsatz von bewaffneten Drohnen, inklusive
- 12 Fernsteuerung und direkter Logistik, in Deutsch-
- 13 land und von Deutschland aus auch für stationierte
- 14 Truppen anderer Staaten zu verbieten. Insbesonde-
- 15 re ist die Erteilung von Start- und Überflugrechten
- 16 für bewaffnete Drohnen zu verweigern,
- 17 • das Verbot der Weitergabe von Daten, die der (ge-
- 18 zielten) Tötung mittels Kampfdrohnen dienen,
- 19 • die öffentliche und private Forschung an bewaffne-
- 20 ten Drohnen zu verbieten,
- 21 • Die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür
- 22 einzusetzen, ab sofort keine Mittel für bewaffnete
- 23 Drohnen zu bewilligen.

24

25 Wir bekräftigen die Ablehnung von militärischer
26 Forschung in öffentlichen Einrichtungen und deren
27 Kontrollpflicht insbesondere auch bei Dual Use-
28 Technologien und fordern die Einrichtung entsprechen-
29 der Datenbanken.

30

31

32 **Begründung**

33 „Fliegende Maschinen, die zu Land, zu Wasser, in der
34 Luft autonom agieren und Entscheidungen treffen
35 können...“ An Sätzen wie diesem wird der Übergang
36 von einer zukunftsorientierten technologischen Idee
37 hin zu der realen (alltäglichen) Verwendungsmöglich-
38 keit deutlich. Lange Zeit in der öffentlichen Debatte
39 als visionär abgetan, werden bereits seit ca. 30 Jahren
40 Drohnen zu militärischen und zivilen Zwecken ein-
41 gesetzt. Gerade die zivilen Einsatzmöglichkeiten von
42 Drohnen sind doch gerade wegen ihrer Vielfältigkeit so
43 spannend. Durch günstigere und leichter steuerbare
44 Drohnen werden diese zunehmend durch Endverbrau-
45 cher*innen und andere Zivilist*innen genutzt. Warum
46 befinden wir uns also gerade jetzt in einer derart
47 kontroversen Diskussion über Zukunft von Drohnen?

48

49 **Bewaffnete Drohnen: eine neue Dimension der Außen-**
50 **und Sicherheitspolitik!**

51 Die Kontroversität liegt hier weniger an den Möglich-
52 keiten der Drohne als zivil nutzbare Technologie, denn
53 als staatliches Überwachungsinstrument und als Waf-
54 fentechnologie. Vermehrt finden Drohnen insbesonde-
55 re bei Polizeieinsätzen oder auch in der Grenzsicherung
56 ihre Verwendung. Die europäische Grenzschutzagen-
57 tur FRONTEX plant in großem Umfang den Einsatz von

Erledigt bei Annahme Antrag 246/I/2015 (K)

1 Drohnen zur Überwachung der EU-Außengrenzen.
 2 Drohnen wurden für den militärischen Einsatz in den
 3 vergangenen Jahren zunehmend bewaffnet. Heute ent-
 4 wickeln oder produzieren etwa 50 Staaten Drohnen,
 5 davon mehrere Staaten zielgerichtet bewaffnete Droh-
 6 nen. Auch die Bundesregierung hat sich im April die-
 7 ses Jahres gemeinsam mit Frankreich und Italien da-
 8 zu entschlossen, eine bewaffnete europäische Kampf-
 9 drohne entwickeln zu wollen. Während ihre Bedeutung
 10 also weltweit wächst, besteht das Kernproblem sowohl
 11 in der fehlenden Regulierung als auch vor allem in der
 12 fehlenden Diskussion darüber, ob die anfangs zitierten
 13 fliegenden Maschinen zu Land, zu Wasser, in der Luft
 14 nicht nur autonom agieren können sollen. Es geht um
 15 eins, es geht um die autonome Kriegführung. Der Ein-
 16 satz bewaffneter Drohnen stellt dabei einen weiteren
 17 Schritt weg von einer repressiven bzw. verteidigungs-
 18 orientierten hin zu einer präventiven bzw. interventio-
 19 nistischen Sicherheitspolitik dar.

20
 21 **Entgrenzung des Krieges und Eingriff in den zivilen**
 22 **Raum**

23 Die autonome Kriegführung unterliegt großen ethi-
 24 schen Problemen. Da Drohnen als besonders präzise
 25 gelten, auch wenn unabhängige Studien zum gegen-
 26 teiligen Ergebnis kommen, werden sie auch in zivilen
 27 Gebieten eingesetzt. Sie sollen dort Personen ausfindig
 28 machen und deren Tötung vorbereiten oder auch selbst
 29 durchführen. Dies führt zu einer weiteren Entgrenzung
 30 des Krieges und einer massiven Störung des zivilen Le-
 31 bens, da Menschenansammlungen und Öffentliche Ein-
 32 richtungen gemieden werden, da man entweder direkt
 33 durch Angriffe der Indirekt durch möglichen Kontakt
 34 mit Zielpersonen in Gefahr gerät. Die Praxis ist mittler-
 35 weile so weit, dass auch der Kontakt zu einer Zielperson
 36 ausreicht, um nicht mehr als ziviles Opfer zu gelten.

37
 38 **Verletzung staatlicher Souveränität und der Menschen-**
 39 **rechte**

40 Ein weiterer Aspekt dieser Entgrenzung des Krieges
 41 ist die Verletzung der Souveränität von Staaten durch
 42 Drohnenangriffe. Hierfür ist entscheidend, ob der Droh-
 43 neneinsatz in einem bewaffneten Konflikt erfolgt oder
 44 nicht. Für den bewaffneten Konflikt gelten die Vor-
 45 schriften des humanitären Völkerrechts. Das Völker-
 46 recht sieht bestimmte Regelungen zum Schutz der Zivil-
 47 bevölkerung vor und erlaubt ausdrücklich nur den An-
 48 griff militärischer Ziele.

49
 50 Außerhalb von bewaffneten Konflikten, wie er derzeit
 51 in beispielsweise in Pakistan oder Afghanistan prakti-
 52 ziert wird, ist der Angriff mit Drohnen rechtlich immer
 53 äußerst problematisch. Insbesondere werden durch die
 54 derzeitige zu beobachtende Praxis der zielgerichteten Tö-
 55 tung von Einzelpersonen durch den Einsatz von Kampf-
 56 drohnen die Artikel 2 und 51 sowie Kapitel VII der UN-
 57 Charta in Frage gestellt. Artikel 2 der UN-Charta enthält
 58 das sog. Gewaltverbot. Dies untersagt die Drohung mit
 59 sowie die Anwendung von Gewalt, die gegen die terri-

1 toriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängig-
 2 keit eines Staates gerichtet oder sonst mit den Zielen
 3 der Vereinten Nationen unvereinbar ist. Ein Einsatz, und
 4 somit auch das gezielte Töten von Menschen, innerhalb
 5 der Grenzen eines anderen Staates – ohne dessen expli-
 6 zite Zustimmung – verstößt somit grundsätzlich gegen
 7 das Völkerrecht. Die Anwendung von Gewalt in einem
 8 zwischenstaatlichen Konflikt ist nach Artikel 51 bzw. Ka-
 9 pitel VII lediglich in den Fällen von Selbstverteidigung
 10 oder im Rahmen einer durch ein UN-Mandat aufge-
 11 tragenen friedensserzwingenden Maßnahme gestattet.
 12 Liegt eine dieser Situationen nicht vor ist demzufolge
 13 auch der Einsatz einer Drohne völkerrechtswidrig.
 14 Außerdem gilt in den von der UN-Charta zugestande-
 15 nen Fällen von militärischer Gewaltanwendung für al-
 16 le Konfliktparteien das Humanitäre Völkerrecht. Ob dar-
 17 über hinaus im Rahmen von Einsätzen die Menschen-
 18 rechte gewahrt werden, ist auch bei Einhaltung der UN-
 19 Charta per se der Fall. Menschenrechte bestehen unab-
 20 hängig von den Hoheitsrechten eines Staates, in dem
 21 sich ein Mensch aufhält.

22
 23 **Weiterentwicklung autonomer Waffensysteme verhin-**
 24 **dern!**

25 Drohnen sind bereits heute dazu in der Lage, ihrer Geg-
 26 ner*innen autonom auswählen und auch autonom tö-
 27 ten zu können. Der Öffentlichkeit wird jedoch verspro-
 28 chen, dass am Ende immer ein Mensch über Leben
 29 und Tod entscheidet. Doch die Halbwertszeit dieses Ver-
 30 sprechen ist bereits durch die innere Rüstungslogik be-
 31 grenzt. Bei gleichwertiger Technik mit annähernd glei-
 32 chen Fähigkeiten ist die Latenz der entscheidende Fak-
 33 tor. Latenz bezeichnet die Zeit zwischen einem Ereignis
 34 (zum Beispiel Abschuss einer Flugabwehrrakete) und
 35 der Reaktion auf dieses Ereignis. Ein solches Verspre-
 36 chen kann daher nur solange haltbar sein, wie die geg-
 37 nerische Partei hoffnungslos unterlegen ist. Je weiter
 38 entwickelter die Waffensysteme der Gegner*innen sind,
 39 desto wichtiger wird eine schnellere Reaktion. Die Folge
 40 wird sein, dass immer mehr Entscheidungen durch die
 41 Drohnen selbst getroffen werden.

42
 43 Eine rhetorische Unterscheidung zwischen
 44 Verteidigungs- und Angriffsdrohnen ist absehbar.
 45 Allerdings wird diese – ebenso wie die Unterschei-
 46 dung zwischen bewaffneten und bewaffnungsfähigen
 47 Drohne – eben nur eine sprachliche bleiben, denn
 48 im Gegensatz zu vielen Raketensystemen, denen ein
 49 aggressiver oder defensiver Zweck zugeordnet werden
 50 kann, wird dies bei Drohnen kaum unterscheidbar
 51 sein. Diese Tatsache erhält besondere Brisanz, wenn
 52 es um den inländischen Einsatz von vermeintlichen
 53 Verteidigungs- oder auch Überwachungsdrohnen geht.

54
 55 Die militärische Logik hatte über weite Teile des letz-
 56 ten Jahrhunderts einen großen Einfluss auf die interna-
 57 tionale Politik. Die technischen Möglichkeiten von ABC-
 58 Waffen spielten innerhalb dieser Logik eine entschei-
 59 dende Rolle. Es bedurfte und bedarf weiterhin großer

1 Kraftanstrengungen, den Krieg mit ABC-Waffen zu ver-
 2 hindern, die Weiterverbreitung zu stoppen und eine
 3 weltweite Abrüstung dieser Waffen zu erreichen. Droh-
 4 nen gehören zu einer neuen Generation von D-Waffen,
 5 Digitaler Waffen, die nicht unbedingt aufgrund ihrer
 6 Vernichtungskraft, jedoch sehr wohl potenziell in ihrer
 7 revolutionären Wirkung auf die Kriegsführung in die-
 8 se Reihe gehören. Der Einsatz und die weitere Entwick-
 9 lung autonom agierender Waffen erhöht schleichend,
 10 aber ab einem bestimmten Punkt unaufhaltsam die Ge-
 11 fahr einer vollautomatisierten Kriegsführung. Zwar sind
 12 die Einsatzmöglichkeiten dieser Waffengattung mit an-
 13 deren nicht vollständig vergleichbar, allerdings birgt
 14 die schleichende Einführung automatisierter Waffen-
 15 technologien – vergleichbar mit den bereits geächteten
 16 Technologien z.B. der Atom- oder Streubomben, Land-
 17 minen – dazu, dass diese bei ihrer Nutzung nur noch
 18 schwer beherrsch- bzw. kontrollierbar sind. Die Aufga-
 19 be einer vorausschauenden Friedenspolitik muss es des-
 20 halb sein, auch den Drohnenkrieg zu verhindern, die
 21 Weiterverbreitung von Drohnen zu stoppen und eine
 22 Abrüstung herbeizuführen.

23 **Antrag 230/I/2015**
 24 **KDV Spandau**
 25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 26 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 27
 28 **Keine Kampfdrohnen!**
 29 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesre-
 30 gierung und des Deutschen Bundestages werden
 31 aufgefordert, sich gegen den Kauf oder die Entwicklung
 32 von waffenfähigen Drohnen auszusprechen.
 33

Erledigt bei Annahme Antrag 246/I/2015 (K)

34 **Antrag 231/I/2015**
 35 **Jusos Landesvorstand**
 36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 37 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 38
 39 **Militärische Drohnen einschränken – Bewaffnete Droh-**
 40 **nen ächten!**
 41 „Fliegende Maschinen, die zu Land, zu Wasser, in der
 42 Luft autonom agieren und Entscheidungen treffen kön-
 43 nen...“ An Sätzen wie diesem wird der Übergang von
 44 einer zukunftsorientierten technologischen Idee hin
 45 zu der realen (alltäglichen) Verwendungsmöglichkeit
 46 deutlich. Lange Zeit in der öffentlichen Debatte als visio-
 47 när abgetan, werden bereits seit ca. 30 Jahren Drohnen
 48 zu militärischen und zivilen Zwecken eingesetzt. Gera-
 49 de die zivilen Einsatzmöglichkeiten von Drohnen sind
 50 doch gerade wegen ihrer Vielfältigkeit so spannend.
 51 Durch günstigere und leichter steuerbare Drohnen wer-
 52 den diese zunehmend durch Endverbraucher*innen und

Erledigt bei Annahme Antrag 246/I/2015 (K)

1 andere Zivilist*innen genutzt. Warum befinden wir uns
2 also gerade jetzt in einer derart kontroversen Diskussi-
3 on über Zukunft von Drohnen?

4

5 **Bewaffnete Drohnen: eine neue Dimension der Außen-**
6 **und Sicherheitspolitik!**

7 Die Kontroversität liegt hier weniger an den Möglich-
8 keiten der Drohne als zivil nutzbare Technologie, denn
9 als staatliches Überwachungsinstrument und als Waf-
10 fentechnologie. Vermehrt finden Drohnen insbesonde-
11 re bei Polizeieinsätzen oder auch in der Grenzsicherung
12 ihre Verwendung. Die europäische Grenzschutzagen-
13 tur FRONTEX plant in großem Umfang den Einsatz von
14 Drohnen zur Überwachung der EU-Außengrenzen.

15

16 Drohnen wurden für den militärischen Einsatz in den
17 vergangenen Jahren zunehmend bewaffnet. Heute ent-
18 wickeln oder produzieren etwa 50 Staaten Drohnen,
19 davon mehrere Staaten zielgerichtet bewaffnete Droh-
20 nen. Auch die Bundesregierung hat sich im April die-
21 ses Jahres gemeinsam mit Frankreich und Italien da-
22 zu entschlossen, eine bewaffnete europäische Kampf-
23 drohne entwickeln zu wollen. Während ihre Bedeutung
24 also weltweit wächst, besteht das Kernproblem sowohl
25 in der fehlenden Regulierung als auch vor allem in der
26 fehlenden Diskussion darüber, ob die anfangs zitierten
27 fliegenden Maschinen zu Land, zu Wasser, in der Luft
28 nicht nur autonom agieren können sollen. Es geht um
29 eins, es geht um die autonome Kriegführung. Der Ein-
30 satz bewaffneter Drohnen stellt dabei einen weiteren
31 Schritt weg von einer repressiven bzw. verteidigungs-
32 orientierten hin zu einer präventiven bzw. interventio-
33 nistischen Sicherheitspolitik dar.

34

35 **Entgrenzung des Krieges und Eingriff in den zivilen**
36 **Raum**

37 Die autonome Kriegführung unterliegt großen ethi-
38 schen Problemen. Da Drohnen als besonders präzise
39 gelten, auch wenn unabhängige Studien zum gegen-
40 teiligen Ergebnis kommen, werden sie auch in zivilen
41 Gebieten eingesetzt. Sie sollen dort Personen ausfindig
42 machen und deren Tötung vorbereiten oder auch selbst
43 durchführen. Dies führt zu einer weiteren Entgrenzung
44 des Krieges und einer massiven Störung des zivilen Le-
45 bens, da Menschenansammlungen und Öffentliche Ein-
46 richtungen gemieden werden, da man entweder direkt
47 durch Angriffe der Indirekt durch möglichen Kontakt
48 mit Zielpersonen in Gefahr gerät. Die Praxis ist mittler-
49 weile so weit, dass auch der Kontakt zu einer Zielperson
50 ausreicht, um nicht mehr als ziviles Opfer zu gelten.

51

52 **Verletzung staatlicher Souveränität und der Menschen-**
53 **rechte**

54 Ein weiterer Aspekt dieser Entgrenzung des Krieges
55 ist die Verletzung der Souveränität von Staaten durch
56 Drohnenangriffe. Hierfür ist entscheidend, ob der Droh-
57 neneinsatz in einem bewaffneten Konflikt erfolgt oder
58 nicht. Für den bewaffneten Konflikt gelten die Vor-
59 schriften des humanitären Völkerrechts. Das Völker-

1 recht sieht bestimmte Regelungen zum Schutz der Zivil-
 2 bevölkerung vor und erlaubt ausdrücklich nur den An-
 3 griff militärischer Ziele.

4
 5 Außerhalb von bewaffneten Konflikten, wie er derzeit
 6 in beispielsweise in Pakistan oder Afghanistan prakti-
 7 ziert wird, ist der Angriff mit Drohnen rechtlich immer
 8 äußerst problematisch. Insbesondere werden durch die
 9 derzeitig zu beobachtende Praxis der zielgerichteten Tö-
 10 tung von Einzelpersonen durch den Einsatz von Kampf-
 11 drohnen die Artikel 2 und 51 sowie Kapitel VII der UN-
 12 Charta in Frage gestellt. Artikel 2 der UN-Charta enthält
 13 das sog. Gewaltverbot. Dies untersagt die Drohung mit
 14 sowie die Anwendung von Gewalt, die gegen die terri-
 15 toriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängig-
 16 keit eines Staates gerichtet oder sonst mit den Zielen
 17 der Vereinten Nationen unvereinbar ist. Ein Einsatz, und
 18 somit auch das gezielte Töten von Menschen, innerhalb
 19 der Grenzen eines anderen Staates – ohne dessen expli-
 20 zite Zustimmung – verstößt somit grundsätzlich gegen
 21 das Völkerrecht. Die Anwendung von Gewalt in einem
 22 zwischenstaatlichen Konflikt ist nach Artikel 51 bzw. Ka-
 23 pitel VII lediglich in den Fällen von Selbstverteidigung
 24 oder im Rahmen einer durch ein UN-Mandat aufge-
 25 tragenen friedens erzwingenden Maßnahme gestattet.
 26 Liegt eine dieser Situationen nicht vor ist demzufol-
 27 ge auch der Einsatz einer Drohne völkerrechtswidrig.
 28 Außerdem gilt in den von der UN-Charta zugestande-
 29 nen Fällen von militärischer Gewaltanwendung für al-
 30 le Konfliktparteien das Humanitäre Völkerrecht. Ob dar-
 31 über hinaus im Rahmen von Einsätzen die Menschen-
 32 rechte gewahrt werden, ist auch bei Einhaltung der UN-
 33 Charta per se der Fall. Menschenrechte bestehen unab-
 34 hängig von den Hoheitsrechten eines Staates, in dem
 35 sich ein Mensch aufhält.

36
 37 **Weiterentwicklung autonomer Waffensysteme verhin-**
 38 **dern!**

39 Drohnen sind bereits heute dazu in der Lage, ihrer Geg-
 40 ner*innen autonom auswählen und auch autonom tö-
 41 ten zu können. Der Öffentlichkeit wird jedoch verspro-
 42 chen, dass am Ende immer ein Mensch über Leben
 43 und Tod entscheidet. Doch die Halbwertszeit dieses Ver-
 44 sprechen ist bereits durch die innere Rüstungslogik be-
 45 grenzt. Bei gleichwertiger Technik mit annähernd glei-
 46 chen Fähigkeiten ist die Latenz der entscheidende Fak-
 47 tor. Latenz bezeichnet die Zeit zwischen einem Ereignis
 48 (zum Beispiel Abschuss einer Flugabwehrrakete) und
 49 der Reaktion auf dieses Ereignis. Ein solches Verspre-
 50 chen kann daher nur solange haltbar sein, wie die geg-
 51 nerische Partei hoffnungslos unterlegen ist. Je weiter
 52 entwickelter die Waffensysteme der Gegner*innen sind,
 53 desto wichtiger wird eine schnellere Reaktion. Die Folge
 54 wird sein, dass immer mehr Entscheidungen durch die
 55 Drohnen selbst getroffen werden.

56
 57 Eine rhetorische Unterscheidung zwischen
 58 Verteidigungs- und Angriffsdrohnen ist absehbar.
 59 Allerdings wird diese – ebenso wie die Unterschei-

1 dung zwischen bewaffneten und bewaffnungsfähigen
 2 Drohne – eben nur eine sprachliche bleiben, denn
 3 im Gegensatz zu vielen Raketensystemen, denen ein
 4 aggressiver oder defensiver Zweck zugeordnet werden
 5 kann, wird dies bei Drohnen kaum unterscheidbar
 6 sein. Diese Tatsache erhält besondere Brisanz, wenn
 7 es um den inländischen Einsatz von vermeintlichen
 8 Verteidigungs- oder auch Überwachungsdrohnen geht.

9
 10 Die militärische Logik hatte über weite Teile des letz-
 11 ten Jahrhunderts einen großen Einfluss auf die interna-
 12 tionale Politik. Die technischen Möglichkeiten von ABC-
 13 Waffen spielten innerhalb dieser Logik eine entschei-
 14 dende Rolle. Es bedurfte und bedarf weiterhin großer
 15 Kraftanstrengungen, den Krieg mit ABC-Waffen zu ver-
 16 hindern, die Weiterverbreitung zu stoppen und eine
 17 weltweite Abrüstung dieser Waffen zu erreichen. Droh-
 18 nen gehören zu einer neuen Generation von D-Waffen,
 19 Digitaler Waffen, die nicht unbedingt aufgrund ihrer
 20 Vernichtungskraft, jedoch sehr wohl potenziell in ihrer
 21 revolutionären Wirkung auf die Kriegsführung in die-
 22 se Reihe gehören. Der Einsatz und die weitere Entwick-
 23 lung autonom agierender Waffen erhöht schleichend,
 24 aber ab einem bestimmten Punkt unaufhaltsam die Ge-
 25 fahr einer vollautomatisierten Kriegsführung. Zwar sind
 26 die Einsatzmöglichkeiten dieser Waffengattung mit an-
 27 deren nicht vollständig vergleichbar, allerdings birgt
 28 die schleichende Einführung automatisierter Waffen-
 29 technologien – vergleichbar mit den bereits geächteten
 30 Technologien z.B. der Atom- oder Streubomben, Land-
 31 minen – dazu, dass diese bei ihrer Nutzung nur noch
 32 schwer beherrsch- bzw. kontrollierbar sind. Die Aufga-
 33 be einer vorausschauenden Friedenspolitik muss es des-
 34 halb sein, auch den Drohnenkrieg zu verhindern, die
 35 Weiterverbreitung von Drohnen zu stoppen und eine
 36 Abrüstung herbeizuführen.

37
 38 Wir fordern deshalb:

- 39 • Die völkerrechtliche Ächtung des Einsatzes von
- 40 bewaffneten Drohnen. Einrichtung einer UN-
- 41 Institution, die Abrüstung und Kontrolle koordi-
- 42 niert und Erkenntnisse zum technologischen und
- 43 wehrfähigen Bestand sammelt.
- 44 • Den Einsatz, inklusive Fernsteuerung und direkter
- 45 Logistik, in Deutschland auch für stationierte Trup-
- 46 pen anderer Staaten verbieten. Insbesondere ist die
- 47 Erteilung von Start- und Überflugrechten für be-
- 48 waffnete Drohnen zu verweigern.
- 49 • Keine Weitergabe von Daten, die der (gezielten) Tö-
- 50 tung mittels Kampfdrohnen dienen.
- 51 • Die öffentliche und private Forschung an bewaffne-
- 52 ten Drohnen zu verbieten.
- 53 • Forschung an Technologien kritisch zu prüfen, die
- 54 zivile und militärische Nutzung erlauben. Dafür
- 55 braucht es zudem Transparenz in der Drittmittel-
- 56 forschung, Geldgeber*innen für Forschungsprojek-
- 57 te sollen dazu in einer Datenbank erfasst werden.
- 58 • Die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, ab sofort kei-
- 59 ne Mittel für bewaffnete Drohnen zu bewilligen.

Konsensliste

- 1 **Antrag 250/I/2015**
2 **Landesvorstand**
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
4
5 **Konsensliste**
6 Die im Antragsbuch sowie auf dieser Seite mit (K)
7 gekennzeichneten Empfehlungen der Antragskom-
8 mission wurden im Konsens ausgesprochen. Der
9 Landesparteitag stimmt diese mit (K) gekennzeichne-
10 ten Anträge en bloc ab.
11

Annahme (K)